BDI

DIE ZUKUNFT DER INDUSTRIE

BDI-JAHRBUCH
2013 – 2014

PRÄSIDENT UND VIZEPRÄSIDENTEN

Ulrich Grillo
Vorsitzender des Vorstands
Grillo-Werke AG

Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer
Vorsitzender des Vorstands
BAUER Aktiengesellschaft

Dr. Heinrich Hiesinger
Vorsitzender des Vorstandes
ThyssenKrupp AG

Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel
Ehemaliger BDI-Präsident
2009 – 2012

Prof. Dieter Kempf
Vorsitzender des Vorstands
DATEV eG

Dr. Karl-Ludwig Kley
Vorsitzender der Geschäftsleitung
Merck KGaA

Dr. Thomas Lindner
Vorsitzender der Geschäftsführung
Groz-Beckert KG

Friedhelm Loh
Inhaber und Vorsitzender des Vorstands
Friedhelm Loh Group

Ingeborg Neumann
Geschäftsführende Gesellschafterin
Peppermint Holding GmbH
Schatzmeisterin

Matthias Wissmann
Präsident
Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)

MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS

Jürgen Abraham
Geschäftsführer
JARA Holding GmbH

Dr. Frank Appel
Vorsitzender des Vorstandes
Deutsche Post AG

Prof. Dr. Dr. Andreas Barner
Vorsitzender der Unternehmensleitung
Boehringer Ingelheim GmbH

Dr. Peter Blauwhoff
Vorsitzender der Geschäftsführung
Deutsche Shell Holding GmbH

Dr.-Ing. Gerhard Brüninghaus
Präsident
WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e. V.

Dr. Marijn E. Dekkers
Vorsitzender des Vorstandes
Bayer AG

Dr.-Ing. Rainer Dulger
Geschäftsführender Gesellschafter
ProMinent Dosiertechnik GmbH

Dr. Thomas Enders
Chief Executive Officer
AIRBUS GROUP

Dr. Erwin Flender
Geschäftsführer
MAGMA Gießereitechnologie GmbH

Dr. Christoph Franz
Vorsitzender des Vorstandes
Deutsche Lufthansa AG

Dr. Michael Frenzel
Präsident
Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e. V. (BTW)

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Bernhard Gerwert
CEO
Airbus Defence & Space

Dr. Rüdiger Grube
Vorsitzender des Vorstandes
Deutsche Bahn AG

Dipl.-Kfm. Claus Günther
Sprecher der Geschäftsführung
Diehl Defence Holding GmbH

Dipl.-Ing. Sabine Herold
Geschäftsführende Gesellschafterin
DELO Industrie Klebstoffe GmbH & Co. KGaA

Timotheus Höttges
Vorstandsvorsitzender
Deutsche Telekom AG

BDI-PRÄSIDIUM

Dr. Gernot Kalkoffen
Vorsitzender des Vorstandes ExxonMobil Central Europe Holding GmbH

Dr. Markus Kerber
Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident und Hauptgeschäftsführer Wirtschaftsvereinigung Stahl und Vorsitzender Stahlinstitut VDEh

Dipl.-Kfm. Andreas Kern
Mitglied des Vorstands HeidelbergCement AG

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Arndt G. Kirchhoff
Geschäftsführender Gesellschafter & CEO KIRCHHOFF Holding GmbH & Co. KG

Dr. Hans-Eberhard Koch
Vorsitzender der Geschäftsführung/ Gesellschafter Witzenmann GmbH

Martina Koederitz
Vorsitzende der Geschäftsführung IBM Deutschland GmbH

Peter Kurth
Geschäftsführender Präsident BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.

Gerd Lesser
Vorsitzender der Geschäftsführung Bilfinger Power Systems GmbH

Dr. Frank Mastiaux
Vorsitzender des Vorstandes EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Rolf-Michael Müller
Geschäftsführer CeramTec GmbH

Dr. Arend Oetker
Geschäftsführender Gesellschafter Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG

Dipl.-Kfm. Ulrich Reifenhäuser
Geschäftsführender Gesellschafter Reifenhäuser GmbH & Co. KG

Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Rennert
Vorsitzender der Geschäftsführung Mitsubishi Hitachi Power Systems Europe GmbH

Prof. Randolf Rodenstock
Geschäftsführender Gesellschafter Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG

Kasper Rorsted
Vorsitzender des Vorstandes Henkel AG & Co. KGaA

Maria-Elisabeth Schaeffler
Gesellschafterin INA-Holding Schaeffler GmbH & Co. KG

Jens Schulte-Bockum
Vorsitzender der Geschäftsführung Vodafone GmbH

Norbert Steiner
Vorsitzender des Vorstands K+S Aktiengesellschaft

Peter Terium
Vorstandsvorsitzender RWE AG

Dr. Johannes Teyssen
Vorsitzender des Vorstands E.ON SE

Dipl.-Ing. Bernd Tönjes
Vorsitzender des Vorstands RAG Aktiengesellschaft

Moritz J. Weig
Geschäftsführender Gesellschafter Moritz J. Weig GmbH & Co. KG

Carl Martin Welcker
Geschäftsführender Gesellschafter Alfred H. Schütte GmbH & Co. KG

Bettina Würth
Vorsitzende des Beirats der Würth-Gruppe Adolf Würth GmbH & Co. KG

Dr. Dieter Zetsche
Vorsitzender des Vorstands Daimler AG

Michael Ziesemer
COO und stellvertretender Vorstandsvorsitzender Endress+Hauser AG

INHALTSVERZEICHNIS

BDI-THEMEN	SEITE 8-37
ESSAYS	SEITE 38-67
BDI-AKTIVITÄTEN	SEITE 68-89
MITGLIEDSVERBÄNDE	SEITE 90-115
INSTITUTIONEN	SEITE 116-124

BDI-JAHRBUCH 2013 – 2014

Wirtschaftliches Wachstum und die industrielle Basis dürfen nicht zur Disposition gestellt werden

wie können Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland vor dem Hintergrund des sich beschleunigenden globalen Strukturwandels erhalten und möglichst weiter gesteigert werden? Auf diese im Zentrum der Zukunftsgestaltung stehende Frage werden ganz unterschiedliche Antworten gegeben. Je nach politischem Standort legt der eine mehr Wert auf die ökonomischen Aspekte von Wohlstand und Lebensqualität, der andere dagegen betont stärker die sozialen und ökologischen Facetten. Während der eine mehr auf die Kräfte des Marktes vertraut, sieht der andere den Staat stärker in der Rolle des Gestalters. Bei aller Differenzierung in der konkreten Ausprägung von Wirtschaftspolitik gibt es jedoch ein paar Grundtatbestände, die im Industrieland Deutschland gesetzt sind – oder zumindest gesetzt sein sollten. Zum einen ist dies die industrielle Basis des Landes, zum anderen ein klares Bekenntnis zu weiterem wirtschaftlichen Wachstum. Beide Faktoren sind untrennbar miteinander verbunden, beide sind Kernelemente eines weiterhin prosperierenden Industrielandes Deutschland. Trotz der aktuell durchaus befriedigenden Wachstumsperformance ist in Deutschland an der „Wachstumsfront“ längst nicht alles in Butter. Das Wachstumspotenzial ist zu gering, Wachstumsskepsis und mangelnde Akzeptanz für einen höheren Wachstumspfad sind gerade in Deutschland weit verbreitet. Beide Faktoren hängen aufs Engste zusammen: Ein geringes Wachstumspotenzial nährt die Wachstumsskepsis, überzogene Wachstumsskepsis beeinträchtigt das Wachstumspotenzial. Der deutsche Wachstumspfad verläuft deutlich flacher als in anderen hoch entwickelten Ländern. Aktuell liegt die Potenzialwachstumsrate in Deutschland nur knapp über der Ein-Prozent-Marke. Knüpft Deutschland damit nach den drei Boomjahren vor der Krise und dem rasanten Aufschwung nach der Krise wieder an diese langfristige Wachstumsschwäche an? Zwangsläufig ist dies nicht. Deutschland, insbesondere seine Industrie, kann mehr, als in einer Potenzialwachstumsrate von einem Prozent zum Ausdruck kommt.

von links:
→ **Markus Kerber**, BDI-Hauptgeschäftsführer
→ **Ulrich Grillo**, BDI-Präsident

> Zwei Drittel des starken Wachstums der Jahre 2010 und 2011 wurden in der Industrie generiert.

Wirtschaftliches Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist vieles nichts. Ein höheres Wachstum ist dabei kein Selbstzweck. Deutschland auf einen höheren Wachstumspfad zu hieven, heißt, quantitatives und vor allem qualitatives Wachstum in höherer Dimension anzustreben. Es geht um nachhaltiges Wachstum, das einher geht mit höherer Lebensqualität für die Menschen, besseren und sichereren Arbeitsplätzen für die Arbeitnehmer, einer gesteigerten Energie- und Rohstoffeffizienz. Höheres Wachstum bringt eine größere Verteilungsmasse hervor als ein geringeres Wirtschaftswachstum. Zusätzliche Wünsche und Notwendigkeiten in den Bereichen Kultur, Bildung, Gesundheit und Alterssicherung sind nur bei steigenden Einkommen zu erfüllen, sollen nicht bisherige materielle Bedürfnisse zurückgeschraubt werden. Je mehr erwirtschaftet wird, desto mehr kann verteilt werden.

Im Industrieland Deutschland wird das Wachstum zumeist von der Industrie und von der Globalisierung angetrieben. Zwei Drittel des starken Wachstums der Jahre 2010 und 2011 wurden in der Industrie generiert, nimmt man die industrienahen Dienstleistungen hinzu, waren es sogar drei Viertel. Vor diesem Hintergrund bereitet die gerade in Deutschland wieder populär gewordene Wachstumskritik aus einer industriellen Perspektive heraus Sorge, denn zumindest implizit verbirgt sich hinter dieser Wachstumskritik auch eine Kritik an dem industriebasierten

Wirtschaftsmodell Deutschlands. Eine distanziert-skeptische Haltung zur Industrie ist aber das Gegenteil dessen, was das Industrieland Deutschland braucht. Wirtschaftspolitisch geht es vielmehr darum, alles zu tun, damit industrielle Wertschöpfung – auch als Wachstumstreiber und Beschäftigungsmotor – am Standort Deutschland möglich und rentabel bleibt.

Wenn man die Gründe für die wirtschaftliche Sonderstellung Deutschlands im europäischen Währungsraum analysiert, stößt man zuallererst auf den starken industriellen Kern der deutschen Volkswirtschaft. Nicht nur, dass der Beitrag der Industrie zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung mit knapp 23 Prozent in Deutschland deutlich über den Vergleichswerten der anderen Länder liegt – Frankreich und Großbritannien liegen mittlerweile nur noch knapp über der zehn-Prozent-Marke –, in Deutschland ist der Wertschöpfungsanteil der Industrie in den letzten Jahren sogar gegen den Trend weiter angestiegen. Dabei geht die Bedeutung der Industrie weit über den eigenen Wertschöpfungsbeitrag hinaus. Durch den engen Vorleistungsverbund mit anderen Wirtschaftszweigen außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sichert die Industrie in Deutschland insgesamt etwa ein gutes Drittel der gesamten volkswirtschaftlichen Wertschöpfung.

Hinter dem Erfolg der deutschen Volkswirtschaft stehen tief gestaffelte industrielle Wertschöpfungsketten mit mehr als

> Der BDI versteht sich nicht nur als politische Interessenvertretung der deutschen Industrie, sondern darüber hinaus als Diskussionspartner und Kompetenzzentrum für den industriepolitischen Diskurs in Deutschland und Europa.

100.000 großen, mittleren und kleineren Unternehmen aus allen Sparten des Verarbeitenden Gewerbes, die zusammen mehr als acht Millionen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen beschäftigen. Erst die intensive Vernetzung dieser Unternehmen in leistungsfähigen Wertschöpfungsverbünden erzeugt die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit, die die herausragende Position des Industrielandes Deutschland in der internationalen Arbeitsteilung ausmacht und sichert. So erfreulich diese starke Wettbewerbsposition der deutschen Industrie ist, so wenig eignet sie sich als Ruhekissen. Wettbewerbsvorteile müssen stets aufs Neue an den Märkten erobert werden, Wettbewerbsnachteile ebenso stetig verringert werden – eine Daueraufgabe für Politik und Wirtschaft. Der Globalisierungswettbewerb gewährt keine Ruhepausen.

Diese Zusammenhänge gelten nicht nur für Deutschland, sondern weltweit – vor allem aber für Europa. Die europäische Schulden- und Bankenkrise erfordert zwingend eine überzeugende Wachstumsstrategie und eine starke industrielle Basis. Die Schlüsselrolle spielen dabei die Investitionen. Sie erschließen neue Märkte, erweitern die Produktionsmöglichkeiten, schleusen neues technisches Wissen in die Herstellungsprozesse und bringen Menschen in Beschäftigung. Europa muss als Investitionsstandort attraktiver werden. Anlagebereites Investitionskapital ist heute global mobil, es strebt dorthin, wo sich Märkte auftun und wo die Investitionsbedingungen und das Investitionsklima gut sind. Dies ist heute in den Krisenländern der Eurozone nicht der Fall. In den investitionsschwachen Volkswirtschaften müssen Investitionshemmnisse systematisch abgebaut und marktkonforme Anreize für zusätzliche Investitionen gesetzt werden. Dies gilt sowohl für den Bereich marktorientierter Unternehmensinvestitionen als auch für Investitionen in die Infrastruktur. Europa braucht einen „New Deal“ für seine Netze, der auf einem Primat des privaten Kapitals gründet.

Das Bewusstsein für die Bedeutung der Industrie im volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess und die daraus

resultierenden wirtschafts- und industriepolitischen Handlungsnotwendigkeiten müssen wachgehalten werden – diese Aufgabe vor allem hat sich der BDI auf die Fahne geschrieben. Dabei versteht sich der BDI nicht nur als politische Interessenvertretung der deutschen Industrie, sondern darüber hinaus als Diskussionspartner und Kompetenzzentrum für den industriepolitischen Diskurs in Deutschland und Europa. Wir – die Industrie und die industrienahen Dienstleistungen – verstehen uns als Teil der Gesellschaft und wollen die notwendigen gesellschaftspolitischen Diskussionen mitgestalten. Das vorliegende Jahrbuch legt Zeugnis ab von unserer Arbeit, unseren Themen und Positionen.

Ihr

Ulrich Grillo
BDI-Präsident

Ihr

Dr. Markus Kerber
BDI-Hauptgeschäftsführer

BDI-THEMEN

AKZEPTANZ
ENERGIE
EUROPA
RECHT
INNOVATION
ROHSTOFFE
MOBILITÄT
GLOBALISIERUNG
UMWELT
STEUER
WELTHANDEL
MÄRKTE
SICHERHEIT

BDI-Themen

Wie entsteht Wachstum? Damit wirtschaftliche Dynamik möglich ist, müssen viele Zahnräder reibungslos ineinandergreifen. Industrielle Produktion und industrienahe Dienstleistungen in Deutschland halten sich nur an der Weltspitze, wenn wir gemeinsam ganz unterschiedliche Themen immer neu bearbeiten und so Fortschritt ermöglichen. Die Lage beschreiben, Wege in die Zukunft zeigen – wichtige Aufgaben des BDI.

AKZEPTANZ
ENERGIE
EUROPA
RECHT
INNOVATION
ROHSTOFFE
MOBILITÄT
GLOBALISIERUNG
UMWELT
STEUER
WELTHANDEL
MÄRKTE
SICHERHEIT

Politische und gesellschaftliche Akzeptanz für die Industrie

Deutschland ist Industrieland – auf kaum eine andere hoch entwickelte Volkswirtschaft passt die Beschreibung so gut wie auf die unsere. Bereits vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise stieg der Anteil der deutschen Industrie an der Bruttowertschöpfung gegen den internationalen Trend. Dennoch erkennen viele Menschen die Leistungen der deutschen Industrie nicht an.

Industrie und industrienahe Dienstleistungen

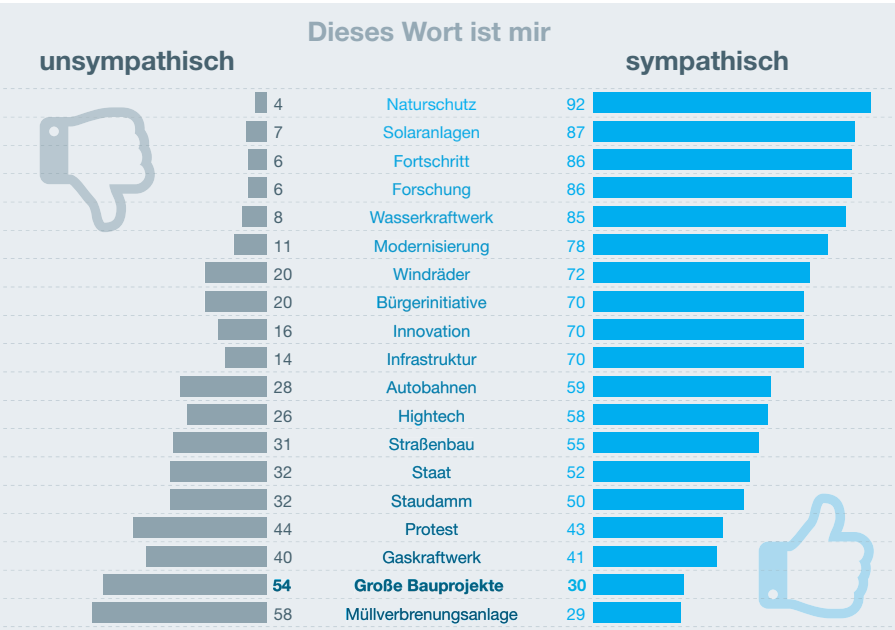
Industrie und industrienahe Dienstleistungen bilden den produktiven und innovativen Kern der deutschen Volkswirtschaft. Sie generieren ein Viertel der Wertschöpfung in Deutschland und waren Garant für die vergleichsweise zügige Erholung nach der Finanzkrise 2008/09. Investitionen in das Industrieland Deutschland, seine Anlagen und Infrastrukturen sind das Fundament von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität.

Deutschland ist ein Hightech-Standort. Die Industrie mit ihren forschungsintensiven Unternehmen und innovativen Produkten ist weltweit erfolgreich, sie ist Wachstums- und Wohlstandstreiber. Doch zunehmend regt sich Widerstand insbesondere gegen große Infrastrukturprojekte. Bürgerinnen und Bürger fühlen sich oftmals unzureichend informiert und zu spät eingebunden – dies führt zu Akzeptanzproblemen. Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach bestätigt dies: Mehr als die Hälfte der Befragten reagierten auf den Begriff „große Bauprojekte“ negativ.

Die Folge: Zukunftsprojekte verzögern sich, Investitionen bleiben aus und Unternehmen verlegen ihre Forschungsabteilungen ins Ausland. Das Industrieland Deutschland verliert an Attraktivität, unsere Innovationsfähigkeit leidet. Wir brauchen deshalb einen neuen gesellschaftlichen Konsens über die Bedeutung der Industrie. Dies setzt eine aktive und transparente Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern voraus. Ziel des BDI ist es, dass Politik, Industrie und Gesellschaft an einem Strang ziehen, gemeinsam technologische Leitbilder und Hightech-Szenarien vertreten.

Bürgerbeteiligung stärken

Dazu gehört auch, dass Politik und Verwaltung die Bürger bei Infrastrukturvorhaben früher und besser beteiligen und über den gesamten Planungsprozess hinweg kompetent informieren. Entscheidend dafür sind optionale, maßgeschneiderte und flexible Lösungen vor Ort. Planungsunterlagen müssen verständlicher dargestellt und besser zugänglich gemacht werden. Hierfür kann auch E-Government stärker genutzt werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern zu lang. Auch dies führt zu mangelnder



Für Fortschritt, gegen Bauprojekte

Spontane emotionale Reaktion auf Schlüsselbegriffe.
Allensbach-Umfrage unter 1.771 Menschen 2011.

gesellschaftlicher Akzeptanz. Wir müssen deshalb industrielle Großprojekte und Infrastrukturen künftig schneller realisieren. Nur so können wir sicherstellen, dass deutsche und ausländische Unternehmen in Deutschland investieren. Es geht dabei um viele Arbeitsplätze und unsere künftige Lebensqualität.

Parlamentarische Verantwortung und Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten müssen gestärkt werden. Plebiszite hingegen bilden die gemeinsame Konsenssuche und die volkswirtschaftliche Relevanz meist nicht hinreichend ab. Gleichzeitig ist wichtig: Am Ende eines partizipativen Prozesses muss eine verbindliche Entscheidung stehen, auf die sich alle verlassen können.

Innovationsfähigkeit sichern

Die Bundesregierung muss gemeinsam mit Industrie und Gesellschaft ein Konzept erarbeiten, damit innovative Technologien in Zukunft von mehr Menschen akzeptiert und begrüßt werden. Dabei sollte sie kontroverse Diskussionen über Chancen und mögliche Risiken auch über längere Zeiträume aushalten. Die Industrie beteiligt sich aktiv und konstruktiv an diesem Gespräch und wirbt gemeinsam mit der Politik dafür, Zukunftstechnik zu erforschen und zu nutzen.

BDI-Standpunkt

Um die Bedeutung von Industrie und industriellen Wertschöpfungsketten für den Standort Deutschland herauszuarbeiten, hat der BDI beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln eine Studie zum Thema „Industrielle Wertschöpfung als Drehscheibe der Wirtschaft“ in Auftrag gegeben. Diese 600 Seiten umfassende Faktensammlung bildet die inhaltliche Basis für alle industriepolitischen Positionierungen des BDI und für alle Grundsatzreden von BDI-Präsident und -HGF. Eine komprimierte Zusammenfassung der Studie hat der BDI unter dem Titel „Industrielle Wertschöpfungsketten – Wie wichtig ist die Industrie?“ auf der Hannover Messe 2013 vorgestellt. Wachstumskritik ist in einem Industrieland immer gleichzeitig auch Industriekritik. Vor diesem Hintergrund hat der BDI die für die Industrie eminent wichtige Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ intensiv begleitet und auch mit eigenen Inhalten unterstützt. Eine wissenschaftliche Studie „Zur Kritik am BIP als Indikator für Wohlstand und Wirtschaftswachstum“ und ein hieraus abgeleitetes BDI-Thesenpapier bildeten den Schwerpunkt dieser Arbeit.

AKZEPTANZ
ENERGIE
EUROPA
RECHT
INNOVATION
ROHSTOFFE
MOBILITÄT
GLOBALISIERUNG
UMWELT
STEUER
WELTHANDEL
MÄRKTE
SICHERHEIT

Sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung

Die Energiewende ist eines der größten und wichtigsten Zukunftsprojekte des Landes. Der Umbau des deutschen Energiesystems hin zu mehr Effizienz und erneuerbaren Energien kann deutliche Marktchancen für die deutsche Wirtschaft schaffen. Doch er verursacht auch über einen längeren Zeitraum hohe zusätzliche Kosten – und stellt eine sichere Stromversorgung vor wachsende Herausforderungen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Für die stärkere Nutzung von erneuerbaren Energiequellen werden bspw. bis 2020 etwa 3.600 Kilometer neue Leitungen im Übertragungsnetz benötigt. Mehrere 1.000 Kilometer im Hochspannungsnetz gilt es zu realisieren, bzw. den Um- und Ausbau von rund 200.000 bis 300.000 Kilometern im Mittel- und Niederspannungsnetz. Um diese gigantischen Aufgaben zu lösen, darf die Politik den Prozess nicht durch weitere bürokratische Hürden belasten.

Die Industrie in Deutschland zahlt schon heute im Vergleich zu ihren internationalen Wettbewerbern mit die höchsten Strom- und Energiepreise. Die Tendenz ist steigend. Dabei ist der staatliche Anteil in Deutschland so hoch wie nirgendwo sonst in den Industriestaaten der OECD. Eine der Ursachen dieser immer weiter steigenden Last sind die umgelegten Kosten der Förderung erneuerbarer Energien und ihre noch unzureichende Marktintegration. Diese Belastung aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist für zahlreiche energieintensive, zum Teil mittelständische Betriebe in Grundstoffindustrien begrenzt, da deren Fortbestand und somit der Erhalt der geschlossenen Wertschöpfungsketten sonst gefährdet wären. Umlagen und staatliche Lasten machen bereits heute rund die Hälfte des Strompreises aus und sind verantwortlich dafür, dass Strompreise international immer weniger wettbewerbsfähig sind. Mit dem EEG besteht ein paralleles, abgeschlossenes Finanzierungssystem beim heutigen Marktdesign. Je weiter die Kosten nun steigen, umso mehr droht die Akzeptanz des angestrebten Umbaus des deutschen Energieversorgungssystems zu schwinden. Die Industrie braucht eine europäisch eingebettete Energiewende aus einem Guss, die Möglichkeiten für die gesamte Wertschöpfung bietet. Die Regierung sollte ihre energiepolitischen Ziele mit Grund- und Werkstoffen aus deutscher Produktion erreichen. Nur so schaffen wir langfristig Wertschöpfung, Innovation und Wohlstand in Deutschland.

Gebäudeenergieeffizienz

40 %

des deutschen Primärenergieverbrauchs entfallen auf Gebäude.

Energiewende bedeutet auch, Probleme frühzeitig zu identifizieren. Dazu gehört, erneuerbare Energien kosteneffizient in das System zu integrieren, die Bereitstellung notwendiger Kapazitäten sicherzustellen und auch Speichertechnologien und die Flexibilität der Nachfrage einzubeziehen. Die Energiewende findet anderswo auf der Welt nur Nachahmer, wenn Deutschland zeigt, dass sie die industrielle Basis nicht mutwillig zerstört oder gefährdet.

Die Energiewende managen

Damit die deutschen Industrieunternehmen wettbewerbsfähig bleiben und die Investitionssicherheit verbessert wird, muss die Politik einen weiteren Anstieg der Energiepreise durch Steuern und Abgaben verhindern. Die nationalen Sonderlasten für die Industrie sind insgesamt zu begrenzen. Die gesamte deutsche Industrie steht geschlossen hinter den Befreiungen ihrer stromintensiven Mitglieder. Schon bald brauchen wir ein völlig neues Design für den Strommarkt, um zu verhindern, dass die Kosten weiter so schnell steigen wie bisher. Entscheidend ist dabei stets die Gesamtkosteneffizienz. Dies betrifft den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Bereitstellung ausreichend gesicherter Leistung und Speicher sowie den intelligenten Ausbau der Netze.

Zur Steigerung der Energieeffizienz ist besonders auch die energetische Gebäudesanierung wichtig. Gebäude verbrauchen etwa 40 Prozent des Primärenergieverbrauchs in Deutschland. Ihre Energieeffizienz muss zwingend weiter verbessert werden, damit die Ziele der Energiewende insgesamt erreichbar bleiben. Die Politik muss langfristige und attraktive Rahmenbedingungen schaffen, um die deutschen Gebäude energetisch zu sanieren – am besten über eine technologieoffene steuerliche Förderung. Es bedarf eines Sanierungsplans ohne ordnungsrechtliche Zwänge. Außerdem benötigen wir eine kompetente, unabhängige und flächendeckende Energieberatungsstruktur.

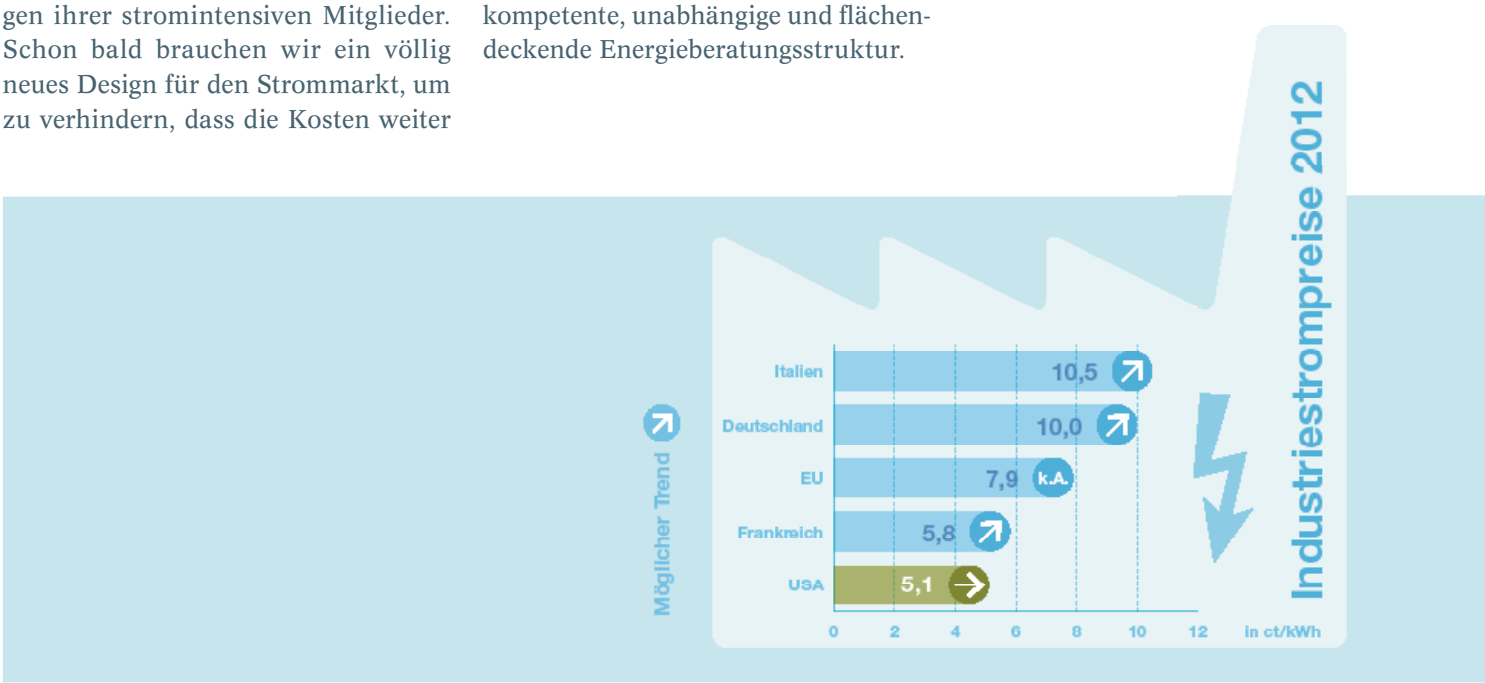
BDI-Standpunkt

Der BDI hat gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden in der neuen „Kompetenzinitiative Energie“ die Expertise der deutschen Industrie mit der Wissenschaft gebündelt. In verschiedenen Studien wurde eine umfassende Faktenbasis geschaffen, um die Chancen und Herausforderungen der Energiewende für die Zukunft abzuschätzen und darauf frühzeitig reagieren zu können. Der BDI hat die Studienergebnisse, einen BDI-Navigator zum Stand der Energiewende sowie Handlungsempfehlungen an die Politik am 08. November 2012 und 13. März 2013 in zwei großen Konferenzen vorgestellt und öffentlich mit den zuständigen Ministern diskutiert.

Energie- und klimapolitische Ziele auf europäischer Ebene sind heute von deutlichen Inkonsistenzen gekennzeichnet. Diese gilt es bei der Festsetzung von europäischen Zielen für die Zeit nach 2020 aufzulösen und durch ausbalancierte, fassbare Ziele für eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung zu ersetzen. Zur Abschätzung der Inkonsistenzen und für Vorschläge zur Neuformulierung hat der BDI bei Business Europe ein eigenes Projekt angestoßen.

Industriestrompreise in ausgewählten Ländern

Quelle: Monitoring-Bericht der Bundesregierung



AKZEPTANZ
ENERGIE
EUROPA
RECHT
INNOVATION
ROHSTOFFE
MOBILITÄT
GLOBALISIERUNG
UMWELT
STEUER
WELTHANDEL
MÄRKTE
SICHERHEIT

Die Zukunft des Euro

Die Staatsschuldenkrise in der Eurozone verdeutlicht, wie stark die wirtschaftliche Verflechtung der Eurostaaten ist. Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und unsolide Haushaltspolitik in einigen Staaten haben das Vertrauen in die gesamte Eurozone erschüttert. Die Krise zeigt: Die Haushaltspolitik jedes einzelnen Eurostaats ist von gemeinsamem europäischen Interesse.

Strukturelle Schwächen und der Verlust von Wettbewerbsfähigkeit in den südlichen Euroländern haben die ökonomischen Ungleichgewichte in der Eurozone verschärft. Auf diesem Nährboden hat sich die Staatsschuldenkrise entwickelt und ausgebreitet. Die Problemländer haben zwar Reform- und Konsolidierungsfortschritte getan, aber sie reichen angesichts der grundlegenden Probleme bei Weitem noch nicht aus. Mutige Strukturreformen sind nötig, um die Krise zu bewältigen.

Europa braucht mehr Wachstum, um seine grundlegenden strukturellen Probleme zu lösen. Wachstum und Konsolidierung sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Nur mit einer wettbewerbsfähigen Industrie kann den Problemländern der ökonomische Aufholprozess gelingen. Neben den nationalen Volkswirtschaften ist auch die Europäische Union als Ganzes gefordert. Die EU muss bessere Rahmenbedingungen für industrielle Wettbewerbsfähigkeit schaffen und Investitionen in Forschung und Innovation sowie in den Infrastrukturausbau bei Energie, Verkehr und Telekommunikation fördern.

Seit dem 8. Oktober 2012 ist der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) in Kraft. Er kann kriselnden Eurostaaten Geld leihen, Anleihen kaufen und Banken rekapitalisieren. Ob und inwieweit er die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen kann, hängt wesentlich davon ab, ob die neuen Regeln in verantwortlicher Weise angewendet und nicht überdehnt werden. Finanzhilfen dürfen nur gewährt werden, wenn im Gegenzug Reformen die Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltskonsolidierung stärken. Die Verwendung der Mittel muss streng kontrolliert werden.

Die Europäische Union hat die haushaltspolitische Steuerung in der Eurozone verstärkt, denn ein weiteres Kurieren von Symptomen verspricht ebensowenig nachhaltigen Erfolg wie immer neue Reparaturmaßnahmen. Das haben die Erfahrungen mit der Schuldenkrise gezeigt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde verschärft und der Fiskalpakt vereinbart. Er sieht nationale Schuldenbremsen vor und muss nun zügig mit Leben gefüllt werden. Die Mitgliedstaaten müssen die europäischen Fiskalregeln künftig einhalten, denen sie sich selbst unterworfen haben. Das ist eine Selbstverständlichkeit und bedarf keiner finanziellen Gegenleistungen. Schulden zu vergemeinschaften, würde die falschen Anreize setzen.

Solide Basis für den Euro

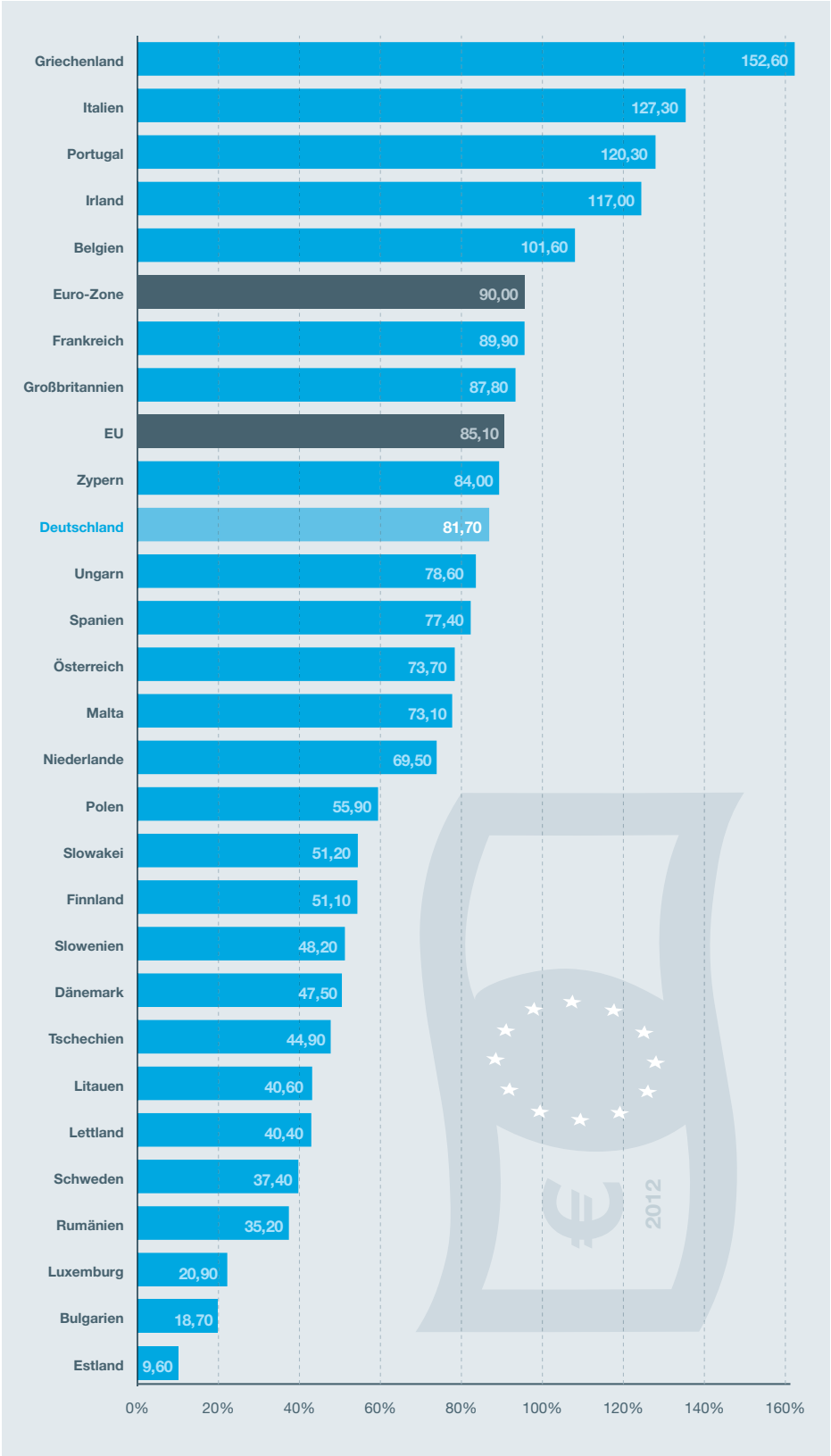
ESM und Fiskalpakt sind eine wichtige Etappe auf dem steinigen Weg zum großen Ziel, Euro und Währungsunion auf eine solide Basis zu stellen. Längerfristig sollte der ESM zu einem Europäischen Fiskalfonds (EFF) ausgebaut werden, der neben der Vergabe von Hilfsmitteln an Schuldnerstaaten auch Aufgaben wahrnimmt, die Investitionen und Wachstum fördern.

Gleichzeitig wird eine Europäische Bankenaufsicht aufgebaut. Alle systemrelevanten Banken der Eurozone werden künftig unter einer Europäischen Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank kontrolliert. Kleinere Banken verbleiben primär unter nationaler Aufsicht. Zur Vermeidung von Zielkonflikten, die zulasten der geldpolitischen Unabhängigkeit und des Stabilitätsauftrags der EZB gehen könnten, müssen institutionelle und rechtliche Vorkehrungen getroffen werden.

EU-Binnenmarkt

$ 16 Billionen

Mit über 16 Billionen US-Dollar (2011) ist die Europäische Union der größte Binnenmarkt der Welt.



Staatsverschuldung in den EU-Ländern in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2012

Quelle: Eurostat
http://www.epo.org/news-issues/press/releases/archive/2013/20130117/countries.html

BDI-Standpunkt

Der europäische Binnenmarkt ist quasi der „Heimatmarkt“ der deutschen Industrie. Mehr als 60 Prozent unserer Warenexporte gehen dorthin, in die Eurozone knapp 40 Prozent. Vor diesem Hintergrund hat auch die europäische Gemeinschaftswährung und ihr Erhalt eminente Bedeutung für die deutsche Industrie. Der BDI hat daher die politischen Diskussionen im Zusammenhang mit der Eurokrise nicht nur mitverfolgt, sondern auch durch eigene Positionen aktiv mitgestaltet, etwa durch Thesenpapiere zu „Ein neuer Vertrag für den Euro“ und „Mehr Wachstum in Europa“. Der Euroraum wird nur dann eine stabile Zukunft haben, wenn sich die nationalen Volkswirtschaften aufeinander zubewegen und sich gleichzeitig als global wettbewerbsfähig erweisen. Dafür sind bessere EU-Rahmenbedingungen für Wettbewerbsfähigkeit und der konsequente Abbau von Investitionshemmnissen in den Eurostaaten notwendig. Der BDI hat dazu mit seinen Partnerverbänden aus Italien, Spanien und Portugal hochrangige bilaterale Wirtschaftsforen durchgeführt.

AKZEPTANZ
ENERGIE
EUROPA
RECHT
INNOVATION
ROHSTOFFE
MOBILITÄT
GLOBALISIERUNG
UMWELT
STEUER
WELTHANDEL
MÄRKTE
SICHERHEIT

Wettbewerbsfähiger Rechtsrahmen

Unternehmen sind vielfältigen nationalen und europäischen Regelungen unterworfen, die ihr Handeln nach außen und auch ihre internen Entscheidungsprozesse und Strukturen tangieren. Deutschlands moderne und zukunftsorientierte Industrie braucht wachstumsfreundliche rechtliche Rahmenbedingungen.

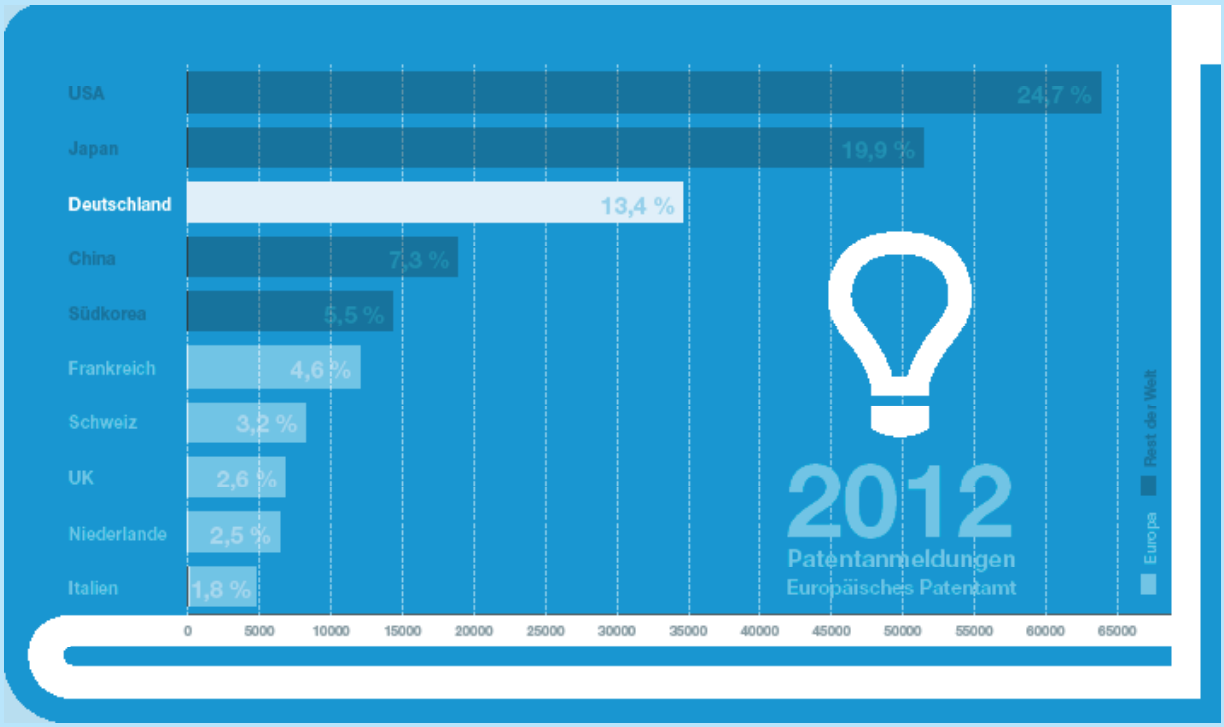
Zum Schutz von Innovationen sind effektive geistige Eigentumsrechte unentbehrlich. Für die Industrie ist insbesondere ein rechtssicherer und kostengünstiger Patentschutz von zentraler Bedeutung.

Unternehmerisches Handeln ist zunehmend verrechtlicht. Gesellschaftspolitisch motivierte Ansprüche gefährden die Balance zwischen Unternehmensautonomie und Sozialpflicht. Das betrifft zum Beispiel eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte, angemessene Vorstandsvergütungen oder Berichtspflichten zum sozialen Engagement der Unternehmen.

Gefährdete Balance

Diese unternehmensinternen Entscheidungen sollten weiterhin dem Deutschen Corporate Governance Kodex vorbehalten sein. Die Politik sollte auf gesetzliche Regelungen verzichten. Maßnahmen, die notwendig sind, um das rechtliche Umfeld zu vereinfachen und verbesserte Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa zu schaffen, geraten demgegenüber in den Hintergrund. Auf europäischer Ebene fehlen beispielsweise Regeln für eine grenzüberschreitende Sitzverlegung sowie eine europäische Rechtsform für den Mittelstand in Gestalt der Europäischen Privatgesellschaft (SPE).

Der Gesetzgeber muss auf der gewachsenen Systematik von bindendem Recht und Selbstregulierung durch die Unternehmen aufbauen. Denn garantierte unternehmerische Freiheit und ein praxisgerechter Rechtsrahmen sind Voraussetzungen für einen wettbewerbsfähigen Standort und einen funktionierenden Binnenmarkt. Die Politik darf Unternehmensentscheidungen nicht übermäßig verrechtlichen. Nicht alle Details der Unternehmensführung können einheitlich für alle etwa 17.000 deutschen Aktiengesellschaften im Aktiengesetz geregelt werden. Hierfür ist der flexible Comply-or-explain-Mechanismus des Kodex vorzuziehen, der



Die zehn Länder mit den meisten Einreichungen von Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt

Quelle: European Patent Office

bei den Unternehmen große Akzeptanz findet. Ziel muss es auch sein, dass der Gesetzgeber das Beschlussmängelrecht reformiert, die Übertragung von GmbH-Anteilen vereinfacht und Lizenzen insolvenzfest gestaltet.

Effizienz verbessern

Ein weiterer wichtiger Faktor für einen auch künftig wettbewerbsfähigen Rahmen ist es, Redundanzen im Umweltrecht zu vermeiden, zum Beispiel bei Umweltverträglichkeitsprüfungen. In diesem Zusammenhang ist es ebenfalls unabdingbar sicherzustellen, dass bei der Umsetzung europäischer Richtlinien in deutsches Recht keine Verschärfungen erfolgen und die Effizienz verbessert wird. Es muss in Zukunft wieder gelten: Wettbewerbsrecht, Kartellrecht und Vergaberecht dienen dem Schutz gegen wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen. Sie sollen dafür sorgen, öffentliche Aufträge fair und diskriminierungsfrei abzuwickeln. Bei öffentlichen Aufträgen sind die auftragsbezogenen Vorgaben mittlerweile schwer bis gar nicht umsetzbar. Deshalb muss die Politik im Vergaberecht auf Vorgaben verzichten, die keinen sachlichen Zusammenhang mit dem Vorhaben mehr erkennen lassen. Steuerliche Ungleichbehandlung und fehlendes Konkursrisiko verzerren den Wettbewerb zwischen Privaten und der öffentlichen Hand. Diese Ungleichbehandlung muss abgebaut werden. Obwohl das Bundeskartellamt Bußgelder in wachsender Größenordnung verhängt, existiert für die wesentlichen Grundzüge des Sanktionssystems keine ausreichende gesetzliche Grundlage. Auch das muss sich ändern.

BDI-Standpunkt

Ein zentrales Thema der vergangenen Jahre war die Diskussion über die Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten. Der BDI hat den flexiblen Ansatz des Deutschen Corporate Governance Kodex unterstützt und mehrfach ausführlich zu verschiedenen Regelungsvorschlägen auf nationaler und europäischer Ebene Stellung genommen – auch in hochrangig besetzten Diskussionsveranstaltungen in Berlin und Brüssel (u. a. mit Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger und EU-Justizkommissarin Reding). Ein Durchbruch konnte Ende 2012 beim EU-Patent gefeiert werden. Für dieses Projekt hatte sich der BDI jahrelang eingesetzt – unter anderem beim jährlich stattfindenden Tag des geistigen Eigentums, der regelmäßig von 200 bis 300 Teilnehmern besucht wird. Darüber hinaus hat sich der BDI durch Stellungnahmen und Veranstaltungen zu zahlreichen weiteren wichtigen Themen des Wirtschaftsrechts positioniert – von der Datenschutzverordnung über das EU-Kaufrecht bis zur Aktienrechtsnovelle.

Wertschöpfungsorientierte Innovationsstrategien

Deutschland muss auch in Zukunft Industrieland bleiben. Dies kann nur mit wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen und einer kohärenten Wirtschaftspolitik gelingen. Wir müssen unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit permanent behaupten und verteidigen.

Die gute Aufstellung der deutschen Industrie auf den Weltmärkten ist kein Grund, untätig zu werden. Trotz der vergleichsweise robusten konjunkturellen Lage zeigt sich bei längerfristiger Betrachtung eine strukturelle Wachstumsschwäche des Industrielands Deutschland. Das schwächere Potenzialwachstum ist vor allem auf die ungünstige demografische Entwicklung sowie auf Schwächen und Hemmnisse bei der Investitionstätigkeit zurückzuführen. Um uns dauerhaft im internationalen Standortwettbewerb zu behaupten, brauchen wir neben gut qualifizierten Erwerbspersonen einen modernen und hochproduktiven Kapitalstock.

Deutschland kann mehr leisten als in einem Wachstumspotenzial von etwa einem Prozent zum Ausdruck kommt.

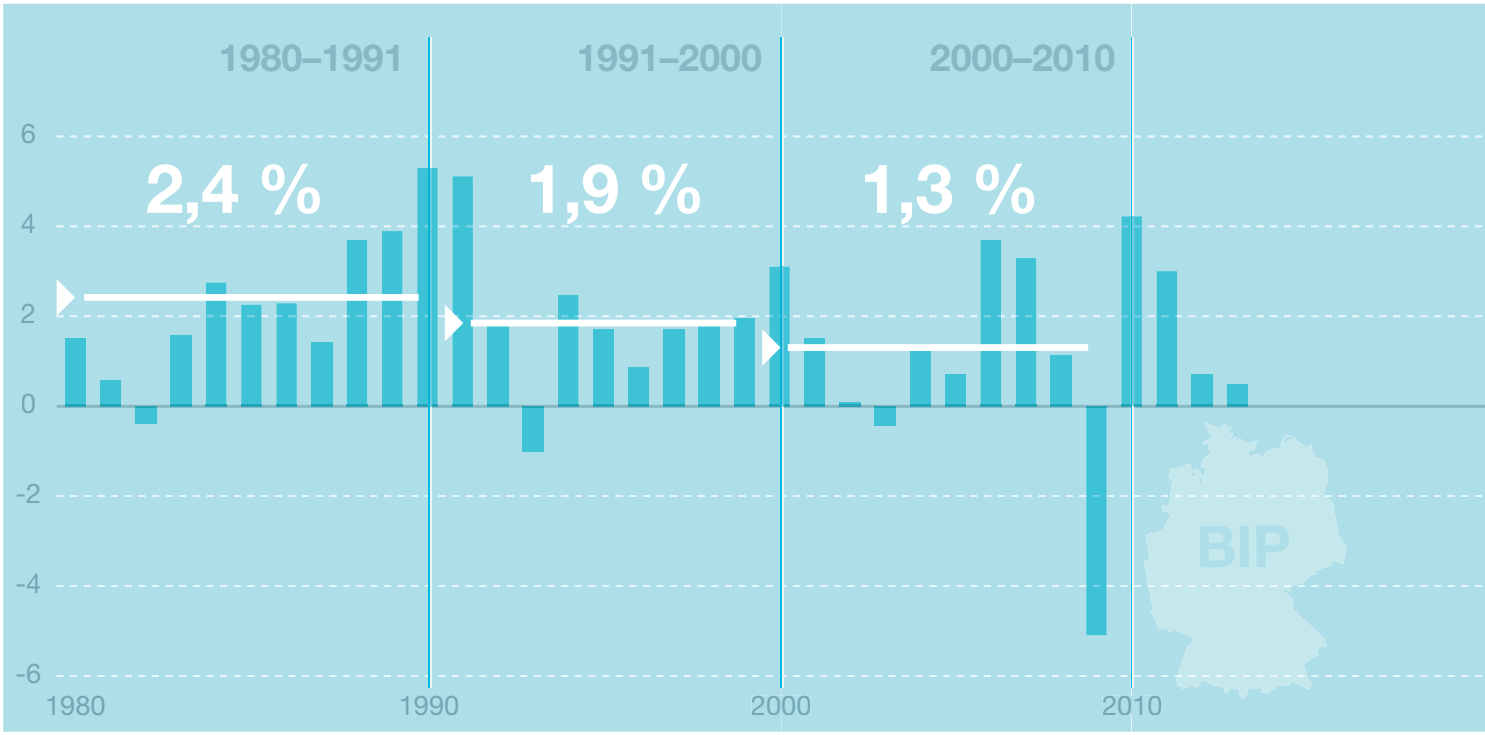
Wir müssen in der Forschung wertschöpfungsorientierte Schwerpunkte durch wirtschaftsrelevante Förderprogramme setzen und dadurch u. a. auf besonders zukunftsträchtigen Sektoren die nötige Schubkraft für innovative Technologien entwickeln.

Der staatliche Finanzierungsanteil an den FuE-Aufwendungen der Unternehmen, der aktuell bei unter vier Prozent liegt, muss erhöht werden, damit in Deutschland forschende Firmen international nicht benachteiligt sind.

Die großen Trends unserer Zeit – Klimawandel, Ressourcenverknappung, Digitalisierung oder Urbanisierung –, die den globalen Strukturwandel antreiben, verheißen im Grunde gute Perspektiven für die deutsche Industrie. Aber der Grundstein des Wachstums wird letztlich in den Unternehmen gelegt. Sie brauchen Rahmenbedingungen, die auf Wertschöpfungsprozesse am Standort Deutschland ausgerichtet sind. Dabei müssen Faktoren wie private Ausrüstungsinvestitionen, staatliche Infrastrukturmaßnahmen, Aus- und Weiterbildung und Forschung und Entwicklung in den Fokus rücken.

Potenziale heben

Wir brauchen eine positive, organisierte Industriepolitik, die marktwirtschaftlich ausgerichtet ist. Sie muss über günstige Rahmenbedingungen und Infrastrukturen versuchen, Wertschöpfungspotenziale zu heben, ohne eine erträumte neue Industriestruktur herbeilenken zu wollen. Es gilt, die breit aufgestellten und tief gestaffelten Wertschöpfungsketten am Standort Deutschland zu erhalten. Wir



Potenzialwachstum und Bruttoinlandsprodukt Deutschlands

Quelle: BMWi, BMF

brauchen diese Produktions- und Innovationsnetzwerke, um die anstehenden Aufgaben wie die Energiewende zu bewältigen. Wird ein Glied der Kette übermäßig belastet, kann die gesamte Wertschöpfungskette reißen – mit negativen Auswirkungen auf Wachstum und Arbeitsplätze. Belastungen der Industrie sollten wir verringern, zusätzliche Belastungen vermeiden.

Forschungsergebnisse müssen zügiger in Produkte und Anwendungen umgesetzt werden. Die Politik soll den Unternehmen bei dieser Strategie helfen und deren Forschung steuerlich fördern. Daneben muss die themengebundene und themenoffene Projektförderung erhalten bleiben.

Das digitale Zeitalter verändert Politik, Gesellschaft und Industrie fundamental. Tradierte Wertschöpfungsketten verschmelzen mit digitalen Produkten und Dienstleistungen. Sie führen zu strukturellen Veränderungen auch bei Geschäftsmodellen und schaffen enorme Wachstumsmärkte.

Allein digitale Dienste im Cloud-Computing lassen einen europaweiten Markt von 250 Milliarden Euro und 2,5 Millionen Arbeitsplätzen bis zum Jahre 2020 erwarten. Dafür müssen aber schon heute die Weichen richtig gestellt werden. Der Ausbau des Breitbandinternets ist Grundlage, um vernetzte Anwendungen in allen Branchen flächendeckend anzubieten. Ein eigener Ausschuss im Bundestag für Internet und digitale Gesellschaft kann den Prozess vorantreiben.

BDI-Standpunkt

Die Studie „Deutschland 2030 – Zukunftsperspektiven Wertschöpfung“ liefert Denkanstöße jenseits des Mainstreams: Welche technologischen, ökonomischen und sozialen Brüche sind bis 2030 zu erwarten und welche Auswirkungen haben sie möglicherweise auf die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze in Deutschland? Wie die Chancen nutzen, die Risiken mindern, die politischen Rahmenbedingungen und insbesondere die Förderung der Forschung gestalten?

Ein wichtiger themenoffener und unbürokratischer Wachstumsimpuls für Unternehmen aller Größenklassen fehlt in Deutschland nach wie vor: eine steuerliche Forschungsförderung, wie sie in den meisten OECD-Ländern gewährt wird.

Darüber hinaus wird einer der innovationsstärksten Wachstumstreiber der deutschen Wirtschaft in der Politik noch zu wenig wahrgenommen: die Gesundheitswirtschaft. Der BDI kümmert sich deshalb mit dem neuen Ausschuss für Gesundheitswirtschaft um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für diesen Wertschöpfungscluster, der mittlerweile über 11% der Wertschöpfung in Deutschland ausmacht.

AKZEPTANZ
ENERGIE
EUROPA
RECHT
INNOVATION
ROHSTOFFE
MOBILITÄT
GLOBALISIERUNG
UMWELT
STEUER
WELTHANDEL
MÄRKTE
SICHERHEIT

Rohstoffversorgung verbessern

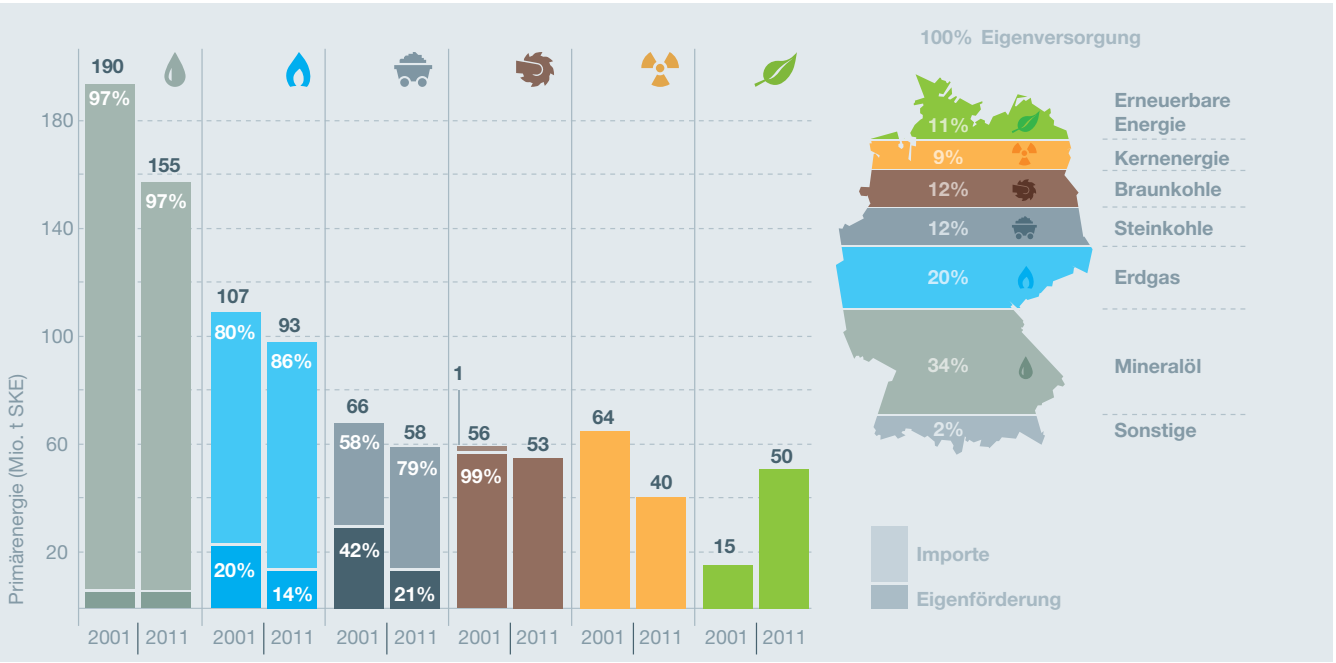
Der Bezug von Rohstoffen ist Aufgabe der Unternehmen. Aber angesichts zunehmender Verzerrungen auf den globalen Ressourcenmärkten bedarf es politischer Unterstützung, um einen fairen weltweiten Wettbewerb sicherzustellen.

Heimische energetische Rohstoffe sichern mehr als ein Drittel unserer Energieversorgung, unseren Bedarf an Baurohstoffen können wir zu 100 Prozent aus eigenen Quellen decken. Bei Primärmetallen und einigen Industriemineralien ist Deutschland allerdings stark importabhängig. Um dem entgegenzuwirken, setzt die deutsche Industrie auf Ressourceneffizienz und den Einsatz recycelter Rohstoffe. Ressourceneffizienz-Technologien „Made in Germany" zählen zur weltweiten Spitze. Die strategische Abhängigkeit von Rohstoffimporten bleibt dennoch eine Herausforderung für die Unternehmen.

Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung, die unter anderem die Gründung der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) umfasst, schafft eine wichtige Grundlage für eine ganzheitliche Politik. Die Industrie hat die RA Rohstoffallianz GmbH ins Leben gerufen, um sich stärker an Rohstoffprojekten zu beteiligen und damit die Versorgung der Wirtschaft zu verbessern. Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern können helfen, den Unternehmen einen diskriminierungsfreien Zugang zu ermöglichen. Dennoch ist die Politik aufgefordert, weiterhin Handels- und Wettbewerbsverzerrungen im bilateralen Dialog, über die WTO und auf G20-Ebene umfassend zu begegnen und damit den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu verbessern. Die nachhaltige Rohstoffnutzung ist zu fördern, zum Beispiel in den Förderländern selbst in Kooperation mit Entwicklungspolitik. Für eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft arbeiten die Unternehmen bereits heute daran, Sozialstandards und Nachhaltigkeit entlang der Lieferkette sicherzustellen. Um den Zugang zu den standortgebundenen Vorkommen auch künftig zu gewährleisten, ist das Ziel „Rohstoffsicherung" in Raumordnung und Landesplanung gleichrangig mit ökologischen und sozialen Belangen zu berücksichtigen. Für eine bessere Verfügbarkeit an Sekundärrohstoffen ist ein freier Markt für Sekundärrohstoffe und fairer Wettbewerb zwischen kommunalen und privaten Akteuren notwendig. Die Anlagenbauer haben moderne

Vergleich des Einsatzes der Primärenergieträger und des Verhältnisses der Eigenversorgung und des Importanteils 2001 und 2011 für Deutschland

Quelle: AGEB 2012, LBEG 2012, BGR



Maschinen entwickelt und Deutschland zum weltweit führenden Exporteur von Recyclingtechnologie gemacht. Aber die Kommunen ziehen immer mehr Geschäftsfelder an sich und schließen die Privatwirtschaft aus lukrativen Bereichen, wie übrigens auch bei der Energie- oder Transportwirtschaft, zunehmend aus. Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz unterstützt diesen Trend, denn künftig soll sich das Zugriffsrecht der Kommunen auch auf getrennt gesammelte Haushaltsabfälle erstrecken, also auf genau jene hochwertigen Stoffe wie Metalle, Kunststoffe, Glas oder Papier, die sich besonders für das Recycling eignen. Das Gesetz begrenzt die Möglichkeit für Privatunternehmen, Abfälle gewerblich zu sammeln, so stark, dass Kunden mit monopolartigen kommunalen Strukturen rechnen müssen. Es muss dahingehend korrigiert werden, dass nach dem Vorbild der Verpackungen getrennt gesammelte Abfälle im Wettbewerb verwertet und die daraus gewonnenen Sekundärrohstoffe dem Wirtschaftskreislauf wieder zufließen können. Dies würde auch den Grundsätzen des europäischen Binnenmarktes entsprechen. Für eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft arbeiten die Unternehmen bereits heute daran, Sozialstandards und Nachhaltigkeit entlang der Lieferkette sicherzustellen.

Der BDI begleitet insbesondere mit Blick auf die Umsetzung des europäischen Fahrplans für ein ressourcenschonendes Europa der Europäischen Kommission intensiv die Diskussion um die Erfassung von Indikatoren für den Rohstoffeinsatz und darauf basierende politische Zielsetzungen. Länder mit einer starken und breiten industriellen Wertschöpfung wie Deutschland dürfen durch Zielsetzungen bezüglich des Rohstoffeinsatzes in der Produktion auf keinen Fall benachteiligt werden.

BDI-Standpunkt

Eine sichere Rohstoffversorgung ist für das Industrieland Deutschland von zentraler Bedeutung. Der BDI arbeitet dazu eng mit der Bundesregierung zusammen, die unsere Forderungen in ihre Rohstoffstrategie aufgenommen hat. Ein Teil dieser Strategie sind Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern, um den Zugang zu Rohstoffen im Ausland zu verbessern. Diese Partnerschaften werden vom BDI eng begleitet. Zudem hat der BDI selbst die Rohstoffallianz ins Leben gerufen, um durch direkte Beteiligungen an Rohstoffprojekten die Versorgung mit Rohstoffen zu verbessern. Mit dem Kongress „Rohstoffland Deutschland“ hat der BDI das Thema heimische Rohstoffe auf die politische Agenda gesetzt. In einem „Faktencheck Ressourceneffizienz“ haben wir Zielkonflikte aufgezeigt und mit gängigen Vorurteilen zur Rohstoffnutzung aufgeräumt. Das Thema Nachhaltigkeit im Rohstoffsektor gewinnt zunehmend an Bedeutung. Der BDI unterstützt dieses Ziel, setzt sich aber gleichzeitig in Brüssel gegen eine bürokratische und nicht zielführende Regulierung für rohstoffverarbeitende Unternehmen ein, wie sie in den USA bereits beschlossen wurde. Stattdessen suchen wir gemeinsam mit dem Öko-Institut nach alternativen Lösungsansätzen für eine nachhaltige Rohstoffnutzung.

Rohstoffimporte 2011

Quelle: BGR

AKZEPTANZ
ENERGIE
EUROPA
RECHT
INNOVATION
ROHSTOFFE
MOBILITÄT
GLOBALISIERUNG
UMWELT
STEUER
WELTHANDEL
MÄRKTE
SICHERHEIT

Nachhaltige Verkehrspolitik

Moderne Mobilität setzt leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen voraus. Was nützen sparsame Autos, wenn sie stundenlang im Stau stehen, oder verbrauchsarme Flugzeuge, wenn sie in Warteschleifen über den Flughäfen kreisen? Sie verbrauchen nutzlos Kraftstoffe, produzieren unnötig Lärm und CO_2.

Klimaschonende Technologien sind die Voraussetzung für eine verbesserte Umweltbilanz, aber sie bedürfen moderner Infrastrukturen und einer nachhaltigen Verkehrspolitik, um ihr Potenzial erfolgreich zu entfalten. In einem fairen Wettbewerbsumfeld kann jeder Verkehrsträger entsprechend seinen Stärken und Effizienzvorteilen eingesetzt werden. Schiene, Straße, Luft und Wasser müssen bestmöglich miteinander vernetzt werden; intelligente Verkehrssysteme verbessern die Schnittstellen.

Die Politik muss optimale Rahmenbedingungen für alle Verkehrsträger schaffen und Verkehrsinvestitionen erhöhen. Der Bedarf liegt bei jährlich 14 Milliarden Euro. Die Projekte sind nach Nutzen-Kosten-Gesichtspunkten zu priorisieren und Engpässe gezielt zu beseitigen.

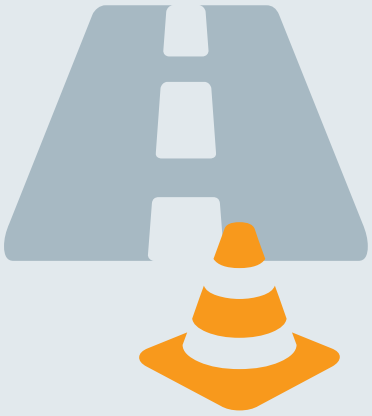
Effizienter planen

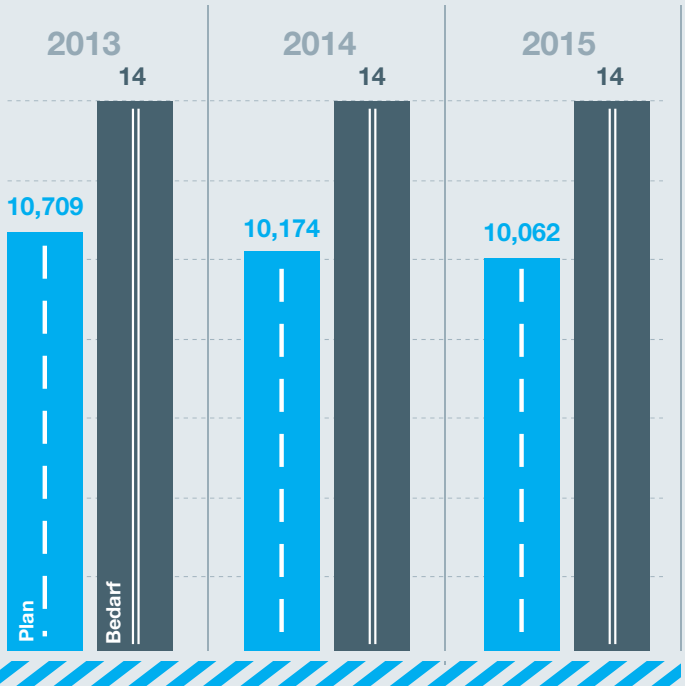
Planungsverfahren dauern in Deutschland zu lange. Das schwächt Akzeptanz und Legitimität von Infrastrukturvorhaben und mindert ihren Nutzen. Zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik gehört deshalb auch, Projekte effizienter umzusetzen. Gleichzeitig sind bessere Beteiligung und zügigere Verfahren kein Gegensatz, sondern bedingen einander.

Effiziente Planungsverfahren nutzen wenig, wenn dann das Geld für die Umsetzung fehlt. Deshalb setzt eine schnellere Realisierung eine bessere Finanzierung voraus. Die Bundesverkehrswege sind chronisch unterfinanziert. Für die nächsten Jahre sind lediglich etwas mehr als zehn Milliarden Euro jährlich budgetiert. Der tatsächliche Bedarf liegt jedoch um vier Milliarden Euro höher. Damit Deutschland wirtschaftlich stark bleibt, braucht unser Land eine exzellente Verkehrsinfrastruktur. Sie ist die Basis für Export, Produktion und Logistik.

Investitionen in die Bundesverkehrswege

Mobilität braucht Investitionen und Innovationen.





Mobilität neu denken

Wir wollen, dass Mobilität in Zukunft klimafreundlicher, ressourcenschonend und leiser wird und zugleich für möglichst viele Menschen und Unternehmen erschwinglich bleibt. Intelligente Systeme für alle Verkehrsträger müssen rasch realisiert werden. Erfolgreiche Instrumente wie die Spreizung der LKW-Maut und der Flughafenentgelte sollten wir weiterentwickeln. Dagegen ist es nicht sinnvoll, den Verkehr zu verteuern, ohne die Umwelt effizient zu schonen, indem man – ökonomisch gesprochen – pauschal externe Kosten internalisiert.

Ziel muss es sein, Forschung und Entwicklung für Umwelt- und Ressourcenschutz technologieneutral zu fördern. Einzelne Optionen – etwa bei neuartigen Antrieben und alternativen Kraftstoffen – dürfen nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Die Bundesregierung muss auch die Elektromobilität nach den Empfehlungen der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE) technologieoffen fördern. Unser gemeinsames Ziel ist es, Deutschland bis 2020 zum Leitanbieter und wichtigsten Markt für Elektromobilität zu entwickeln. Die Zusammenarbeit für diese Ziele ist bisher beispielhaft.

BDI-Standpunkt

Mobilität muss noch nachhaltiger werden. Wie das gelingen kann? – Mit der „Mobilitätsagenda der Deutschen Industrie“ entwirft der BDI verkehrspolitische sowie technische Lösungen. Die Mobilitätsagenda startete im April 2013 mit den Publikationen „Ziel: Leise Mobilität“ und „Gemeinsame Lösungen für die maritime Logistik“. Ebenfalls im April 2013 fand der 7. Deutsche Luftverkehrskongress von BDI, BDL und BDLI im Haus der Deutschen Wirtschaft statt. BDI-Präsident Grillo sprach mit Wirtschaftsminister Rösler über die Erfolgsfaktoren für diese strategisch entscheidende Branche.

Unter Führung des BDI wurde 2012 die Gemeinsame Erklärung der Industrie „Damit Deutschland wirtschaftlich stark bleibt“ veröffentlicht, die für höhere Investitionen in die Verkehrswege wirbt. Für den fraktionsübergreifenden Parlamentskreis Elektromobilität des Bundestages hat der BDI die Geschäftsführung übernommen. Der BDI wirbt für eine frühere, offene und kontinuierliche Bürgerbeteiligung bei der Verkehrsplanung. Deshalb hat der BDI die optionale Regelung im nun verabschiedeten Planungsvereinheitlichungsgesetz von Beginn an unterstützt.

AKZEPTANZ
ENERGIE
EUROPA
RECHT
INNOVATION
ROHSTOFFE
MOBILITÄT
GLOBALISIERUNG
UMWELT
STEUER
WELTHANDEL
MÄRKTE
SICHERHEIT

Globale Wirtschaftsordnung

Die Staats- und Regierungschefs haben die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) zu dem Forum erklärt, das die weltwirtschaftlichen Herausforderungen bewältigen soll. Strategische Partnerschaften – ob bilateral, auf europäischer Ebene im Rahmen der Gruppe der Acht (G8) oder bei den G20 – sind für ein Land der Größe Deutschlands dringend notwendig.

> „Wir brauchen einen weltweiten Ordnungsrahmen für globale Finanz- und Kapitalmärkte: Eine effektive Regulierung der Finanzmärkte muss die wirklichen Risiken adressieren und die Realwirtschaft schonen. Leitgedanke soll es sein, die Systemstabilität zu gewährleisten."

Die weltweiten Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigen deutlicher denn je, dass die globalen Aufgaben nur in enger Koordination und Kooperation auf internationaler Ebene zu lösen sind. Schon seit vielen Jahren treffen sich die Staats- und Regierungschefs der großen sieben Wirtschaftsnationen und Russland in der Gruppe der Acht zum Weltwirtschaftsgipfel. Als Reaktion auf die aktuelle Finanzkrise verabreden sich zudem die 20 größten Industrie- und Schwellenländer zum G20-Gipfel, um vor allem Finanzmarktthemen zu beraten. Die Bundesrepublik ist in beiden Foren vertreten und muss gemeinsam mit den anderen Staaten die Impulse für ein starkes, weltweites und nachhaltiges Wachstum der Wirtschaft und der Arbeitsplätze geben.

Bei den Gipfeltreffen der G20-Staaten werden regelmäßig eine Reihe von internationalen Organisationen hinzugezogen, darunter Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank. Arbeitsaufträge werden an die OECD, das Financial Stability Board (FSB) und andere multilaterale Institutionen vergeben. Seit dem G20-Gipfel von Washington im November 2008 wurden zahlreiche Regulierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht, deren Ziel es ist, die Disziplin auf den Finanzmärkten zu stärken sowie Transparenz und Verantwortlichkeit zu stärken. Die umfängliche Regulierungsagenda ist auch für die deutsche Industrie bedeutend.

Business20

Die Business20 (B20) ist ein Zusammenschluss führender Industrieverbände aus den G20-Ländern. Sie ist aus den ursprünglich parallel zu den G20-Treffen stattfindenden Wirtschaftsgipfeln (Business Summits) entstanden und hat zum Ziel, ein stabiles und nachhaltiges Wirtschaftswachstum sicherzustellen. Als transnationale Wirtschaftsplattform erarbeitet die B20 praxisnahe Empfehlungen, die Grundlage der Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der G20 bilden sollen. Die B20 hat sich als ein wertvoller Partner des G20-Outreach-Programms (Think20, Civil20, Labor20, Youth20) erwiesen und ist

weiterhin bemüht, als ein vollwertiger Teilhaber zur Lösung globaler Fragestellungen verstanden zu werden.

Anker in der Finanzkrise

Die Industrieunternehmen müssen für Fehler einstehen, die andere begangen haben. Von der Realwirtschaft ging und geht nachweislich keine Gefahr für die Stabilität des Finanzsystems aus. Sie war nicht Auslöser, sondern der Anker während der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise. Die Krise hat deutlich gemacht, dass grundlegende Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft missachtet wurden. Risiko und Haftung wurden entkoppelt. Es ist wichtig, daraus die richtigen Lehren zu ziehen. Wir brauchen ökonomische Anreize und Regelungen, die solche Fehlentwicklungen künftig unterbinden. Wirksame Regeln sind unerlässlich, um die Finanzmärkte stabiler und krisenfester zu machen. Marktstabilisierung und Risikoprävention dienen auch einer funktionierenden Unternehmensfinanzierung und sind damit letztlich grundlegend für Investitionen, Wachstum und Innovation.

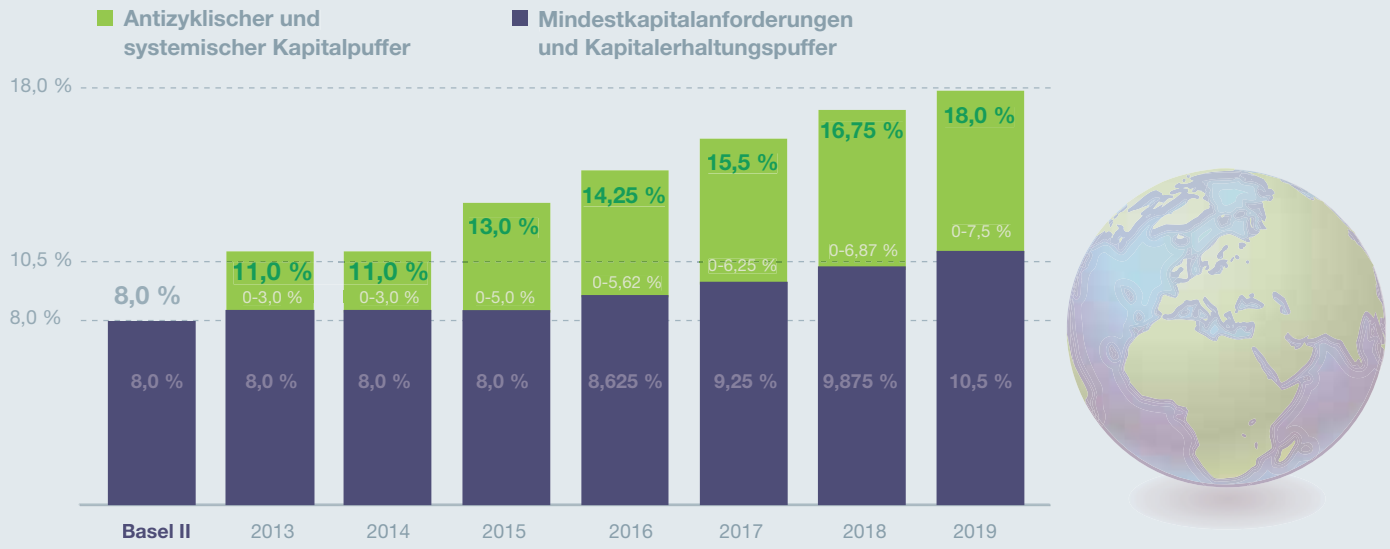
Doch nicht alle Regulierungsmaßnahmen der letzten Jahre waren gleichermaßen zielführend. Zentrale Elemente der Agenda haben sogar negative Konsequenzen für die Realwirtschaft, weil sie die Finanzierung und die Risikoabsicherung der Unternehmen erheblich verteuern. Das Reformpaket zur Bankenregulierung Basel III, die neuen Eigenkapitalanforderungen für Versicherungen (Solvency II), die Steuerung der Derivatemärkte und die MiFID-Revision sind Beispiele dafür.

Die Regulierungspolitik muss umlenken: Priorität haben: der Aufbau einer Europäischen Bankenaufsicht, das Aufstellen effektiver Regeln für systemrelevante Institute aufstellen und das Schaffen eines gemeinschaftlichen Rechtsrahmens, um Banken zu restrukturieren und abzuwickeln. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sollen die neuen Finanzmarktregeln möglichst einheitlich und international gleichzeitig umgesetzt werden.

BDI-Standpunkt

Anlässlich der deutschen G8-Präsidentschaft hat der BDI im Jahr 2007 mit dem „G8 Business Summit“ die B8, eine Gruppe von Wirtschaftsverbänden aus den G8 Ländern, ins Leben gerufen. Inzwischen hat sich Business20 (B20) als korrespondierendes Forum für die Wirtschaft im Rahmen der G20-Präsidentschaften etabliert. In der B20-Coalition haben sich die führenden Wirtschaftsverbände zu einem erweiterten Forum zusammengefunden, das praxisnahe Empfehlungen erstellt und an die Staats- und Regierungschefs aus den G20-Ländern richtet. Offene Märkte, eine stabilitätsorientierte und nachhaltige Politik zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie eine maßvolle und einheitliche Regulierung globaler Finanzmärkte gehören zum Kern der Botschaften von B20. Zuletzt hat der BDI in einem gemeinsamen Schreiben der B20 Coalition an die Staats- und Regierungschefs der G20 appelliert, die Verhandlungen über Handelserleichterungen (Trade Facilitation) im Rahmen der Doha Development Agenda im Dezember 2013 zum Abschluss zu bringen.

Umsetzung von Basel III in der Europäischen Union in Prozent der risikogesicherten Aktiva



Quellen: BCBS (2011); EU-Kommission (2011a, 2011b); Rat der Europäischen Union (2012)

AKZEPTANZ
ENERGIE
EUROPA
RECHT
INNOVATION
ROHSTOFFE
MOBILITÄT
GLOBALISIERUNG
UMWELT
STEUER
WELTHANDEL
MÄRKTE
SICHERHEIT

Industriekompetenz in der Umwelt- und Klimapolitik

Alle Industriebereiche befinden sich längst auf dem Nachhaltigkeitspfad, der zu beachtlichen Verbesserungen bei Ressourcen- und Energieeffizienz sowie Umwelt- und Klimafreundlichkeit geführt hat. Künstliche Abgrenzungen in „grüne“ und „nicht grüne“ Produkte widersprechen dem Nachhaltigkeitsprinzip.

Die Bundesregierung soll sich viel stärker als bisher für die Konsistenz der energie-, klima- und umweltpolitischen Instrumente (EU ETS, Erneuerbaren-Ausbau, Energieeffizienzsteigerung, Luftqualitätsvorgaben) einsetzen.

Spezifische Klimaschutzgesetze mit eigenen Zielen in einzelnen Bundesländern sind ein Schritt in die falsche Richtung – eine ineffiziente Regionalisierung soll vermieden werden.

Das EU-2050-Klimaziel und die deutsche Energiewende sind inhaltlich miteinander verbunden. Die EU-Kommission und die Bundesregierung sind hier gefordert, für widerspruchsfreie und berechenbare Vorgaben zu sorgen. Diese sind die Grundvoraussetzung für die erforderlichen Investitionen.

Green Economy war eines der zentralen Themen der Internationalen Konferenz zur Nachhaltigen Entwicklung in Rio de Janeiro im Juni 2012 (Rio+20). Mit dem gemeinsamen Memorandum von BDI und Bundesumweltministerium für eine Green Economy hat sich die deutsche Industrie einmal mehr zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung bekannt, das bereits seit 20 Jahren übergeordnetes Prinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns ist. Ziel ist es, Ökonomie, Ökologie und Soziales angemessen auszubalancieren. Der BDI hat in einer Sammlung guter Beispiele den facettenreichen Beitrag der Industrie für eine nachhaltige Entwicklung konkret aufgezeigt. Nachhaltiges Wachstum hat die Lebensqualität von weiten Teilen der Weltbevölkerung gesteigert und wird sie auch künftig noch verbessern. Alle Industriesektoren sind über die Wertschöpfungsstufen eng miteinander verbunden und haben gleichermaßen Anteil am Gelingen. Innovationen der Grundstoff- und energieintensiven Industrien tragen wesentlich dazu bei, energieeffiziente und umweltfreundliche Produkte in der ganzen Wertschöpfungskette zu entwickeln. Ohne sie wäre nachhaltiges ökonomisches Wachstum nicht vorstellbar. Deshalb bevorzugen wir den Begriff des „Greenings“ der Wirtschaft.

Problematisch ist, dass die unterschiedlichen Ziele der Energie-, Klima- und Umweltpolitik auf europäischer, nationaler und zum Teil sogar auf Länderebene trotz zum Teil erheblicher inhaltlicher Wechselwirkungen weitgehend unabgestimmt nebeneinander stehen. Für die Unternehmen ist das ineffektiv, denn es drohen Doppel- und Mehrfachbelastungen, die Kapital abschöpfen, Investitionen erschweren und damit

die Wettbewerbsfähigkeit im Weltmarkt massiv beeinträchtigen können.

Hinzu kommt, dass Deutschland angesichts des Ausstiegs aus der Kernenergie wenig Spielraum hat, um das langfristige Ziel einer weitgehend emissionsneutralen Energieversorgung zu erreichen. Zudem soll zwischen 2020 und 2030 das Minderungsziel für den Emissionshandelssektor stark angehoben werden. Was dies im Zusammenhang mit der Energiewende in Deutschland für das Jahr 2030 bedeutet, ist nicht klar. Jedoch ist in jedem Fall von deutlichen Steigerungen des CO_2-Preises auszugehen. Dabei geht es um mehr als bloße Emissionsminderung – es geht um die ökonomische und soziale Zukunftsfähigkeit in einer zunehmend vernetzten globalen Wirtschaft. Investitionsbereite Unternehmen brauchen klare und verlässliche Vorgaben. Dies gilt nicht nur für das EU-Emissionshandelssystem (EU ETS), sondern auch für die Steuerung des Zubaus an erneuerbaren Energien, für Energie- und Ressourceneffizienzvorgaben und die Regulierung von Industrieemissionen.

Weil es viel Geld kostet, ambitionierte Klimaziele zu realisieren, müssen alle Maßnahmen kosteneffizienter werden. Dazu gehört, Zielvorgaben auf europäischer, nationaler und Länderebene besser abzugleichen und mehr nach ihrer Kosten-Nutzen-Relation zu bewerten.

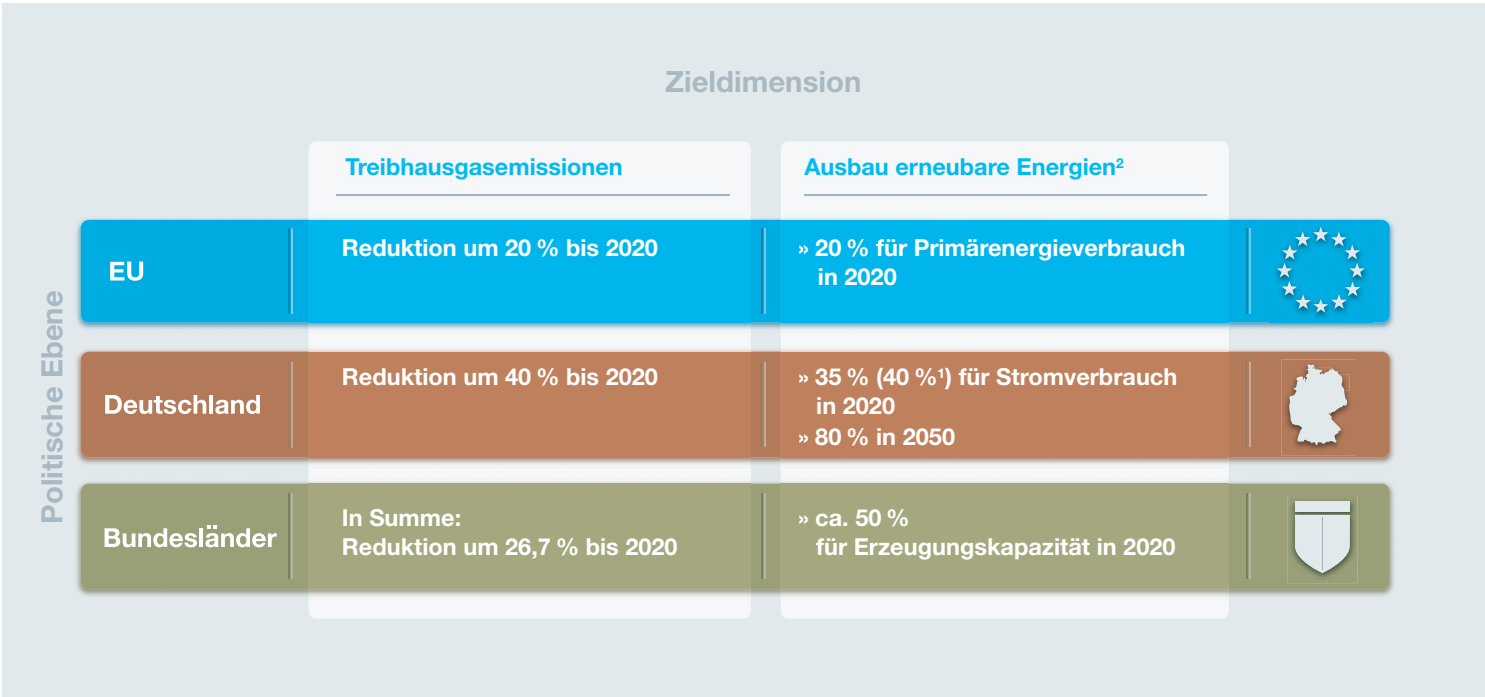
Investitionen in die Energiewende und den Klimaschutz setzen einen berechenbaren und widerspruchsfreien gesetzlichen Rahmen voraus. Zielkonflikte in der Energie-, Klima- und Umweltpolitik müssen beseitigt werden.

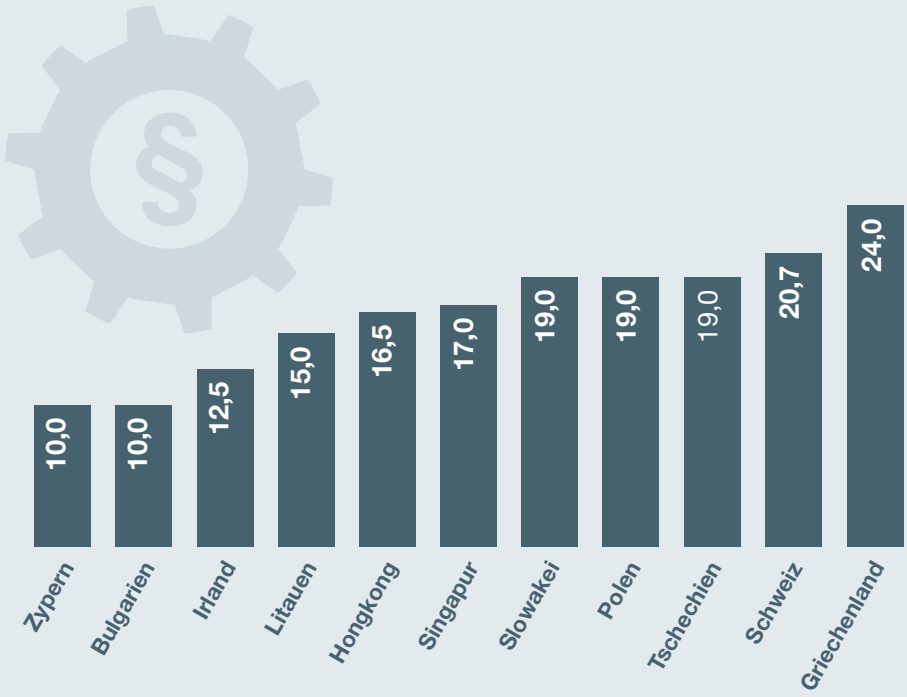
BDI-Standpunkt

Der BDI setzt sich für eine unternehmensfreundliche Umweltpolitik ein. Zentrale Ziele sind unter anderem die Schaffung eines globalen Kohlenstoffmarktes und ein ambitioniertes internationales Klimaschutzabkommen. Der BDI vertritt die Interessen der deutschen Industrie aktiv bei den UN-Klimaverhandlungen. Zusammen mit europäischen Partnerverbänden verfolgt der BDI das Ziel eines langfristig stabilen Europäischen Emissionshandelssystems. In diesem Zusammenhang lehnt der BDI kurzfristige staatliche Eingriffe in das funktionierende Marktsystem ETS (z. B. in Form des sogenannten Backloadings) ab. Der BDI plädiert für ein berechenbares ETS als zentrales energie- und klimapolitisches Instrument und für eine konsistente und effiziente europäische Energie- und Klimapolitik. Der BDI ist in diesem Kontext Mitinitiator einer breiten von Business Europe geführten Initiative „Energy and Climate 2030“. Auf nationaler Ebene votiert der BDI gegen eine weitere Zersplitterung in nationale und regionale klimaschutzpolitische Einzelprozesse.

Unterschiedliche Ziele bei Energie- und Klimapolitik

[1] Vorschlag Minister Altmaier
[2] Primärenergieträger und Strom
Quelle: eigene Berechnungen





Tarifliche Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften 2011 in Prozent

(1) Gewerbesteuerhebesatz: 432 Prozent
Quellen: BMF; BDI, Deloitte; Institut der deutschen Wirtschaft Köln; 2011

Industriefreundliche Steuerpolitik

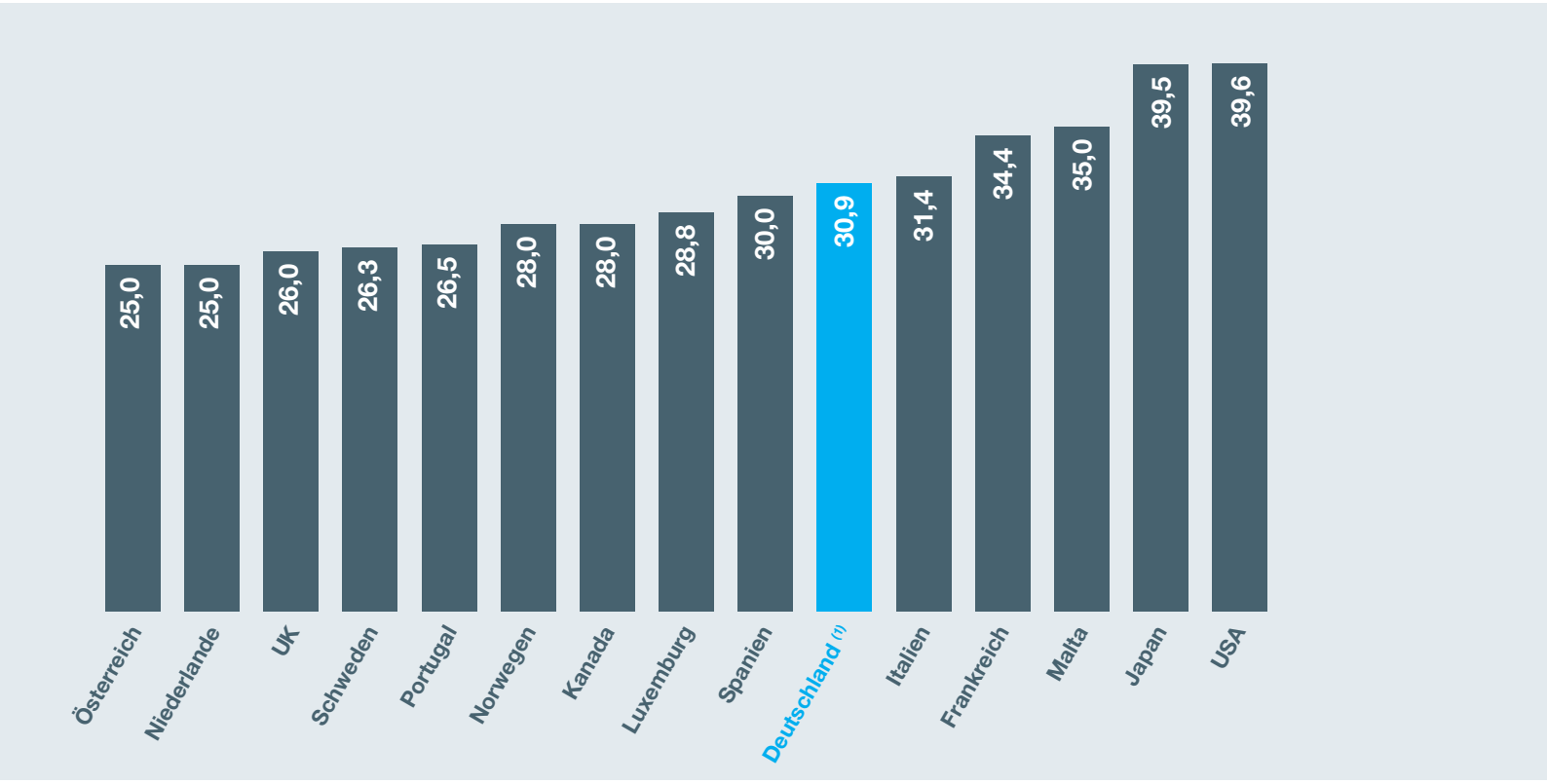
Die Steuerpolitik der vergangenen zehn Jahre hat dazu beigetragen, die Unternehmen im Wettbewerb zu stärken. Das Steuerrecht muss weiter das Ziel flankieren, den Standort zu stärken.

Anfang 2000 zählte der deutsche Standort durch die hohe nominale und effektive Steuerbelastung der Unternehmen im internationalen Vergleich noch zu den Schlusslichtern. Die Bundesregierung hat die nominale Belastung schrittweise gesenkt und damit auch die Bemessungsgrundlagen verbreitert. Im Ergebnis wurde damit die Gesamtbelastung maßvoll abgesenkt.

Die Unternehmen in Deutschland erwarten nun, dass die Politik die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit durch die Modernisierung der Unternehmensbesteuerung – insbesondere der Konzernbesteuerung und bewerbesteuer – stärkt. Trotz Rekordsteuereinnahmen werden Erhöhungen und die Einführung neuer Steuern in Form einer Vermögensteuer oder -abgabe sowie eine Verschärfung der Erbschaftsteuer diskutiert. Auch eine Finanztransaktionssteuer würde den Standort Deutschland schwächen, da sie ihr eigentliches Ziel klar verfehlt: Die Steuer trifft nicht die Finanzwirtschaft, die von der Politik für die Finanzkrise verantwortlich gemacht wird und deshalb belastet werden soll. Alle Studien belegen: Stattdessen werden die Kosten an Realwirtschaft und Bürger weitergereicht. Zudem wären die klassischen Industrieunternehmen durch die Belastung von Sicherungsgeschäften unmittelbar betroffen. Alle diese Forderungen würden die positive Entwicklung der letzten zehn Jahre gefährden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Wirtschaft nur dann wächst, wenn das Steuerrecht die erforderlichen Investitionsfreiräume schafft, indem es international übliche Belastungskorridore und verlässliche Rahmenbedingungen einrichtet.

Die Unternehmen in Deutschland richten sich zunehmend international aus. Dadurch rückt das Steuerrecht für die grenzüberschreitenden Aktivitäten immer mehr in den Fokus der

> „Steuerpolitische Strukturreformen müssen vorangetrieben werden. Die Doppelbesteuerungsabkommen sollen Missbrauch erfassen, nicht aber die ökonomisch gebotenen und international üblichen Strukturen behindern."



Investitionsplanung. Das deutsche internationale Steuerrecht hat Stärken – zum Beispiel das weite Netz von Doppelbesteuerungsabkommen mit Freistellungsmethode. Es existieren aber auch zahlreiche Schwächen, die Investitionen am Standort und wirtschaftliche Aktivitäten aus Deutschland heraus hemmen. Hierzu gehören die ertragsunabhängigen Elemente bei der Gewerbesteuer und die international immer noch unübliche Besteuerung sogenannter Funktionsverlagerungen.

Reformen vorantreiben

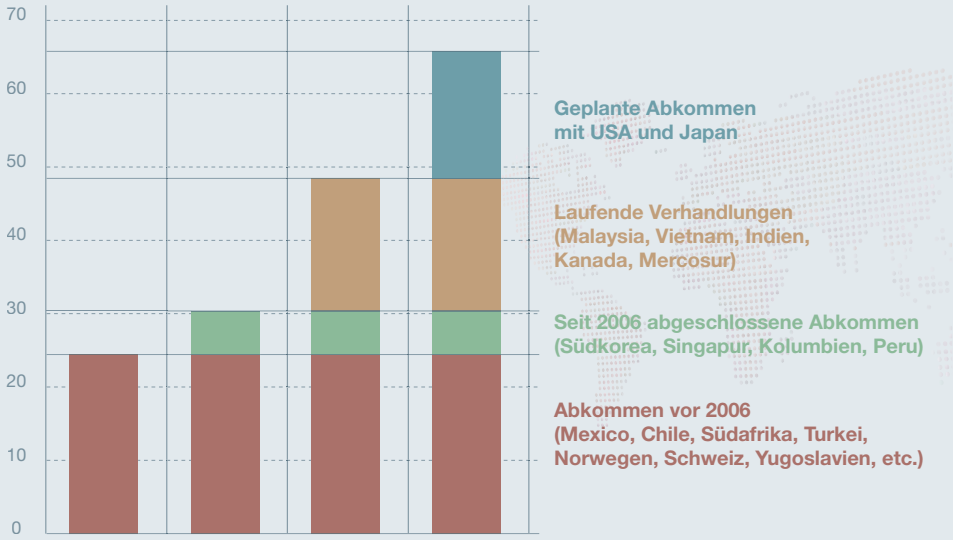
Steuerpolitische Strukturreformen müssen vorangetrieben werden. Die Doppelbesteuerungsabkommen sollen Missbrauch erfassen, nicht aber die ökonomisch gebotenen und international üblichen Strukturen behindern. Neben klaren Regelungen muss die Finanzverwaltung zuverlässiger und praxisgerechter vollziehen. Erste Schritte hierzu sind zeitnahe Betriebsprüfungen, Vereinfachungen im Vollzug und Rechtssicherheit durch die Parallelität von Gesetzen und Verwaltungsverordnungen.

Dass der energiesteuerliche Spitzenausgleich fortgeführt wird, ist wiederum ein großer Schritt, der die Wettbewerbsfähigkeit sichert. Ein weiteres Bündel von Maßnahmen ist dennoch sinnvoll: Der Gesetzgeber sollte ein modernes Gruppenbesteuerungssystem ohne Ergebnisabführungsvertrag einführen sowie die Thesaurierungsbegünstigung fortentwickeln. Bei der Umsatzsteuer gibt es keinen Interessengegensatz. Hier muss die Kooperation zwischen Finanzverwaltung und Wirtschaft verbessert werden. Der Abbau der Steuerbürokratie muss fortgesetzt und vor allem bei den Aufbewahrungsfristen umgesetzt werden.

BDI-Standpunkt

Die Steuereinnahmen sind derzeit auf Rekordniveau. Tendenz: weiter steigend. Grund für die erfreuliche Entwicklung ist die positive wirtschaftliche Entwicklung. Die Unternehmen in Deutschland tragen einen enormen Anteil am Steueraufkommen. Weit über 40 Prozent des Ertragssteueraufkommens kommen direkt von den Unternehmen. Mittelbare Effekte wie Lohnsteuern etc. kommen noch dazu. Bereits im nächsten Jahr wird der Bund das Ziel der Schuldenbremse erreichen. Der bisherige Konsolidierungskurs wurde weitgehend über die Einnahmeseite vorangetrieben. Umso wichtiger ist es, die Quellen zu pflegen. Neue Steuern – wie die Vermögensteuer – oder Steuererhöhungen wären kontraproduktiv. Vielmehr muss die Modernisierung des Unternehmensteuerrechts genauso wie die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen ganz oben auf der Agenda stehen.

AKZEPTANZ
ENERGIE
EUROPA
RECHT
INNOVATION
ROHSTOFFE
MOBILITÄT
GLOBALISIERUNG
UMWELT
STEUER
WELTHANDEL
MÄRKTE
SICHERHEIT



% des EU-Handels würden von den Freihandelsabkommen erfasst werden.

Freihandelsabkommen erfassen erheblichen Anteil des EU-Außenhandels

Quelle: Europäische Kommission, 2012

Welthandelspolitik

Die deutsche Industrie ist auf offene Weltmärkte und verlässliche Handels- und Investitionsregeln angewiesen. Alle Ebenen der Politik und sämtliche handelspolitischen und diplomatischen Mittel müssen optimal kombiniert und konsequent eingesetzt werden.

Trotz der Selbstverpflichtung der G20-Staaten zur Bekämpfung des Protektionismus steigt die Zahl an Handels- und Investitionshemmnissen immer schneller an. Seit Oktober 2008 sind mehr als 500 neue Handelsbeschränkungen alleine von den G20-Staaten beschlossen worden, darunter die Erhöhung der Zölle, Ausfuhrrestriktionen, Importlizenzverfahren und Beschränkungen bei Investitionen.

Diese Maßnahmen belasten bereits drei Prozent des Welthandels, und rund 90 Prozent treffen die Industrie. Besonders zahlreiche oder schwerwiegende protektionistische Maßnahmen werden in Argentinien, Brasilien, China, Indonesien und Russland festgestellt. Diese Entwicklungen laufen nicht nur dem immer wieder geäußerten Ziel entgegen, die laufende Welthandelsrunde abzuschließen, sondern untergraben auch die Erfolgschancen laufender bilateraler und regionaler Verhandlungen über Freihandelsabkommen (FTA).

Ehrgeizige Liberalisierung

Wie die gesamteuropäischen Investitionsförder- und Schutzverträge ausgestaltet werden, hat maßgeblichen Einfluss auf die Frage, ob deutsche Unternehmen künftig im Ausland investieren werden und damit Deutschlands Integration in die globalen Wertschöpfungsketten sichern können. Ebenso wichtig ist der gesicherte Zugang zu Rohstoffen.

Für die deutsche Industrie ist es unerlässlich, dass die EU, ihre Mitglied Staaten und die Wirtschaft enger zusammenarbeiten, um Handelshemmnisse zu bekämpfen. Zentrale Ziele der nächsten Legislaturperiode sind ehrgeizige Liberalisierungsschritte: Bilaterale und regionale Freihandelsabkommen sollen den WTO-Prozess gezielt ergänzen. Insbesondere ein umfassendes und offen ausgestaltetes Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA könnte dem Welthandelssystem wichtige Impulse verleihen, wenn es Regeln entwickelt, die über den transatlantischen Raum hinaus Wirkung entfalten. Das System der Welthandelsorganisation soll zudem gestärkt werden, indem pluri- und multilaterale Liberalisierung unter dem Dach der WTO wieder belebt werden,

wie zum Beispiel im WTO-Verfahren gegen chinesische Rohstoffexportbeschränkungen und argentinische Importschranken.

Motor für den Freihandel

Für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit ist es essenziell, den globalen Trend zum Protektionismus in zunehmende Offenheit der Märkte zu wenden. Die WTO-Mitglieder müssen den Stillstand auf multinationaler Ebene überwinden und die Organisation wieder als zentralen Motor für den Freihandel etablieren. Die in Genf verhandelten Handelserleichterungen und der Mechanismus nichttarifärer Barrieren (NTB) sollen baldmöglichst beschlossen werden. Erfolg versprechende Formate, um neue Liberalisierungsschritte zu verhandeln, sollten wir gemeinsam vorantreiben.

Um die WTO weiterzuentwickeln, müssen unerledigte und neue Themenfelder reguliert werden, wie Wettbewerb und Exportrestriktionen, die Beschleunigung von Entscheidungsprozessen, die Reform des Streitschlichtungsmechanismus und die Ausweitung der Rechte der Welthandelsorganisation beim Monitoring protektionistischer Maßnahmen und der Überprüfung bilateraler oder regionaler FTAs. Der Trend zu neuen FTAs setzt sich zwar fort. Sie sind jedoch kein Ersatz für den WTO-Prozess. Er bleibt der Königsweg zu offenen Märkten, fairem Wettbewerb und dadurch mehr Wachstum, Arbeitsplätzen und Wohlstand weltweit.

FTAs können jedoch den WTO-Prozess sinnvoll ergänzen, indem sie ein deutliches Plus bei der Tiefe der Liberalisierung und bei der Beseitigung nichttarifärer Barrieren (NTBs) bieten. Die neuen Abkommen, etwa mit den USA, sollen weit über die reine Zollbeseitigung hinausgehen und unter anderem den Schutz geistigen Eigentums, die Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte und Wettbewerbsfragen umfassen.
Die EU hat mehr als zwei Dutzend bilaterale und regionale Wirtschaftsabkommen abgeschlossen und bei der Welthandelsorganisation (WTO) registriert. Insgesamt sind dort über 100 Freihandelsabkommen (FTA) gemeldet. Weltweit sind geschätzte weitere 200 Präferenzabkommen in Kraft.

BDI-Standpunkt

Der BDI setzt sich aktiv gegen zunehmenden Protektionismus ein. Wir haben die G20 aufgefordert, den wiederholten Beteuerungen konkrete Taten beim Abbau von Hemmnissen beim Marktzugang folgen zu lassen. Diese Forderung wurde auch in bilateralen Gesprächen u. a. anlässlich der Sitzung der Deutsch-Brasilianischen Gemischten Wirtschaftskommission im Oktober 2012 aufgenommen. In der EU hat sich der BDI mehrfach gegenüber Kommission und Parlament gegen neue Maßnahmen zur Beschränkung des Marktzugangs im öffentlichen Auftragswesen ausgesprochen. In zahlreichen Gesprächen mit Entscheidungsträgern in Berlin, Brüssel und Washington hat sich der BDI erfolgreich für die Aufnahme von Verhandlungen über ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen der EU mit den USA eingesetzt. Darüber hinaus lädt der BDI einmal jährlich amerikanische Senatoren und Kongressabgeordnete sowie deutsche Vorstandsvorsitzende zum „BDI-U.S. Congressional Round Table“ ein, um über zentrale transatlantische Wirtschafts- und Handelsthemen zu sprechen.

AKZEPTANZ
ENERGIE
EUROPA
RECHT
INNOVATION
ROHSTOFFE
MOBILITÄT
GLOBALISIERUNG
UMWELT
STEUER
WELTHANDEL
MÄRKTE
SICHERHEIT

Aufstrebende Märkte

Seit Ende der 1990er- Jahre verschieben sich die wirtschaftlichen Gewichte: weg von den etablierten Volkswirtschaften, hin zu den aufstrebenden Märkten. Diese Entwicklung hat mit der Finanzkrise 2008 nochmals an Dynamik gewonnen. Die deutsche Industrie ist nicht nur seit langer Zeit global gut positioniert, sondern hat auch das Engagement in den BRICS-Ländern, allen voran China, und den Ländern jenseits der BRICS weiter ausgebaut.

Die globale Vernetzung führt zu einer wachsenden Bedeutung aufstrebender Schwellenländer für die deutsche Industrie. China, Russland, Indien und Brasilien, aber auch Länder wie die im vergangenen Jahr vom BDI gemeinsam mit Prognos untersuchten Schwellenländer (u. a. Chile, Kolumbien, Peru, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Ukraine, Ägypten, Saudi-Arabien) sowie bereits langjährige Partner wie Südkorea, Mexiko, Türkei, Thailand und Südafrika stehen im Fokus verstärkter Exportbemühungen der deutschen Industrie.

Die deutsche Industrie erzielte im vergangenen Jahr mit 1,1 Billionen Euro einen neuen Ausfuhrrekord. Mit vier Prozent Wachstum wurde der globale Handelszuwachs um 1,2 Prozent übertroffen. Besondere Wachstumsmärkte waren zuletzt Südkorea mit einem Exportplus gegenüber 2011 von 13,4 Prozent und Indonesien mit einem Zuwachs von 25 Prozent. Die Exportentwicklung in die BRICS-Staaten verlangsamte sich. Während die Ausfuhren nach Russland um 10,4 Prozent, nach Brasilien um 4,7 Prozent und nach China um 2,7 Prozent stiegen, sanken die Exporte nach Indien um 4,3 Prozent. Die „neuen“ Wachstumsmärkte erhalten in den Bemühungen der Firmen, zusätzliche Absatzchancen zu realisieren, eine stetig größere Bedeutung. Der BDI rechnet damit, dass dieser Trend sich fortsetzt. Die neuen Märkte bieten zusätzliche Ertragsperspektiven, aber auch größere Risiken, die besonders vom Mittelstand kalkuliert werden müssen. Damit der Mittelstand seine Möglichkeiten in diesen risikoreicheren Märkten optimal nutzen kann, muss die Außenwirtschaftsförderung des Bundes wie bisher kontinuierlich dem Wandel der deutschen Exportmärkte angepasst werden.

Deutsche Exporte, die in die BRICS-Länder gehen

12 %

Regionalinitiativen und Deutschlandjahre

Mit der wachsenden Bedeutung dieser Märkte haben auch die Regionalinitiativen, an denen der BDI beteiligt ist, an Gewicht gewonnen. Flaggschiff in der Arbeit des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft sind die Asien-Pazifik-Konferenzen. Im Mittelpunkt der letzten Konferenz im November 2012 in Delhi, Indien, standen gemeinsame Lösungsansätze der Unternehmen aus Asien und Deutschland im Bereich der Urbanisierung. Zusammen mit anderen Verbänden gelang es dem BDI 2012, die Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI) wiederzubeleben, die gegenüber dieser wichtiger werdenden Region das Sprachrohr der deutschen Wirtschaft ist. Nicht nur Unternehmen bauen ihre globale Präsenz aus, die Bundesregierung, das Goethe-Institut und die deutsche Industrie flankieren dies mit Deutschland-Kampagnen modernen Zuschnitts.

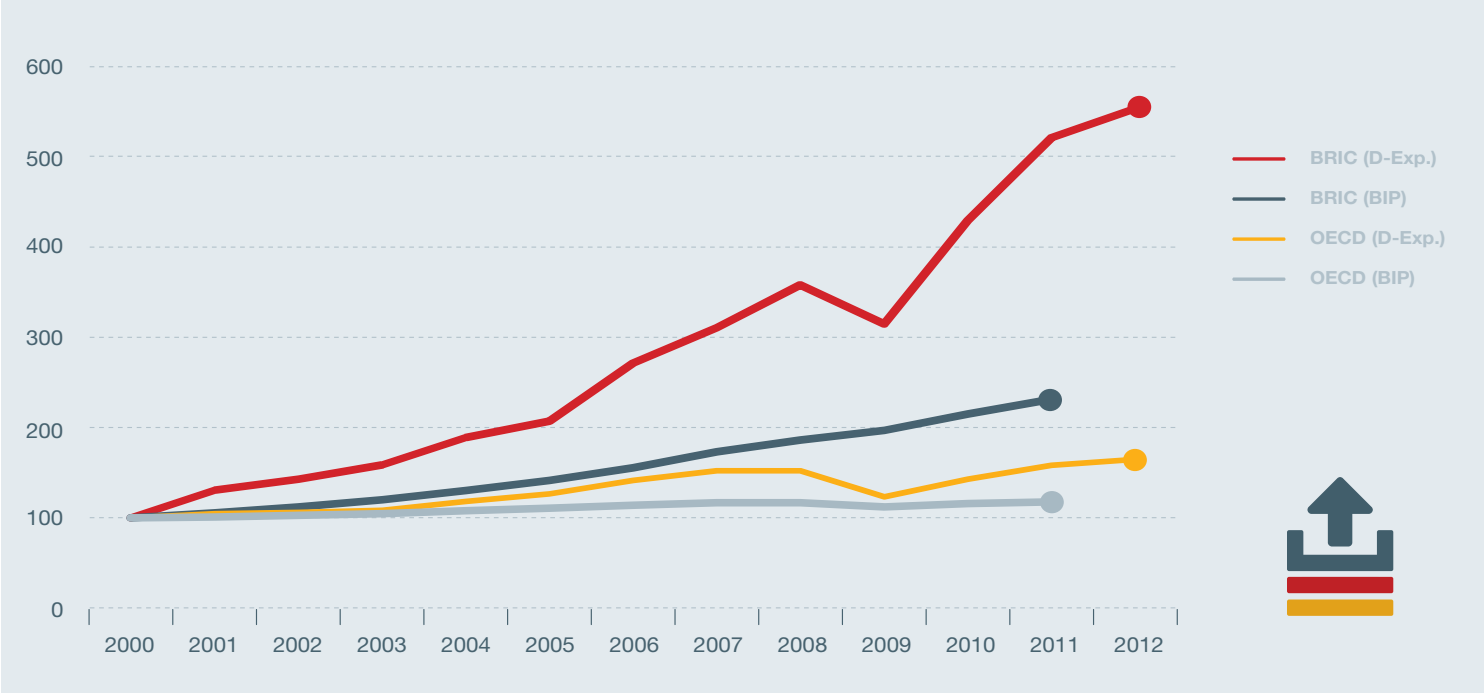
Von 2007 bis zur EXPO 2010 in Shanghai stand die Präsenz in China auf dem Programm, eine Deutschland-Präsentation zog durch ausgewählte chinesische Provinzen. Ein vergleichbares Programm mit einer gemeinsamen Projektplattform von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur wurde im Januar 2013 in Indien abgeschlossen, parallel ist das Deutschlandjahr in Russland angelaufen und wird abgelöst vom Deutschlandjahr in Brasilien. Neue Impulse für die Zusammenarbeit beider Länder setzen auch das BDI Brazil Board und die Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage, die der BDI seit über 30 Jahren organisiert.

BDI-Standpunkt

Mit der wachsenden Bedeutung aufstrebender Märkte haben die vom BDI geführten Regionalinitiativen an Gewicht gewonnen. Flaggschiff im Asien-Pazifik-Ausschusss ind die Asien-Pazifik-Konferenzen, die Unternehmen und Politik aus Asien und Deutschland eine Diskussionsplattform zu Herausforderungen des Asien-Geschäfts bieten. Der Ost-Ausschuss und die Nordafrika Mittelost Initiative vertreten die Interessen der deutschen Wirtschaft in ihren Regionen. Stark beteiligt ist der BDI auch an den neuen Deutschland-Kampagnen, die gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und dem Goethe-Institut von 2007 bis zur EXPO 2010 in China und bis Januar 2013 in Indien stattgefunden haben. Neu an den Konzepten: In einer Pavillon-Ausstellung fanden Bundesregierung, Bundesländer, Industrie, Wissenschaft und Kultur unter ein Dach. Neue Impulse für die Zusammenarbeit mit Brasilien setzt das BDI Brazil Board, u. a. mit den Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstagen und der Eröffnung des Deutschlandjahres in Brasilien im Mai 2013.

Deutsche Exporte in BRIC-Länder/OECD, BIP-Wachstum (2000=100)

Quellen: Statistisches Bundesamt (2012) und Weltbank (2011)



AKZEPTANZ
ENERGIE
EUROPA
RECHT
INNOVATION
ROHSTOFFE
MOBILITÄT
GLOBALISIERUNG
UMWELT
STEUER
WELTHANDEL
MÄRKTE
SICHERHEIT

Sicherheit in der Industrie stärken

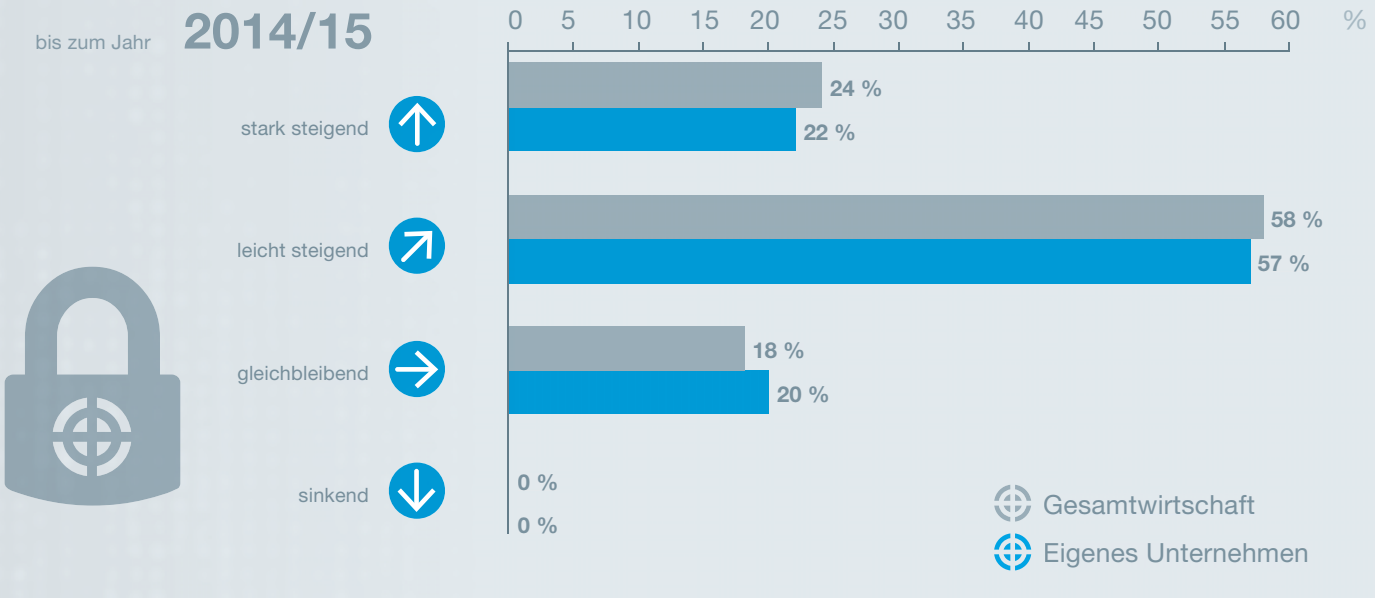
Sichere Wirtschaftsprozesse, Infrastrukturen, Liefer- und Transport-ketten sind für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Industrielands Deutschland von grundlegender Bedeutung. Unternehmen können nur dort erfolgreich agieren, wo sie gegen äußere Beeinträchtigungen und Angriffe Dritter gesichert sind.

Im Kontext der Globalisierung nehmen die Sicherheitsherausforderungen für die deutsche Industrie seit Jahren an Komplexität und Vielseitigkeit zu. Ob Wirtschaftsspionage, organisierte Kriminalität, Piraterie oder Terrorismus, das Spektrum an Bedrohungen für Unternehmen ist groß. Im Zeitalter unserer modernen, zunehmend digital vernetzten Informationsgesellschaften entstehen zudem weitere, neue Verwundbarkeiten. Die kontinuierlich stark ansteigende Cyberkriminalität führt dies deutlich vor Augen. Angriffe auf Unternehmen werden mittlerweile durch hochprofessionelle, international arbeitsteilige kriminelle Organisationen durchgeführt. Beinahe täglich werden neue Fälle von Cyberattacken auf Unternehmen und Infrastrukturen bekannt. So wird der allein durch illegale Wissensabschöpfung jährlich entstehende volkswirtschaftliche Schaden von Sicherheitsexperten in einem zweistelligen Milliardenbereich veranschlagt, wobei das genaue Ausmaß aufgrund der hohen Dunkelziffer an Vorkommnissen nicht ermittelbar genau ist.

Vor diesem Hintergrund wird ein funktionierender Wirtschafts- und IT-Schutz immer mehr zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor. Die Industrie leistet hierzu als Hersteller von Sicherheitstechnologie einen zentralen Beitrag. Zudem übernimmt sie die primäre Verantwortung für den Eigenschutz ihrer Unternehmen und Mitarbeiter sowie für die Sicherheit der durch sie betriebenen 90 % aller Infrastrukturen. Die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern unterstützen sie dabei mit einer Vielzahl an Initiativen. Diese sind jedoch nur teilweise inhaltlich und organisatorisch aufeinander abgestimmt. Zudem sind bestehende Gesetzesgrundlagen für notwendige Kooperation zwischen Behörden und Industrie unzureichend; staatliche Zuständigkeiten und Verfahren national wie EU-weit nicht eindeutig.

Bedrohungslage durch Cyberangriffe

Vergleich: Entwicklung der Cyberbedrohungen für die Wirtschaft und die Unternehmen



Insgesamt fehlt ein gemeinsamer kohärenter Handlungsrahmen für einen zukunftsweisenden Wirtschafts- und IT-Schutz.

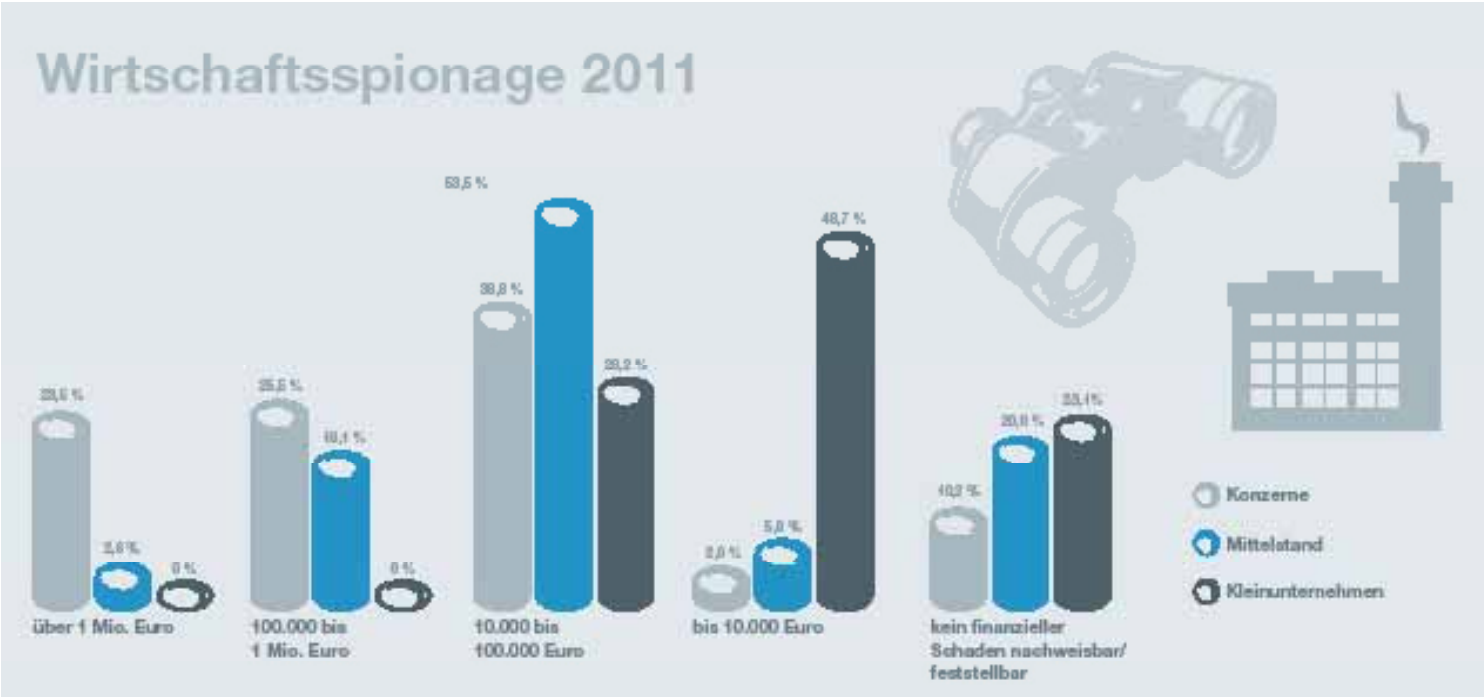
Der BDI setzt sich dafür ein, einen solchen Handlungsrahmen für eine nachhaltige Stärkung des Wirtschafts- und IT-Schutzes zu schaffen. Dies erfordert ein gemeinsames Sicherheitsverständnis und gemeinsame, klare Zielsetzungen von Politik und Industrie. Auf dieser Grundlage gilt es, gemeinsam wirksame Wirtschaftsschutz- sowie geeignete staatliche Unterstützungsmaßnahmen für die Industrie zu entwickeln und in den föderalen Sicherheitsstrukturen umzusetzen. Die Politik ist gefordert, hierfür in enger Abstimmung mit der Industrie bedarfsgerechte organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen national und EU-weit zu schaffen. Diese müssen Unternehmenssicherheit ermöglichen anstatt sie einzuschränken. Pauschalen, regulatorischen Ansätzen und Meldeverpflichtungen sind freiwillige Antworten der Industrie vorzuziehen Dabei gilt es, notwendige Pflichten und Aufgaben nach bestehenden Fähigkeiten und Zuständigkeiten der beteiligten Parteien auszugestalten.

BDI-Standpunkt

Sicherheit durch einen funktionierenden Wirtschafts- und IT-Schutz ist für die Industrie von zentraler Bedeutung. Der BDI setzt sich daher für eine nachhaltige Stärkung des Wirtschafts- und IT-Schutzes in Deutschland und Europa ein. Dies erfordert ein gemeinsames Sicherheitsverständnis und gemeinsame, klare Zielsetzungen von Politik und Industrie. Auf dieser Grundlage gilt es, gemeinsam wirksame Wirtschaftsschutz- sowie geeignete staatliche Unterstützungsmaßnahmen für die Industrie zu entwickeln und kohärent in den föderalen Sicherheitsstrukturen umzusetzen. Die Politik ist gefordert, hierfür in enger Abstimmung mit der Industrie bedarfsgerechte organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen national und EU-weit zu schaffen. Diese müssen Unternehmenssicherheit ermöglichen, anstatt sie einzuschränken. Pauschalen, regulatorischen Ansätzen und Meldeverpflichtungen sind freiwillige Antworten der Industrie vorzuziehen. Vor diesem Hintergrund bedarf es aus Sicht der deutschen Industrie der Entwicklung eines nationalen Gesamtkonzepts für Wirtschaftsschutz und Cybersicherheit.

Basis: Umfrage bei 600 deutschen Unternehmen

Quelle: Corporate Trust (2012)



park inn
RAMADA

ESSAYS

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
PROF. DR. VOLKER PERTHES & DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

Essays

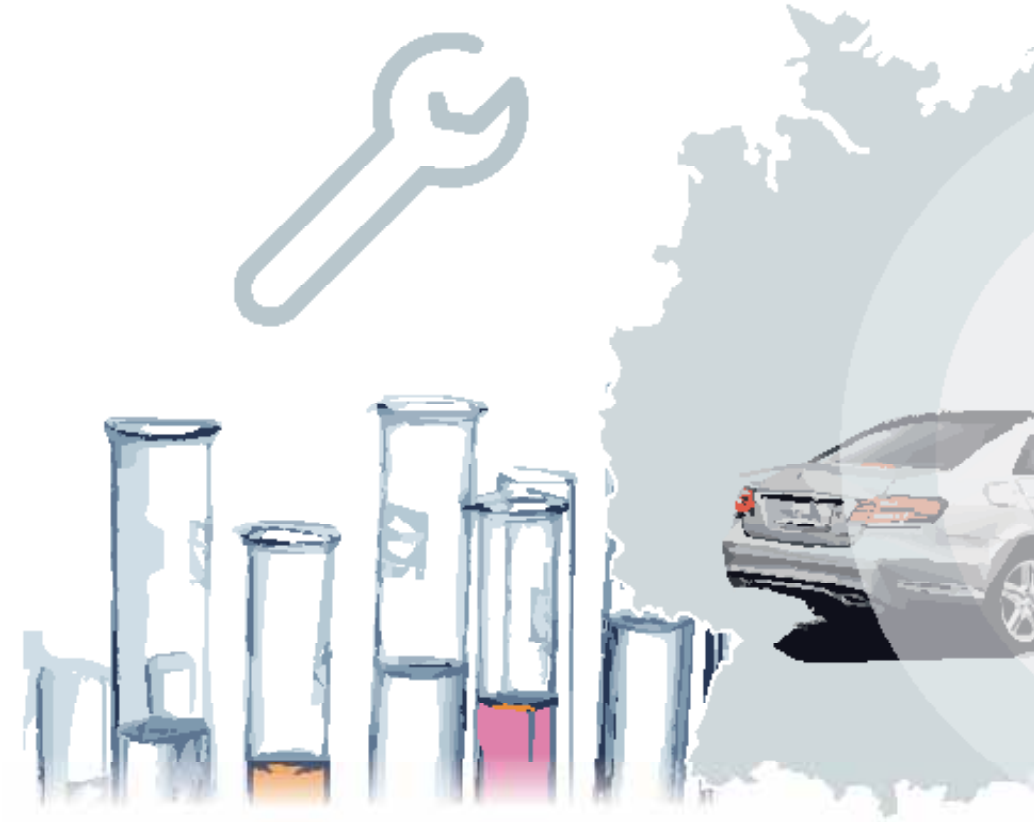
Wir leben in aufregenden Zeiten. Überschlagen sich die Ereignisse der Weltgeschichte, ist es wichtig, Überblick zu gewinnen und grundlegend die Lage zu analysieren. Wir haben renommierte Persönlichkeiten unseres Landes gebeten, genau das zu tun – und Wege in die Zukunft zu beschreiben.

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
PROF. DR. VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

Ulrich Grillo

Ulrich Grillo wurde 1959 in Köln geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Nach seiner Ausbildung bei der Deutschen Bank AG in Duisburg studierte er Betriebswirtschaftslehre mit dem Abschluss als Diplom-Betriebswirt an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Von 1987 bis 1989 war Ulrich Grillo bei der Arthur Andersen & Co. GmbH in Frankfurt am Main und von 1989 bis 1993 bei der A. T. Kearney GmbH in Düsseldorf beschäftigt, bevor er 1993 zur Rheinmetall-Gruppe wechselte. Dort war er zuletzt als stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Rheinmetall DeTec AG in Ratingen tätig. Im August 2001 trat er in den Vorstand der Grillo-Werke AG ein und ist seit 2004 deren Vorsitzender.

Ulrich Grillo war von 2006 bis 2012 Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM), Düsseldorf/Berlin, und von 2011 bis 2012 Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI). Darüber hinaus war Grillo von Juni 2007 bis Dezember 2012 Vorsitzender des BDI-Ausschusses „Rohstoffpolitik". Zum 1. Januar 2013 wurde Ulrich Grillo einstimmig zum Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) gewählt.



Wir sind Industrie!

Deutschland ist Industrieland. Keine Frage. Vom Auto bis zur Zahnbürste, von der Ampel bis zur Zange sind wir von industriell gefertigten Produkten umgeben, die aus unserem Alltag nicht wegzudenken sind.

Die Industrie hat uns den Wohlstand gebracht, von dem wir täglich profitieren. Sie hat den Menschen seit der Mechanisierung der Landwirtschaft nicht nur weitgehend von harter körperlicher Arbeit entlastet, sondern durch Beschäftigung, steigende Löhne und internationale Arbeitsteilung ein Wachstumsdreieck aus Qualifikation, Innovation und Produktivität aufgebaut, das Grundlage unserer sozialen Marktwirtschaft werden konnte. Der Erfindung ständig neuer Produkte, Fertigungsverfahren und intelligenterer Wege, diese zu organisieren, haben wir zu verdanken, dass wir im Schnitt weniger arbeiten müssen und es uns dennoch materiell immer besser geht. Es ist dieser einzigartige Produktivitätszuwachs der Industrie, der den Wachstums- und Wohlstandsmotor antreibt und der seit einiger Zeit in Deutschland ins Stottern zu geraten droht. Durch Strömungen in der Politik, die den Sinn von Wachstum bezweifeln, und von Teilen der Gesellschaft, die sich gegen Forschungs-, Innovations- und Infrastrukturvorhaben wenden oder „die Industrie" generell infrage stellen. Stehen wir vor einem mürrischen Stillstand? Ohne Industrie kein Wohlstand. Doch welche Industrie wollen wir? Oder besser: Welches Land wollen wir? Darüber müssen wir reden.

Welche Industrie wollen wir – wollen wir Industrie?

Echte Werte. Das ist für mich die deutsche Industrie. Gemeinsam mit industrienahen Dienstleistungen erwirtschaften wir ein Drittel der gesamten Wertschöpfung in diesem Land, wir investieren jedes Jahr rund 50 Milliarden Euro in die

Echte Werte

Forschung zur Heilung von Krankheiten, für sicherere Fahrzeuge, sauberere Energie und schnellere Datenautobahnen. Niemand in Deutschland gibt mehr Geld für den Fortschritt aus, mit knapp 90 Prozent der privaten Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen sind wir in der Industrie der Innovationstreiber schlechthin.

Die Industrie, das sind jedoch in erster Linie die Menschen, die in ihr arbeiten. Jeder vierte Erwerbstätige in Deutschland ist ein „Industrieller", zusammen sind wir über zehn Millionen, mit den Kolleginnen und Kollegen aus den industrienahen Dienstleistungen noch weit mehr Menschen! Und da sind die vielen Angehörigen, die mit von diesen Industriearbeitsplätzen leben, nicht einmal mitgerechnet. Politische und gesellschaftliche Probleme, von der Staatsverschuldung über den sozialen Ausgleich bis zur ökologischen Nachhaltigkeit sind auch unsere Probleme. Die Industrie ist keine Randerscheinung der Gesellschaft. Wir sind Industrie. Die Industrie ist deshalb Teil der Lösung. Und nicht: Teil des Problems. Wer meint, den Weg in die Zukunft Deutschlands und Europas ohne die Industrie gehen zu können, ist auf dem Holzweg. Wir halten das Wachstumsdreieck aus Qualifikation, Innovation und Produktivität in Schwung. Dafür bilden wir aus, qualifizieren weiter und beschäftigen allein knapp zehn Prozent MINT-Akademiker. Daraus entwickeln wir eine Innovationsfähigkeit, die zur Weltspitze gehört. Ergebnis ist unter anderem ein Produktivitätsfortschritt im Verarbeitenden Gewerbe von fast 70 Prozent seit 1995. Anders ausgedrückt: Wenn wir heute das herstellen würden, was wir 1995 hergestellt haben, müssten wir dafür jetzt nur noch knapp ein Drittel an Kapital und Arbeit aufwenden! Dieser Effizienzvorsprung ist aber nicht damit zu erklären, dass im selben Maß Kapitalkosten, Löhne und Beschäftigung gesunken wären. Wirtschaftswachstum durch Produktivitätswachstum ist deshalb ein so mächtiger Wachstumsturbo, weil wir durch Forschung und Entwicklung

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
PROF. DR. VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

Wissen erzeugen, das wir in effizientere Fertigungsverfahren und wertschöpfungsintensivere Produkte umsetzen.

Vor allem aber bringen Forschung und Innovation auch andere auf schlaue Ideen, denn die einzige Ressource, die sich nicht verbraucht, sondern vermehrt, wenn man sie teilt, ist Wissen. Wissens-Spillover bewirken, dass auch andere mit dem Wissen, wie man etwas kostengünstiger, schneller oder besser produzieren kann, rentabler wirtschaften.

Aus diesem Grund halte ich die Debatte über den Sinn des Wachstums für weitgehend verfehlt. Sie beruht in den meisten Fällen auf einem Miss-, wenn nicht Unverständnis von Produktivität. Produktivität bedeutet eben nicht Wachstum auf Kosten eines immer höheren Ressourcenverbrauchs oder der Ausbeutung von Beschäftigten. Produktivität bedeutet, durch den Einsatz von Wissen, basierend auf Bildung und Qualifikation, mit demselben Einsatz von Arbeit und Geld mehr zu erreichen. Diese Produktivität kommt nicht nur neuen Investitionen in den Unternehmen, sondern eben gerade auch den Beschäftigten zugute: Die Stundenlöhne in der Industrie sind seit 1995 um 45 Prozent gestiegen und liegen damit um 25 Prozent über dem Durchschnitt. So geht Wachstum. Voraussetzung sind hervorragend ausgebildete Menschen. So wie wir, die Industrie. Deshalb gibt es hier auch gutes Geld. Weil wir echte Werte schaffen.

Für mich bedeutet Wachstum: Verteilungsspielräume schaffen. Am besten läuft der Wachstumsmotor bei Vollbeschäftigung und hoher Qualifikation, weil sich dann Volumen und Qualität ausdehnen und die Grundlage für weitere Wohlstandssteigerungen legen. Produktivitätszuwachs bedeutet, mit demselben Einsatz mehr zu erreichen als vorher – oder alternativ, für das gleiche Ergebnis weniger tun zu müssen. Deutschland hat das Beste aus beidem gemacht: Arbeitszeitverkürzung, mehr Freizeit und Einkommenssteigerung für die Beschäftigten. Ein Deutschland ohne Industrie wäre ein Deutschland ohne Wachstum. Ohne Industrie werden wir das Wachstumsdreieck aus Qualifikation, Innovation und Produktivität entkräften und die soziale Marktwirtschaft zu einer maroden Mangelwirtschaft ruinieren. Wer nicht wächst, muss bei höherem Aufwand umverteilen. Auch in Deutschland reden wir über Umverteilung. Dabei scheint vielen nicht klar: Wer verteilen will, muss haben. Wer mehr verteilen will, muss mehr haben. Wer dem Einzelnen mehr geben will, muss bei gleichem Haben an weniger Menschen verteilen oder unter allen umverteilen. Die Folgen sind an den deindustrialisierten Rändern Europas sichtbar. Das kann nicht der deutsche Weg sein. Ich will eine starke Industrie für ein gesundes Deutschland in einem vereinten Europa.

Damit das gelingt, muss sich die Industrie den drängenden Zukunftsfragen der Menschheit stellen. Bei Energie, Umwelt, Klima, Mobilität, Gesundheit und Kommunikation. Damit aus Wachstum Wohlstand für alle wird.

Welche Arbeit wollen wir?

Zunächst gefragt: Welche Bildungsverantwortung wollen wir? Auch bei den Einzelnen? Noch vor wenigen Jahren war eine Diskussion über qualifizierte Zuwanderung in Deutschland undenkbar. Zu stark war der von der Politik befürchtete Gegenwind, im Angesicht schlechter Arbeitsmarktzahlen über eine Zuwanderung mit Privilegien zu reden. Fachkräftemangel und gestiegenes Bewusstsein für den demografischen Wandel und seine Folgen für die Leistungsfähigkeit des deutschen Sozialstaates haben zu einem Umdenkprozess geführt. Das war aus meiner Sicht lange überfällig.

Deutschland diskutiert heute über Mindestlöhne, Niedriglohnsektor und Zeitarbeit. Gutes Geld für gute Arbeit – richtig. Mehr qualifiziertere Menschen mit mehr Geld – besser. Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung untermauert erneut, dass Bildung und Qualifizierung die Treppe bilden zu sicherer Beschäftigung,

Verbesserung der persönlichen Einkommenssituation und – nebenbei – eine wichtige Voraussetzung zur Bereitschaft sind, eine Familie zu gründen.

Der Diskurs über faire Bezahlung ist richtig. Doch führt er derzeit noch am Kern der Frage vorbei: Welche Eigenverantwortung hat der Einzelne für seine Bildung und Qualifizierung und inwieweit sind Staat und Gesellschaft bereit und in der Lage, die Konsequenzen geringer Bildung und Qualifizierung mitzutragen? Vor dieser Debatte scheut sich Deutschland noch. Im Sinne der sozialen Marktwirtschaft müssen sicher auch die Grenzen der Anforderungen an den Einzelnen ausgelotet werden. Nicht jeder ist auch in der Lage, sich besser zu qualifizieren.

Eine entwickelte Industrienation lebt von ihren klugen Köpfen. Deshalb ist ein schlechtes Bildungssystem in einem der reichsten Industrieländer der Welt, in dem soziale Herkunft maßgeblich über den Bildungserfolg entscheidet, ein schlimmes Zeichen: Es sagt für mich aus, dass wir wider besseren Wissens nicht entschieden genug willens sind, unseren eigenen Kindern das nötige Bildungsrüstzeug mit auf den Weg zu geben, um für sich und die Gesellschaft erfolgreich die Zukunft zu gestalten. Jeder zehnte Schüler verlässt die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss. Den Stimmen, die sagen, man müsse aufgrund des demografischen Wandels und der sich daraus verknappenden Zahl an zukünftigen Fachkräften nun zu einer verbesserten Abschlussquote kommen, möchte ich zurufen, dass dies zwar sachlich richtig ist, wir jedoch auch die zuvor nicht Erfolgreichen erreichen und qualifizieren müssen. Niemandem, der willens und fähig ist, soll eine Chance auf Teilhabe an Qualifikation und beruflicher Bewährung versagt bleiben.
So wie sich die Industrie wandelt, werden sich auch die Tätigkeitsfelder und Berufsbilder verändern. Am Anfang unseres Erfolges stehen immer erworbene Fertigkeiten und Fähigkeiten, aus denen wir Innovationen und Produkte für unsere Kunden machen. Bildung und Qualifizierung bleiben der Angelpunkt für Wachstum und Wohlstand. Die Arbeitswelt der Zukunft ist qualifiziert, kreativ, flexibel und wertschöpfend. Damit werden wir weiter in die Lage versetzt, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Produktivität in gute Bezahlung umzumünzen.

Welche Innovation wollen wir?

Die Konzentration unserer Betriebe auf Medium- und Hochtechnologie entspricht in hohem Maße den Anforderungen der Kunden und vereint maßgeschneiderte Lösungen mit der Beherrschung von Komplexität, zum Beispiel bei der Systemintegration der Embedded Systems. Studien wie der Innovationsindikator oder Institute wie das IW Köln loben gerade diese Spezialisierungs- und Differenzierungsvorteile der deutschen Industrie. Besteht darin auch eine Gefahr? Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) kommt in ihrem Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2013 aufgrund der zu beobachtenden Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte unserer Unternehmen wie auch der Forschungs- und Entwicklungsausgaben ausländischer Unternehmen in Deutschland zu dem Schluss, wir liefen in eine „Kompetenzfalle". Die Experten sehen eine starke Konzentration auf bestimmte Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes, die bestehende Stärken dadurch weiter vertieft.

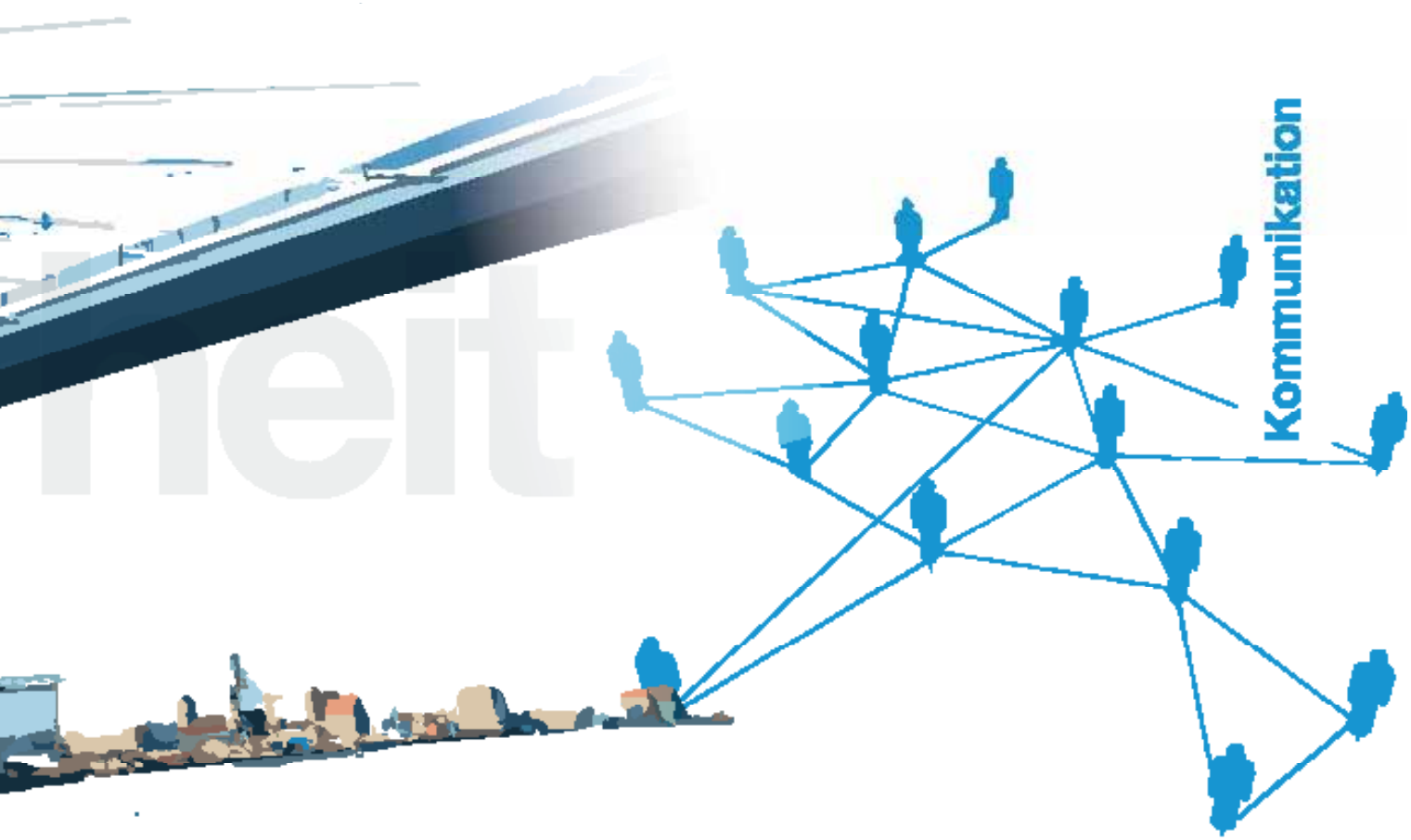
Offen gesagt, halte ich diesen vermeintlichen Mangel doch für ein großartiges Kompliment. Es sagt doch, dass wir das, was wir erfolgreich tun, so gut machen, dass es auch für andere auf der Welt attraktiv ist, sich uns anzuschließen, und wir immer besser darin werden. Ich verstehe es als Lob einer unserer wichtigen Tugenden, die ja bekanntlich für die deutsche Ingenieurskunst spricht: eine Sache wirklich gut zu machen und dann bis zur Vollendung zu perfektionieren. Und dennoch dürfen wir bei aller Stärkung der Stärken nicht den Blick über den Tellerrand oder über den eigenen Horizont hinaus verlieren. Es gilt, auch das technologische Umfeld im Auge zu behalten, damit wir nicht

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
PROF. DR. VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

plötzlich ein totes Pferd reiten. Die beste Schreibmaschine nutzt nichts, wenn der Markt Computer und Laserdrucker verlangt, der beste Kassettenrecorder nutzt nichts zum Herunterladen und Abspielen von Musik aus dem Internet. Welche Innovation wollen wir also? Ich bin überzeugt, dass wir beides brauchen: Die fähigkeit und Fertigkeit, das, was wir besonders gut können, zu vertiefen und gleichzeitig vielversprechende neue Kompetenzfelder zu erschließen. Können wir beides schultern? Ich denke, wir können. Unsere Spitzenstellung in Ingenieurleistungen, maßgeschneiderten Lösungen und in der Systemintegration fußen auf einer international einzigartigen Forschungslandschaft, die äußerst differenziert und durch engmaschige Netzwerke zwischen den Unternehmen selbst und der Wissenschaft geknüpft ist. Diese Verbünde sind Basis unserer innovativen Leistungsfähigkeit. Andererseits ist Weitblick gefragt. Auch das können wir, wollen es aber in einer gemeinsamen Initiative noch vorantreiben. Technologieoffen wollen wir zusammen mit den Technikwissenschaften erforschen, auf welchen Innovationsfeldern wir in Zukunft vielversprechende Wertschöpfungschancen haben und welche Qualifizierungen und Kompetenzen wir brauchen, um sie erfolgreich zu ergreifen.

Schon heute ist im Innovationsgeschehen ein starker Wandel spürbar: Alte Strukturen weichen einer neuen, komplexen und dabei viel flexibleren Dynamik. Branchengrenzen verschwimmen, Geschäftsmodelle verändern sich radikal – die Industrie wird in 20 Jahren eine gänzlich andere sein als heute.

Nie war Deutschland, das Land der Ideen, auf dem Feld der Innovation schärfer herausgefordert als heute. Wir stehen in dem stärksten internationalen Wettbewerb der Industriegeschichte – alle Industrienationen und aufstrebenden Länder wollen die Wertschöpfungspotenziale der globalen Herausforderungen heben: bei Klimaschutz, Energie- und Gesundheitsversorgung, Mobilität und Logistik, Kommunikation und Sicherheit. In jedem dieser Felder liegen enorme Chancen zum Antrieb des



Wachstumsdreiecks aus Qualifikation, Innovation und Produktivität. Dafür ist die deutsche Industrie hervorragend aufgestellt. Wir sind Teil der Lösung. Doch wollen wir uns als Gesellschaft auch beteiligen?

Welche Gesellschaft wollen wir?

Deutschland ist ein innovationsoffenes Land. Der Innovationsindikator von BDI und Deutsche Telekom Stiftung vergab uns im Innovationsindikator 2012 einen guten vierten Platz für unsere Einstellung zu neuen Technologien sowie unsere Bereitschaft, uns auf Innovationen einzulassen und diese aktiv zu fordern. Lediglich die Bürger der Niederlande, Schwedens und Kanadas liegen vor uns, wenn es zum Beispiel darum geht, wie offen und bereit eine Gesellschaft ist, Neuerungen zu akzeptieren. Andererseits erregte unlängst ein zunächst unscheinbarer Artikel in der Rubrik „Forschen“ einer großen Tageszeitung meine Aufmerksamkeit. Er berichtete über das aus Gründen des öffentlichen Widerstandes beschlossene Ende einer Forschungskooperation der deutsch-kanadischen Wissenschaft zur Lösung umwelt- und energiewissenschaftlicher Probleme. Man habe die Erfahrung gemacht, so ein deutscher Wissenschaftler, dass alles, was mit diesem Forschungsfeld zu tun habe, kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert werde, und sich deshalb dazu entschlossen, das Forschungsprojekt zu beenden. Interessenkonflikte können unterschiedliche Größenordnungen annehmen. Bei der Energiewende diskutieren wir unter anderem über neue Netze und neue Möglichkeiten der Stromerzeugung. Allein der Beschluss, in Deutschland als einzigem Land weltweit komplett aus der Atomkraft auszusteigen, obwohl das ursächliche Ereignis weit entfernt von uns liegt, zeigt, dass in Gesellschaften unterschiedlich darüber diskutiert und entschieden wird, welche Relevanz nationale oder außerhalb ihrer Grenzen wahrnehmbare Entwicklungen und Ereignisse für sie haben. Es gibt offensichtlich kulturhistorische Gründe, wie wir auf Neues reagieren, und diese spielen zusammen mit dem Reifegrad unseres demokratischen Bewusstseins

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
PROF. DR. VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

eine Rolle, ob wir uns gesellschaftlich organisieren und artikulieren oder Dinge, die wir selbst nicht beeinflussen und entscheiden können, als gegeben hinnehmen.

Unsere reife Industriegesellschaft, die mit und von unseren Produkten lebt, muss einen neuen Weg finden, wie sie – wie wir – mit der Zukunft umgehen wollen. Unser Einkommens- und Entwicklungsstand erlaubt uns den Konsum hochwertiger Technologiegüter. Jedes neue Auto unserer deutschen Hersteller auf den Straßen und jedes Smartphone in unserer Hand belegen, dass wir nicht nur in der Lage sind, technologische Spitzenprodukte zu erfinden und herzustellen, sondern sie auch mit Begeisterung nutzen. Innovationsfähigkeit und Nachfrage nach hochwertigen Technologieprodukten gehören zusammen, denn wir sind als kritische Verbraucher auch Qualitätstreiber. Und mitunter Innovations- und Infrastrukturverhinderer.

Der „Wutbürger“ bereitet mir nicht Sorge, weil er sich offen und lautstark gegen für ihn bedrohlich erscheinende Umfeldveränderungen oder Infrastrukturprojekte artikuliert, sondern weil er mir zu häufig seinen Eigennutz vor den der Gemeinschaft stellt. In der wissenschaftlichen Diskussion kommt der Wutbürger mitunter etwas milder als Postmaterialist daher, also als einer, dessen materielle Bedürfnisse so weit befriedigt sind, dass ihm die Erfüllung immaterieller Bedürfnisse zunehmend wichtiger wird. Ich fürchte jedoch, dass dieses Maß an materieller Sattheit den einen oder anderen zu einer besitzstandswahrenden Starre verleitet hat. Die Erfüllung ökologischer, emanzipativer oder beispielsweise ästhetischer Werte darf das Pendel nicht in Richtung Fortschrittsverhinderung ausschlagen lassen. Eine moderne und funktionierende Infrastruktur ist Voraussetzung für eine prosperierende Industrie sowie für ihr Produkt- und Arbeitsplatzangebot, Letzteres gerade auch für die nachwachsenden Generationen. Dennoch werden Dutzende Infrastrukturprojekte hierzulande aufgrund mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung, politisch motivierter Blockaden oder ungelöster Finanzierungsfragen blockiert. Für diese Fälle brauchen wir eine neue Beteiligungskultur. Eine, die uns als Betroffene zu Beteiligten macht. Noch reden wir für meinen Geschmack zu häufig von Akzeptanz. Ich stimme voll und ganz zu, dass wir am Ende öffentlicher und genehmigter Planungsverfahren für die Durchsetzung der getroffenen Entscheidungen eintreten müssen und die Ergebnisse demokratischer und rechtsstaatlicher Ausgleichsverfahren respektiert werden – auch wenn es einzelnen Gruppen schwerfällt.

Für die Zukunft unseres Landes und unserer Industrie ist mir Akzeptanz zu passiv. Die positive Entwicklung Deutschlands kann nicht verordnet werden. Als Gesellschaft wollen wir uns betreffende Richtungsentscheidungen auch nicht einfach passiv „aushalten“. Was wir brauchen, ist eine verantwortliche Beteiligung der Gesellschaft bei den Entscheidungen, die der Wettbewerb in unserer Ordnung der sozialen Marktwirtschaft nicht treffen kann. Dass wir handeln müssen, steht für mich außer Frage: Wenn wir aufhören, in der Forschung über Problemlösungen nachzudenken, weil das Thema kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert wird, steht unsere Zukunft auf dem Spiel. Das kann nicht unser aller Wille sein. Verantwortliche Beteiligung heißt auch, nicht die Lautesten, sondern alle, die es wollen und angeht, mitentscheiden zu lassen – und Verantwortung für die getroffene Entscheidung zu übernehmen.

Veränderung gestalten durch Beteiligung ist auf betrieblicher Ebene eingeübt. Und es bedeutet, Veränderungsprozesse mitzutragen und langfristige Lösungen zu erarbeiten. Dabei müssen die Interessen der Beschäftigten nicht im Widerspruch zu betriebswirtschaftlichen Erwägungen stehen, sondern können für ein ökonomisches Plus sorgen. Das wollen und brauchen wir auch für Deutschland. Voraussetzung ist, dass bei umstrittenen Technologien oder Infrastrukturprojekten ein Dialogprozess zustande kommt, der von Transparenz und vollständiger Information geprägt

ist. Alle Beteiligten müssen frühzeitig in die Problemerörterung, das Entwerfen von Lösungsvorschlagen, die Entscheidungsfindung und die Umsetzung der Maßnahmen eingebunden sein. Der Erfolg des Beteiligungsprozesses wird von zwei wesentlichen Faktoren abhängen: Ob wir bereit sind, in den Dialog alle einzubeziehen und ihre Sorgen ernst zu nehmen, und ob die Partner bereit sind, durch aktive Mitarbeit Verantwortung zu übernehmen und für die erzielten Ergebnisse einzustehen.

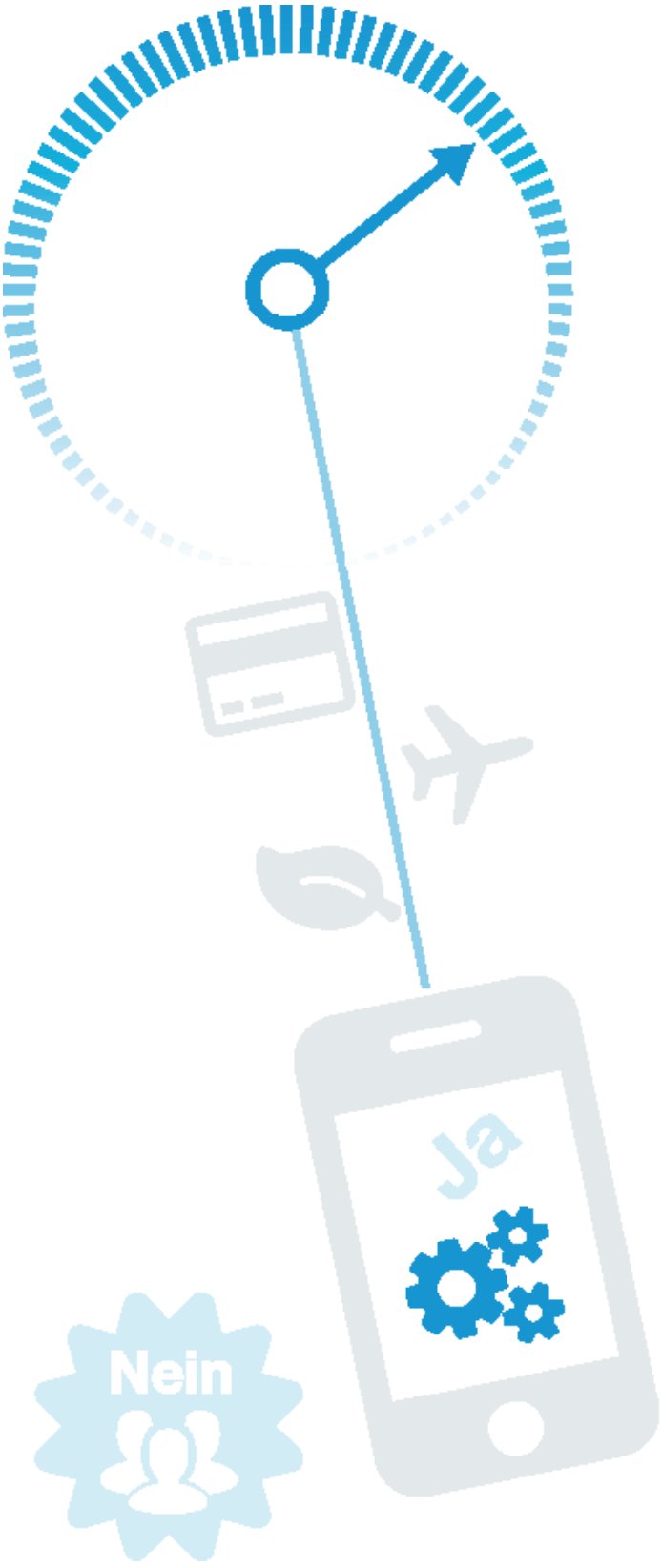
Alle müssen sich ihrer Verantwortung bewusst werden. Eine Energiewende ohne optisch störende Überlandleitungen ist möglich. Wenn wir im Dialogprozess zu dem Ergebnis kommen, dass wir als Verbraucher bereit sind, dafür 50 Cent pro Kilowattstunde mehr auszugeben, kann das ein Ergebnis sein. Wenn wir uns gegen die Erforschung bestimmter Technologien in Deutschland aussprechen, müssen wir akzeptieren, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung anderenorts entstehen. Bürgerbeteiligung kann andererseits jedoch nicht das Ausmaß einer schleichenden Verstaatlichung der Unternehmensentscheidungen oder gar Unternehmen annehmen. Der größte Feldversuch der Geschichte, der Sozialismus, hat eindrucksvoll bewiesen, dass volkseigentümliche Betriebsführung ein Bankrottgeschäft zulasten aller ist.

Ich will Industrie

Mich begeistert Industrie, ich setze mich leidenschaftlich für sie ein, um auch andere zu begeistern. Sie ist alternativlos für alle von uns, die in oder für sie arbeiten, aber auch für alle, die sich für eine freiheitliche soziale Marktwirtschaft starkmachen wollen. Über unsere Zukunft müssen wir einen neuen Dialog führen. Was nicht verstanden wird, müssen wir besser erklären, wer nicht ausreichend qualifiziert ist, muss geschult werden, Klima und Umwelt wollen wir mithilfe unserer Kreativität und Ingenieurskunst schützen.

Wir sind in der Mitte der Gesellschaft.

Wir sind Industrie.

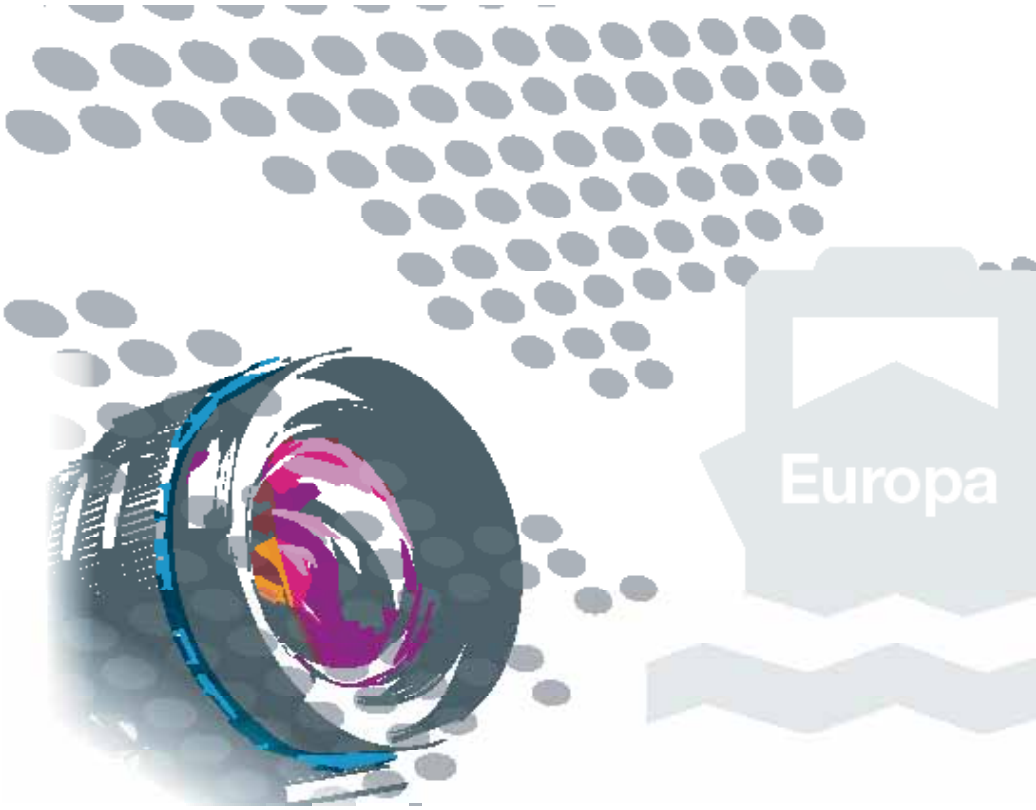


ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
PROF. DR. VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

Prof. Dr. Michael Hüther

Prof. Dr. Michael Hüther wurde am 24. April 1962 in Düsseldorf geboren, absolvierte von 1982 bis 1987 sein Studium der Wirtschaftswissenschaften sowie der mittleren und neuen Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Nach Abschluss des Promotionsverfahrens wurde er 1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und 1995 Generalsekretär des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Im Jahr 1999 wechselte er als Chefvolkswirt zur DekaBank und wurde dort 2001 zum Bereichsleiter Volkswirtschaft und Kommunikation ernannt. Seit August 2001 ist er Honorarprofessor an der European Business School in Oestrich-Winkel. Seit Juli 2004 ist er Direktor und Mitglied des Präsidiums beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Zur Zukunft der Industrie in Europa

Industrie: Unverzichtbar für Wachstum und Wohlstand

Europa hat die Industrie als unverzichtbare Grundlage für Wachstum und Wohlstand wiederentdeckt. Die EU-Kommission hat gar eine neue industrielle Revolution für Europa ins Auge gefasst. Unter der Überschrift „Industrial Revolution Brings Industry Back to Europe" schreibt sie:

„Europe needs to reverse the declining role of industry for the 21st century with the aim to deliver sustainable growth, create high-value jobs and solve societal challenge that we face."[1]
Die schwere Wirtschaftskrise und der erfolgreiche Weg der deutschen Volkswirtschaft aus der Krise dürfte diese Einsicht befördert haben. Das lange Zeit von vielen Seiten gescholtene „Geschäftsmodell Deutschland", gekennzeichnet durch eine leistungsfähige und auf den Weltmärkten erfolgreiche Industrie, erscheint nunmehr vielen als Vorbild für eine zukunftsweisende Wirtschaftsstruktur. Erklärtes Ziel der EU-Kommission ist es, den Industrieanteil der EU-27 von derzeit 16 auf 20 Prozent zu erhöhen.

Industrie: Prädikat „besonders wertvoll"

Die Industrie spielt in der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsteilung eine zentrale Funktion, das gilt für Deutschland wie auch für Europa:

1. Die Industrie ist Träger des Außenhandels:
Knapp 73 Prozent aller deutschen Exporte entfallen auf Güter des Verarbeitenden Gewerbes. Die hohe Bedeutung der Industrie bei den Exporten finden wir, wenn auch nicht überall so ausgeprägt wie in Deutschland, auch

1. Europäische Kommission, Pressemeldung vom 10. Oktober 2012

in anderen Ländern Europas. Im Durchschnitt der west- und nordeuropäischen Industrieländer (EU-15, Norwegen, Schweiz, Island) steht das Verarbeitende Gewerbe für rund 57 Prozent der Exporte. In den aufstrebenden osteuropäischen EU-Ländern reicht die Spanne von 65 Prozent in Polen bis 78 Prozent in der Slowakei; nur Bulgarien fällt mit 39 Prozent aus dem Rahmen. Eine hohe Präsenz auf den Weltmärkten gibt einer Volkswirtschaft die Möglichkeit, Impulse für dynamische Entwicklungen in Schwellenländern zu geben und von diesen zu profitieren. Dann können mit qualitativ erstklassigen Produkten hohe Wertschöpfungsbeiträge erwirtschaftet werden. Die Industrie leistet somit einen Beitrag zur Sicherung eines hohen Einkommensniveaus.

2. Forschung und Entwicklung ist eine Domäne der Industrie:

Nach Angaben des Stifterverbandes hat das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland im Jahr 2010 knapp 50 Milliarden Euro für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten aufgewendet. Im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2010 erreichten die F&E-Aufwendungen des Verarbeitenden Gewerbes 7,7 Prozent seiner Bruttowertschöpfung, während es im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt nur 2 Prozent waren. Auch in anderen Ländern Europas ist die F&E-Intensität in der Industrie durchweg höher als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Die höchsten F&E-Anteile erreicht das Verarbeitende Gewerbe mit 12,6 Prozent in Schweden, auch in Finnland ist die Quote mit 10,6 Prozent noch zweistellig. Die osteuropäischen Schwellenländer hinken noch hinterher. Tschechien schneidet mit einem F&E-Anteil von 2,6 Prozent noch relativ gut ab, in Polen und der Slowakei sind es nur 0,6 bzw. 0,5 Prozent. Aber auch für diese Länder gilt, dass die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in der Industrie

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
PROF. DR. VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

um den Faktor zwei bis drei höher sind als in der Gesamtwirtschaft. Forschung und Entwicklung sind Wachstumstreiber, sie stärken die Innovationskraft einer Volkswirtschaft und legen damit die Grundlage für zukünftiges Wachstum von Einkommen und Wohlstand.

3. Im Industrie-Dienstleistungsverbund gibt die Industrie Wachstumsimpulse für andere Branchen:

Nach aktueller Input-Output-Kalkulation kaufte das deutsche Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2008 für fast 230 Milliarden Euro mehr Vorleistungen bei anderen Branchen ein, als sie Güter ihrer eigenen Produktion dort verkaufte. Um diesen Betrag ist die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Industrie größer als ihre eigene Wertschöpfung. Dieser sogenannte Verbundanteil beläuft sich in Deutschland auf 8,6 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung. Auch in den meisten anderen europäischen Ländern hat die Industrie diese Drehscheibenfunktion. In Tschechien ist der Verbundanteil mit 9,5 Prozent sogar noch etwas höher als in Deutschland, in Italien liegt er hingegen bei nur 3,0 Prozent. Nur in Spanien und dem Vereinigten Königreich nimmt die Industrie diese Drehscheibenfunktion nicht wahr, denn der Verbundanteil ist dort mit -2,2 bzw. -1,8 Prozent negativ. In diesen beiden Ländern „exportiert" die Industrie mehr in andere Branchen, als sie von ihnen „importiert". Ursache hierfür ist, dass in diesen Ländern der Inlandsmarkt für die Industrie eine relativ hohe Bedeutung hat. Ganz überwiegend aber ist die Industrie Impulsgeber für zusätzliche Wertschöpfung im Dienstleistungssektor, vor allem bei den unternehmensnahen Dienstleistungen. Ohne die Industrie gäbe es diese Märkte gar nicht oder sie wären deutlich kleiner. Auf jeden Euro industrielle Wertschöpfung kommen beispielsweise in Deutschland 50 Cent Verbundwertschöpfung. Dies verdeutlicht die hohe Drehscheibenfunktion der Industrie.

Industrie Europas: An Bedeutung verloren

Vor diesem Hintergrund muss uns die Entwicklung der Industrie Europas Sorge bereiten. Denn seit geraumer Zeit durchläuft Europa einen Deindustrialisierungsprozess. Es gibt in Europa nur vier Länder, in denen der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung im Zeitraum 1995 bis 2011 gestiegen ist, dies sind neben Deutschland noch Tschechien, Ungarn und Litauen. Aus dem Kreis der etablierten europäischen Industrieländer hat das Vereinigte Königreich den stärksten Bedeutungsverlust der Industrie zu beklagen; dort gab der Industrieanteil gleich um 10,3 Prozentpunkte nach und lag im Jahr 2011 nur noch bei 10,8 Prozent. Es folgen Finnland (7,2), Frankreich (6,0), Italien (5,6) und Spanien (4,9).

Auch im weltweiten Maßstab zeigt sich ein beachtlicher Bedeutungsverlust der europäischen Industrie (Tabelle 1). Um dies zu verdeutlichen und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass sich die etablierten Industrieländer doch sehr fundamental von den Schwellenländern unterscheiden, haben wir sechs Ländergruppen gebildet: europäische, amerikanische und andere Industrieländer einerseits und europäische, amerikanische und andere Schwellenländer andererseits.

Tabelle 1: Position der europäischen Industrie im internationalen Vergleich

	1995	2011
Industrieländer Europa	31,7	23,2
Industrieländer Amerika	3,9	6,0
Schwellenländer Europa	24,3	20,6
Schwellenländer Amerika	4,3	5,8
Andere Industrieländer	26,3	15,3
Andere Schwellenländer	9,5	29,1
Insgesamt	**100,0**	**100,0**

2.
Industrieländer Europa: Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, Schweiz, Großbritannien
Schwellenländer Europas: Bulgarien, Zypern, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, Türkei
Industrieländer Amerika: Kanada, USA
Schwellenländer Amerika: Brasilien, Chile, Mexiko
Andere Industrieländer: Australien, Japan, Südkorea, Neuseeland, Israel
Andere Schwellenländer: China, Indien, Südafrika, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam

Quelle: IW-Berechnungen auf Datenbasis von Eurostat, OECD, Weltbank

Diese hier betrachteten 51 Länder[2] repräsentieren jeweils weit über 90 Prozent der weltweiten industriellen Bruttowertschöpfung und globalen Exporte des Verarbeitenden Gewerbes.

Im Zuge der rasant zunehmenden Globalisierung und internationalen Arbeitsteilung konnten die europäischen Industrieländer ihren Anteil nicht halten. 1995 wurde mit 31,7 Prozent noch fast jeder dritte Euro industrielle Wertschöpfung in den Industrieländern Europas erwirtschaftet. Dieser Anteil ging bis zum Jahr 2011 auf 23,2 Prozent zurück. Auch die USA und Kanada (Industrieländer Amerika) und die anderen Industrieländer mussten Anteilsverluste hinnehmen. Die eindeutigen Gewinner im Industrialisierungsprozess sind die Schwellenländer aller drei Ländergruppen. Am stärksten zulegen konnten die anderen Schwellenländer, was in erster Linie auf den steilen Aufstieg Chinas zurückzuführen ist. Auf Dollarbasis gerechnet, erhöhte das verarbeitende Gewerbe Chinas seine nominale Bruttowertschöpfung in diesem Zeitraum um jahresdurchschnittliche 14,6 Prozent, so stark wie sonst kein anderes Land. Auch die osteuropäischen Länder konnten da nicht Schritt halten, geschweige denn die etablierten europäischen Industrieländer. Immerhin aber wuchs die industrielle Wertschöpfung in den europäischen Schwellenländern überdurchschnittlich, sodass sie ihren Anteil von 3,9 auf 6,0 Prozent steigern konnten. Allerdings reichte der Zuwachs nicht, um die Anteilsverluste der europäischen Industrieländer auszugleichen. Nimmt man beide Ländergruppen zusammen, verbleibt ein Anteilsverlust von 6,4 Prozentpunkten.

Industrie Europas: Standortqualität mit Defiziten

Die oben präsentierten Zahlen belegen, dass eine trendmäßige Verschiebung der weltweiten industriellen Wertschöpfung von den klassischen Industrieländern hin zu den aufkommenden Schwellenländern stattfindet. Dies ist zum einen sicherlich der Tatsache zuzuschreiben, dass sich im Laufe der Zeit immer mehr Länder erfolgreich in die internationale Arbeitsteilung einklinken und dadurch zwangsläufig die Anteile – selbst wenn der Kuchen wächst – für einzelne Länder kleiner werden. Dies allein erklärt aber nicht die Positionsverschiebungen zwischen den Ländern. Deshalb ist die Frage interessant, ob auch unterschiedliche Rahmenbedingungen für industrielle Produktion einen Erklärungsbeitrag liefern können. Dies wiederum ist eine in höchstem Maße relevante Frage für die Politik auf europäischer und nationaler Ebene, wenn sie wie bekundet den Deindustrialisierungsprozess stoppen und den Industrieanteil wieder erhöhen möchte.

Auskunft darüber gibt der IW-Standortindex, der für 45 bedeutende Industrieländer die Investitionsbedingungen für das Verarbeitende Gewerbe quantifiziert (IW Köln, Die Messung der industriellen Standortqualität, 2012). In die folgenden Berechnungen einbezogen sind mit Ausnahme von Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam alle in Tabelle 1 erfassten Länder. Die Berechnung des IW-Standortindex erfolgt in drei Schritten:

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
PROF. DR. VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

Schritt 1: Theoretische Ableitung von Themenfeldern zur Beschreibung der wesentlichen Standortfaktoren für industrielle Investitionsentscheidungen

Schritt 2: Empirisch gestützte Identifizierung geeigneter Indikatoren zur Messung der industriellen Standortqualität

Schritt 3: Zusammenführung der Einzelergebnisse zu einem Gesamtindex, wobei die erforderlichen Gewichte im Rahmen einer Befragung deutscher Industrieunternehmen ermittelt wurden.

Insgesamt besteht der Index aus 58 Einzelindikatoren, die zu 14 Obergruppen und nochmals zu sechs Themenbereichen verdichtet werden. Dies sind:

Staat: Dazu zählen der wettbewerbliche Ordnungsrahmen, die Regulierung und die Intensität der bürokratischen Belastungen.

Infrastruktur: Neben den Bereichen Verkehr und Kommunikation wird auch die Güte der sozio-ökonomischen Infrastruktur berücksichtigt.

Wissen: Die Ausstattung mit Humankapital, die Arbeitsbeziehungen und das Innovationsumfeld beschreiben diesen Bereich.

Ressourcen: Dazu zählen die Verfügbarkeit von Rohstoffen, Energie und Kapital.

Kosten: Berücksichtigt sind neben den Arbeitskosten auch Steuern, Energie- und Exportkosten.

Marktumfeld: Hier geht es um Markt- und Kundenpotenziale, Wertschöpfungsketten und die Offenheit der Märkte.

Tabelle 2: Standortqualität nach Themenfeldern[3]

	Gesamt	Staat	Infrastruktur	Wissen	Ressourcen	Kosten	Markt und Umfeld
Industrieländer Europa	106,5	119,3	119,3	104,8	91,5	70,4	103,8
Schwellenländer Europa	66,4	51,4	48,1	70,2	81,0	119,1	57,3
Industrieländer Amerika	126,5	153,9	122,7	127,6	117,5	97,2	118,7
Schwellenländer Amerika	65,2	45,6	53,6	61,6	90,0	107,1	57,4
Andere Industrieländer	114,3	126,2	120,9	127,2	96,7	92,8	109,2
Andere Schwellenländer	78,5	33,0	72,5	70,6	102,5	128,8	95,3
Durchschnitt	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**

3.
Index für 2010; Durchschnitt = 100

Indexwerte für Ländergruppen gewichtet mit der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes der einzelnen Länder

Quelle: IW-Berechnungen

Die Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse für die industrielle Standortqualität für das Jahr 2010 und die oben definierten Ländergruppen. Fünf Ergebnisse sind hervorzuheben:

1. Die Industrieländer Amerikas (USA und Kanada) weisen die besten Standortbedingungen auf, gefolgt von den asiatischen Industrieländern. Die Industrieländer Europas haben mit einem Indexwert von 106,5 zwar im weltweiten Vergleich eine überdurchschnittlich gute Standortqualität – in diesem Ländervergleich reicht es aber nur für Platz drei.

2. Alle Schwellenländer schneiden deutlich unterdurchschnittlich ab, aber der Abstand zu den Industrieländern ist noch groß.

3. Die USA und Kanada, die beiden amerikanischen Industrieländer, belegen mit Ausnahme der Kosten bei allen anderen Themenfeldern den Platz eins – die Standortqualität ist dort fast durchweg besser als in den anderen Industrie- und Schwellenländergruppen.

4. Nicht überraschend haben die Schwellenländer Vorteile bei den Kosten. Bei diesen Indikatoren der industriellen Standortqualität erreichen sie die Plätze eins bis drei.

5. Die Industrieländer Europas können nur beim Themenfeld Staat punkten. Bei allen anderen Kategorien schneiden sie schlechter ab als die anderen hochentwickelten Industrieregionen. Bei der Ressourcenausstattung, allen voran bei den Rohstoffen, liegt Kerneuropa sogar noch hinter der Gruppe der anderen Schwellenländer.

So weit zum Vergleich der industriellen Standortqualität für das Jahr 2010. Um zu beurteilen, ob der industrielle Erfolg von den industriellen Standortfaktoren beeinflusst wird, müssen die jeweiligen Veränderungen im Zeitablauf betrachtet werden. Es zeigt sich für den Zeitraum 1995 bis 2010, dass sich die Verhältnisse gegenüber dem Niveauvergleich ein Stück weit umdrehen: Bezüglich der Veränderungen der Indikatoren der industriellen Standortqualität schneiden die Schwellenländer deutlich günstiger ab als die Industrieländer. In allen drei Ländergruppen hat sich die Standortqualität der Schwellenländer überdurchschnittlich gut entwickelt. Das überdurchschnittliche industrielle Wachstum in diesen Ländern passt somit zum Befund der positiven Weiterentwicklung der industriellen Standortqualität. Regressionsanalysen zeigen, dass dieser wichtige empirische Befund statistisch signifikant auch bei einer Einzelbetrachtung der 45 untersuchten Länder gilt (IW Köln, Die Messung der industriellen Standortqualität, 2012). Es gibt somit einen empirisch belegbaren Zusammenhang zwischen der Verbesserung der industriellen Standortqualität und dem industriellen Wachstum.

Starke Industrie in Europa: ein deutsches Interesse

Die deutsche Industrie hat sich in den letzten Jahren auf den Weltmärkten gut behauptet. Möglicherweise hat sie sogar vom Deindustrialisierungsprozess in anderen europäischen Ländern profitiert, weil sie Märkte besetzen konnte, die andere europäische Wettbewerber mangels fehlender internationaler Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr bedienten. Gleichwohl ist eine Renaissance der europäischen Industrie auch im Interesse der deutschen Industrieunternehmen. Zum einen brauchen sie starke und verlässliche industrielle Partner in anderen europäischen Ländern für ihre vielfältigen grenzüberschreitenden Lieferbeziehungen. Wenn der Deindustrialisierungsprozess in den anderen europäischen Ländern unvermindert anhält, drohen vorhandene Wertschöpfungsketten irgendwann zu reißen. Das gefährdet dann auch den Erfolg der deutschen Industrie auf den Weltmärkten. Zum anderen ist eine breite industrielle Basis in möglichst vielen Ländern der EU vorteilhaft, wenn es darum geht, den gemeinsamen Interessen der Industrie in Europa nachhaltig Gehör zu verschaffen.

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
PROF. DR. VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

Prof. Henning Kagermann

Henning Kagermann, habilitierter Physiker und ehemaliger Vorstandssprecher der SAP, ist seit 2009 Präsident von acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften. Die gemeinwohlorientierte, von Bund und Ländern geförderte Mitgliederakademie berät Politik und Gesellschaft in technologischen und technologiepolitischen Fragestellungen.

Als Vorsitzender der Nationalen Plattform Elektromobilität, Sprecher der Promotorengruppe Kommunikation der Forschungsunion sowie des Steuerkreises des Innovationsdialogs zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft treibt Henning Kagermann wichtige Zukunftsprojekte, wie Elektromobilität und Industrie 4.0, voran.

Innovationen und Trends im Bereich Elektromobilität

Mobilität ist ein menschliches Grundbedürfnis. Sie ermöglicht Begegnungen, vernetzt Gemeinschaften, erweitert unseren Horizont und ist tief in unserem persönlichen Freiheitsverständnis verankert.

Mobilität ist zugleich ein Grundpfeiler unserer Wirtschaft. Und sie kostet uns Geld und Ressourcen. Der Personen- und Güterverkehr ist ein wesentlicher CO_2-Emittent und – zumal in Megacitys Asiens und Lateinamerikas – ein Hauptfaktor lokaler Umweltbelastungen. Mit Blick auf die wachsenden Verkehrszahlen, die Herausforderungen des Klimawandels und Vorgaben bei der Stadt- und Raumqualität müssen wir Mobilität neu denken. Wir brauchen sowohl neue, klimafreundliche, nachhaltige und effiziente Antriebstechnologien als auch neue Mobilitätslösungen. Elektromobilität ist ein Baustein. Sie ist lokal emissionsfrei, klimaschonend in einem CO_2-effizienten Energiemix und potenziell ein stabilisierender Faktor im Zeitalter der wetter- und tageszeitabhängigen erneuerbaren Energien. Deutschland hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Bis 2020 soll in Deutschland ein selbsttragender Markt von einer Million Elektrofahrzeugen entwickelt werden. Politik, Unternehmen, Gewerkschaften, Branchenverbände und Wissenschaftler kooperieren, weil sie ein gemeinsames Ziel haben: einen deutschen Leitmarkt und eine Leitanbieterschaft in der Elektromobilität. Wir wollen, dass Deutschland in der Verbreitung von Elektroautos als Leitmarkt führend wird. Und wir wollen, dass unsere Unternehmen von einer Leitanbieterschaft profitieren – und zwar sowohl bei den Fahrzeugen als auch bei den Einzeltechnologien, allen voran bei den Batterien.

Während man noch vor einigen Jahren gern monierte, dass Deutschland die Elektromobilität verschläft, sind wir mittlerweile in der internationalen Spitzengruppe. Die Elektromobilität ist ein Beispiel effizienter Innovationspolitik, die auf vorwettbewerbliche Förderung und Kooperation, auf Forschung und Entwicklung und auf gute Rahmenbedingungen setzt, statt vorschnell künstliche Märkte zu subventionieren. Die Unternehmen investieren, die Forschungsprojekte laufen an – wenn alle bei ihren Zusagen bleiben, sind wir auf einem guten Weg.

Nutzerakzeptanz als Leitlinie

Zentraler Treiber für einen selbsttragenden Markt in der Elektromobilität ist dabei die Nutzerakzeptanz. Die Nationale Plattform Elektromobilität hat vier Schlüsselbereiche der Nutzerakzeptanz identifiziert: Kosten, Alltagstauglichkeit, Ökologie sowie Ladeverhalten. Zu den Kosten: Elektroautos sind in der Anschaffung vergleichsweise teuer. Doch die Nutzer akzeptieren einen etwas höheren Anschaffungspreis. Denn erstens sind die Betriebskosten geringer. Dies ist vergleichbar mit dem „Diesel-Effekt“: Obwohl Diesel-Motoren teurer als Benziner sind, entscheiden sich viele Kunden für einen Diesel-Motor, weil sich das langfristig rechnet. Zweitens ist es ein Anreiz, als sogenannter First Mover eine nachhaltige Mobilitätstechnologie voranzubringen. Und drittens kommt dazu der Fahrspaß – vielleicht das beste Argument für das Elektroauto. Die Batterie macht den Kostenunterschied. Kurz- und mittelfristig müssen wir also die bestehende Li-Ionen-Technologie und die Zell- sowie Batterieproduktion hinsichtlich Kosten und Leistung optimieren – und zwar in einer integrierten Batterieproduktion in Deutschland.

Die Entwicklung leistungsfähiger Batterien ist auch ein wichtiger Baustein beim Thema Alltagstauglichkeit. 80 Prozent

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
PROF. DR. VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

der Autofahrten sind heute Kurzstrecken bis 40 Kilometer. Gleichwohl erwarten die Nutzer, zu jeder Zeit jede Strecke zurücklegen zu können, ohne lange Ladepausen einzulegen. Deshalb sind die Reichweiten der Elektroautos und möglichst schnelle Ladevorgänge entscheidende Kriterien. Auf dem Weg zu einem selbsttragenden Markt müssen wir den Nutzern mit ihren bisherigen Fahrgewohnheiten möglichst weit entgegenkommen. Für den überwiegenden Alltag reichen batteriebetriebene Elektrofahrzeuge völlig aus. Batterien der heutigen Generation ermöglichen Reichweiten bis 150, vielleicht auch 200 Kilometer. Die Batterieforschung arbeitet parallel an den nächsten Generationen, die noch wesentlich höhere Energiedichten erreichen und damit wesentlich höhere Reichweiten ermöglichen werden. Bei den Batterien verfolgen wir daher eine duale Strategie: die heutigen Batterien in Preis und Leistung optimieren und zugleich an der nächsten Generation forschen. Weitere Reichweitengewinne verspricht der Leichtbau. Hier wird zum Beispiel die Entwicklung neuartiger thermoplastischer Kunststoffe oder die Realisierung von Multi-Material-Bauweise vorangetrieben.

Für die längeren Strecken haben wir Plug-in-Hybride und Range-Extender. Diese Unterscheidung zwischen den verschiedenen Varianten der Elektromobilität kommt in der Öffentlichkeit noch zu kurz, ist jedoch von großer strategischer Bedeutung. Denn mit Blick auf die angekündigten Serienfahrzeuge deutscher Automobilhersteller zeigt sich, dass Plug-in-Hybride eine zentrale Rolle im Übergang zum elektromobilen Zeitalter spielen werden. Selbst innerhalb der NPE haben wir ihren Anteil anfangs unterschätzt. Sie sind nicht nur erfolgreich, sondern bauen auch die Brücke vom Verbrennungsmotor zur batterieelektrischen Mobilität. Mit den Jahren wird der Anteil des Elektroantriebes in den Plug-in-Hybriden immer größer und der konventionelle Tank immer kleiner – bis dieser ganz verschwindet. In Sachen Ökologie sind Elektroautos weit vorn. Sie sind lokal emissionsfrei und verschonen Städte von Abgasen. Das entspricht den Nutzern, die sich – vor allem in Deutschland – eine lokal verträgliche, aber auch global nachhaltige Mobilität wünschen. Die Energiewende und der Aufbau der Erneuerbaren ist also ein Baustein einer nachhaltigen Elektromobilität. Umgekehrt sind Elektroautos auch ein Baustein für einen erfolgreichen Umbau des Energiesystems. Als Energiespeicher können sie Spitzen und Dellen in der Stromerzeugung durch Wind und Sonne abfedern. Hier liegen noch viele technologische Herausforderungen. Für die Integration der Elektrofahrzeuge in das Energiesystem muss bidirektionales Laden möglich sein: Elektroautos können geladen werden, aber auch als Energiespeicher Strom ins Netz zurückgeben. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Lebensdauer der Batterien nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Es genügt also nicht allein, die Antriebs- und Batterietechnologien zu optimieren. Wir müssen die Integration von Elektrofahrzeugen in das Energiesystem ebenso mitdenken wie neue Ansätze der Produktion unter dem Stichwort Industrie 4.0. Mit Industrie 4.0 vollzieht sich in deutschen Fabriken die vierte industrielle Revolution – ein Paradigmenwechsel von starren Produktionsprozessen hin zu Ad-hoc-Produktionsnetzwerken. In der Fabrik der Zukunft kann Ressourcenproduktivität und -effizienz fortlaufend über das gesamte Wertschöpfungsnetzwerk hinweg verbessert werden – Voraussetzung für das nachhaltige Endprodukt und Eckpfeiler einer globalen, nachhaltigen Mobilität. Industrie 4.0 ist auch eine Antwort auf die Frage, wie wir die Wartung, den Austausch und das Recycling der Batterien kostengünstig und ressourceneffizient sicherstellen. Auf das System kommt es an, nicht nur auf die Einzeltechnologien. Neben der Idee des bidirektionalen Ladens sehen wir beim Stichwort Ladeverhalten, dass mögliche Nutzer vor allem an kurzen Ladezeiten interessiert sind. Schnellladen ist deshalb ein wichtiges Thema. Eine interessante Möglichkeit ist da das Gleichstromnetz von Straßenbahnen. Dieses liefert ohne Probleme in rund 50 deutschen Städten

die benötigte Leistung von 50 kW für das Schnellladen. Warum nicht in die Straßenbahninfrastruktur Schnellladepunkte zum Beispiel für Taxis integrieren. In diese Richtung werden nun erste Pilotprojekte gestartet. So werden Ladegeschwindigkeiten erreichbar, die mit einem üblichen Tankstellenbesuch konkurrieren können. Die Basis ist gelegt: Das von der NPE empfohlene Steckersystem, das „Combined Charging System“ (CCS) auf Basis des Typ-2-Steckers, ermöglicht das Schnellladen bei so hohen Leistungen und hat gute Chancen, sich nicht nur EU-weit durchzusetzen.

Einen Punkt möchte ich noch ergänzen: Elektromobilität weckt Emotionen und Begeisterung – und das ist die wichtigste Bedingung für den Erfolg. Jeder, der schon einmal ein Elektrofahrzeug gefahren hat, war danach begeistert. Diesen Pluspunkt müssen wir nutzen und herausarbeiten. Wichtig ist vor allem, den 80 Millionen Autoexperten in Deutschland Elektroautos zu zeigen, sie in den Schaufensterregionen sichtbar zu machen und am besten möglichst viele Probefahrten zu ermöglichen. Bei jeder Fahrt mit einem Elektroauto fahren Emotionen mit.

Entwicklung einer Systemlandschaft Elektromobilität

Für die Forschung, Entwicklung und den Durchbruch der Elektromobilität sind die genannten Anforderungen ein wichtiger Leitfaden. Wir müssen diese Anforderungen jedoch stets zusammen, systemisch denken. Elektrofahrzeuge (smart car), Energie- (smart energy) und Verkehrssystem (smart traffic) wachsen im Zeitalter der Elektromobilität zu einem Gesamtsystem zusammen. Es wird völlig selbstverständlich sein, ein Elektroauto im Carsharing via Smartphone zu buchen und zu öffnen. Smarte Apps werden uns, abhängig von der aktuellen Verkehrssituation, die beste Mobilitätsform – Elektroauto oder ÖPNV beispielsweise – empfehlen und uns Standorte von Elektroleihwagen oder einen Park-and-ride-Parkplatz anzeigen. Die Abrechnung über einen Online-Account wird ebenso Alltag wie das Laden und Entladen nach Strompreis. So gilt es heute, eine Systemlandschaft Elektromobilität zu entwickeln. Die Nationale Plattform Elektromobilität formulierte bereits 2011 in ihrer Vision für 2020: „‚Elektromobilität made in Germany‘ steht für systemische und nachhaltige Lösungen über die Grenzen traditioneller Industriebranchen hinweg.“ Diese systemische Betrachtung ist der Schlüssel zum Aufbau des Leitmarkts und der Leitanbieterschaft.

Nachdem in den ersten Jahren die Entwicklung der F&E-Leuchttürme im Fokus stand, hat sich die Nationale Plattform Elektromobilität mit Blick auf das Ende der Marktvorbereitungsphase und den Hochlauf der Serienfahrzeuge der Entwicklung der Systemlandschaft Elektromobilität angenommen. Zur Internationalen Konferenz Elektromobilität der Bundesregierung am 27. und 28. Mai wird die Nationale Plattform Elektromobilität ein Zwischenergebnis der branchen- und disziplinübergreifenden Arbeit, eine „Roadmap Systemischer Ansatz“, vorstellen. Diese Roadmap wird die Bedeutung von Themen unterstreichen, die bereits in den F&E-Leuchttürmen oder Schaufenster adressiert sind, aber auch neue, bisher unbehandelte Themen an den Schnittstellen der einzelnen F&E-Leuchttürme identifizieren.

Eines der Schlüsselthemen beim Aufbau der Systemlandschaft Elektromobilität wird dabei das Thema Vernetzung durch Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sein. Regelrechte Ökosysteme für innovative Dienstleistungen rund um die Elektromobilität werden entstehen.

IKT als Enabler für Technologien und Dienstleistungen

Applikationen zum Auffinden von Ladesäulen sind nur ein Anfang. Die Vision einer vernetzten Systemlandschaft der Elektromobilität meint ein intelligentes Fahrzeug, das zu einem Knoten im Internet der Dinge, Dienste und Daten wird und mit einem intelligenten Verkehrssystem und einem intelligenten Energiesystem vernetzt ist.

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
PROF. DR. VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

Zwei konvergierende Technologie-Entwicklungen der letzten Jahrzehnte machen es möglich: das Internet einerseits, eingebettete Systeme andererseits. Mit dem Web 2.0 veränderte sich das Internet zu dem globalen Netzwerk des 21. Jahrhunderts. Es ist seither gleichermaßen einfach, Web-Inhalte zu produzieren und zu konsumieren. Aus passiven Konsumenten wurden – Stichwort Web 2.0 – aktive Produzenten. Durch die Entwicklung hochleistungsfähiger Kleinst-Computer, die so billig sind, dass sie milliardenfach in alle möglichen Gegenstände integriert werden, wurden eingebettete Systeme zur Basistechnologie. Aus Objekten werden intelligente Objekte, aus Umgebungen intelligente Umgebungen. Durch Sensoren und Aktuatoren können sie eine Vielzahl an Daten aus ihrem Umfeld erfassen, speichern, verarbeiten und auf dieser Basis zugleich ihre Umgebung beeinflussen. Ausgestattet mit Mobilfunk- und Internettechnologien wachsen das Internet und die Welt der eingebetteten Systeme zusammen. Nun können sich die Objekte beliebig untereinander und mit dem Internet vernetzen, Daten austauschen und ihre Fähigkeiten als Dienste im Netz anbieten. Sie vernetzen sich zu cyberphysichen Systemen, der technologischen Basis des Internets der Dinge, Dienste und Daten. Ausgestattet mit semantischen Technologien können die intelligenten Objekte schließlich nicht nur Daten austauschen, sondern auch verstehen und direkt miteinander kommunizieren. Am Beispiel Elektromobilität: Fahrzeuge könnten künftig mit Ladesäulen kommunizieren und zum Beispiel den günstigsten Anbieter im Umkreis automatisch auswählen und reservieren. Genauso denkbar ist, dass der Nutzer des Fahrzeuges statt „günstige Ladesäule“ den Parameter „kürzester Weg von Ladesäule zum Zielort“ wählt. Diese Gedankenspiele zeigen, dass Komplexität einer Systemlandschaft Elektromobilität mithilfe von IKT handhabbar wird. Basierend auf dieser intelligenten Vernetzung von Fahrzeug, Energie- und Verkehrssystem werden internetbasierte Dienstleistungsinnovationen sowohl für Nutzer als auch für Anbieter zunehmend interessant. Cloud-Computing und die Analyse von Big Data – verbunden mit den richtigen Kontextinformationen – werden ganz neue Dienstleistungen ermöglichen. Wir sind schon auf halber Strecke: Der Autoatlas liegt kaum noch in einem Handschuhfach. Doch auch der klassische Routenplaner setzt bereits Staub an. Denn eigentlich wollen wir doch wissen, wie wir am besten von A nach B kommen. Erste intermodale Applikationen wie moovel ermöglichen schon den Vergleich zwischen den verschiedenen Varianten wie Auto oder öffentliche Verkehrsmittel. Private Carsharing-Plattformen wie carzapp, die das Konzept des ausschließlich privat genutzten Wagens infrage stellen, bieten eventuell eine Möglichkeit, den teureren Preis der Elektrofahrzeuge zu kompensieren. Doch wir stehen noch am Anfang des Möglichen. In-Memory-Datenbanktechnologien werden dem Thema Echtzeit-Analyse von großen Datenmengen einen weiteren Schub geben und auch beim Thema Elektromobilität neue Dienste ermöglichen. Beispielsweise können auf Basis von In-Memory-Datenbanken neue Analyse-Applikationen im Bereich Verkehr und Energie entwickelt werden. So werden bereits heute Datenplattformen für Autos entwickelt, welche die erfassten Sensordaten sowie externe Informationen, wie Verkehr und Wetter, in Echtzeit kombinieren und anhand dieser Informationen zum Beispiel die Streckenführung verbessern.

Die Ergänzung um Informationen zu verfügbaren Ladepunkten ist dann kein großer Schritt mehr. Die Ladepunkte könnten über Echtzeit-Informationen zu Strompreisen und Lastmanagement verfügen und den Nutzer im Fahrzeug informieren, ob er aktuell eine Prämie für das Laden bekommt oder aufgrund der Auslastung des Stromnetzes einen erhöhten Preis bezahlen muss.

Diese Dimension der Vernetzung wirft neue Fragen auf, wie zum Beispiel zu den Themen Normen und Standardisierung, Sicherheit und Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung und Schutz der Privatsphäre sowie Ausbildung und Qualifizierung. Normung

und Standardisierung werden dadurch erschwert, dass die IKT-Branche nicht in Normen, sondern in Referenzarchitekturen denkt. Ein verbesserter Austausch zwischen den Branchen ist notwendig. Ausbildung und Qualifizierung werden zunehmend auch bei der Elektromobilität sich des Themas IKT annehmen müssen. Schon heute besteht ein Mangel an Informatikern. Es geht aber auch gerade in Bezug auf zunehmende Mensch-Maschinen-Schnittstellen um Aufklärung und Mündigkeit der Nutzer, um einen vertrauten Umgang mit der Systemlandschaft sicherzustellen. Das ist auch eine Frage der aufgeklärten Vertrauenskultur, die wir auf dem Weg zu einer smarten Elektromobilität als Baustein intelligenter Energiesysteme in einem Ökosystem innovativer Dienstleistungen aushandeln müssen.

Schaufenster – wichtige Testlabors der Elektromobilität

Damit die Systemlandschaft Elektromobilität nicht auf einer abstrakten, theoretischen Ebene verharrt, bauen die vier eingerichteten Schaufenster der Bundesregierung die skizzierte Systemlandschaft beispielhaft auf. Als Testlabor bieten sie uns zudem die Chance, unsere Annahmen und Überlegungen zu überprüfen: Gibt es noch andere Randbedingungen, die es bei der systemischen Betrachtung zu beachten gilt? Sind bisherige Lösungen praktikabel? Wie werden Elektrofahrzeuge eingesetzt? Welche Ladeinfrastruktur wird gebraucht? Welche Hürden gibt es bei der Vernetzung von Fahrzeug, Energie- und Verkehrssystem? Welche innovativen Dienstleistungen entwickeln sich? Stimmen unsere Modellrechnungen für den Aufbau eines Leitmarkts der Elektromobilität und wie stark wirken die unterschiedlichen Anreize?

Wichtig ist der Wissenstransfer aus den Schaufenstern in die Elektromobilitäts-Community. Die Nationale Plattform Elektromobilität steht im engen Austausch mit den Schaufenstern, um die Erkenntnisse aus den Schaufenstern in die Arbeit der Arbeitsgruppen zu transportieren, die „Roadmap Systemischer Ansatz“ entsprechend fortzuschreiben und auch zukünftig die Entwicklung der Elektromobilität kritisch zu begleiten. Entsprechend den Erkenntnissen, auch aus den Schaufenstern, müssen in der nächsten Phase ab 2015, wenn der Markthochlauf beginnt, gegebenenfalls die Rahmenbedingungen angepasst und geeignet nachgesteuert werden. Mit Blick auf das bisher Erreichte bei Forschung und Entwicklung, Ausbildung und Qualifizierung, Normung und Standardisierung sowie bei den Schaufensterprojekten können wir sagen: Deutschland ist auf einem guten Weg. Diesen gilt es weiterzuverfolgen. Mit dem Aufbau einer Systemlandschaft Elektromobilität kommen wir dem Ziel einer nachhaltigen Mobilität wieder einen Schritt näher.

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
PROF. DR. VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

Internationale Sicherheit und Rohstoffkonflikte im Zeitalter der Globalisierung

Prof. Dr. Volker Perthes

Prof. Dr. Volker Perthes, geboren 1958, promovierte (1990) und habilitierte sich (1999) an der Universität Duisburg. Er war Assistenz-Professor an der American University of Beirut (1991–93) und lehrte an den Universitäten Duisburg, Münster und München. Seit 1992 ist Volker Perthes für die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) –das Deutsche Institut für Internationale Politik und Sicherheit – in Berlin (früher Ebenhausen) tätig. Die Hauptaufgabe der SWP ist es, auf der Grundlage eigener, praxisbezogener Forschung, den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung in allen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu beraten. Bis April 2005 leitete er die Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika, seit Oktober 2005 ist er Direktor der SWP.

Er lehrt zudem als außerplanmäßiger Professor an der Humboldt-Universität und als Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin. Er ist Mitglied einer Reihe von wissenschaftlichen Beiräten, unter anderem des Shanghai Institute for International Studies (SIIS), des Mailänder Istituto per gli Studi di Politica Internazionale (ISPI), des Innovationsbeirats des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), sowie Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des Finnish Institute of International Affairs (FIIA). Er ist ein viel gefragter Kommentator in deutschen und internationalen Medien.

Dr. Stormy-Annika Mildner

Dr. Stormy-Annika Mildner, M. Sc. ist Mitglied der Institutsleitung der Stiftung Wissenschaft und Politik und dort für Drittmittel und Nachwuchsförderung zuständig. Ihre Forschungsgebiete sind die US-amerikanische Wirtschaftspolitik, transatlantische Wirtschaftsbeziehungen und globale Handels- und Rohstoffpolitik. Von 2009 bis 2011 leitete sie den Forschungsschwerpunkt „Konkurrenz um knappe Ressourcen". 2012 übernahm sie die Leitung des Projekts „Transatlantische Risikogovernance".

Seit 2007 unterrichtet Frau Mildner regelmäßig an der Hertie School of Governance und der Freien Universität Berlin. Sie studierte Internationale Politische Ökonomie an der London School of Economics und promovierte in Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin. Nach ihrem Studium koordinierte sie das Programm „Globalisierung und Weltwirtschaft" bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (2000–02) und war wissenschaftliche Mitarbeiterin am John- F. - Kennedy- Institut der Freien Universität Berlin (2005–06). 2002–03 war sie Max-Kade-Fellow an der Yale University 2010 absolvierte sie einen Gastaufenthalt am American Institute for Contemporary German Studies der John Hopkins University in Washington D.C., wo sie nach wie vor Non-Resident Senior Fellow ist. Im Herbst 2011 war sie Bosch-Fellow an der Transatlantic Academy des German Marshall Funds in Washington D.C.

Die globalisierte Welt ist eine Welt der Chancen, aber auch eine der enger vernetzten Risiken. Deshalb wird in der sicherheitspolitischen Debatte auch die Rohstoffversorgung als Risiko angesprochen: Die Welt hat sich an weltweit ungehinderte Zugänge zu Rohstoffen und an offene Handelswege gewöhnt, wird aber auch abhängiger davon. Dass Rohstoffe Konflikte verursachen oder diese anheizen können, ist keine neue Beobachtung. In der Geschichte gibt es viele Beispiele dafür. Angesichts der hohen Rohstoffnachfrage aufgrund des wirtschaftlichen Aufholprozesses der Schwellenländer, des Bevölkerungswachstums und der Urbanisierung hat dieses Thema neue Brisanz gewonnen. Man muss deshalb nicht gleich Rohstoffkriege heraufbeschwören. Wer dies tut, schürt Konfliktrisiken und übersieht, dass die meisten zwischenstaatlichen Beziehungen im Rohstoffhandel noch immer kooperativ sind. Dass es Konfliktrisiken gibt, kann gleichwohl nicht abgestritten werden. Schon heute findet

sich in vielen internationalen Konflikten und auch bei den meisten innerstaatlichen Auseinandersetzungen, die die internationale Politik beschäftigen, auch ein Ressourcenaspekt. Die Ursachen für diese Konflikte sind zumeist komplex, und Maßnahmen, die nur einen Aspekt ansprechen, werden sie nicht lösen können. In fast allen Fällen allerdings gilt, dass vertragliche Regelungen über den Zugang zu den natürlichen Ressourcen und ihre Ausbeutung zur De-Eskalation der Konflikte beiträgt oder beitragen würde. Rohstoffpolitik kann insofern auch Sicherheitspolitik sein.

Neukartierung der internationalen Sicherheitspolitik

Die Umfeldbedingungen internationaler Sicherheitspolitik lassen sich, etwas vereinfacht, in drei kurzen Sätzen zusammenfassen: Die Welt von heute ist globalisiert. Das internationale System ist multipolar. Und wir befinden uns in einer Ära gewissermaßen tektonischer globaler Kräfteverschiebungen. Globalisierung bedeutet dabei nicht nur die zunehmende „Entgrenzung“ von Handel und Kommunikation, sondern auch die von Unsicherheiten und Risiken. Das gilt für die Finanzmärkte nicht anders als für die Verbreitung von Seuchen oder die Verletzbarkeit von Lieferketten und Produktionsprozessen und verlangt deshalb sehr viel intensivere Formen der Kooperation aller relevanten Akteure – ungeachtet etwa politischer und ideologischer Gegensätze. Multipolarität bedeutet nicht nur, dass die Welt kaum wieder bipolar – wie im Kalten Krieg – werden wird, sondern auch, dass wir es längerfristig mit einer Anzahl globaler Pole unterschiedlicher Anziehungskraft – zu denen zweifellos die USA sowie China und wahrscheinlich auch die EU gehören werden – zu tun haben dürften sowie gleichzeitig mit Polarisierungen auf regionaler Ebene: im Mittleren Osten, in Afrika oder in Asien. Dieses System ist nicht stabil,

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

denn die globalen Kräfteverhältnisse verschieben sich durch den wirtschaftlichen, politischen und in der Regel auch militärischen Aufstieg neuer oder Wiederaufstieg uralter Mächte wie China.

Internationale Sicherheitspolitik schließt heute den kooperativen Umgang mit zahlreichen nicht militärischen Risiken ein. Dazu gehören Standards bei Flughafenkontrollen genauso wie die Kooperation bei der Piraterie-bekämpfung. Im Kern wird Sicherheitspolitik aber immer mit Kriegen und mit Konflikten, die militärisch zu eskalieren drohen, zu tun haben. Kriege und Kriegsgefahr werden heute und wohl auch auf absehbare Zeit vor allem durch zwei auf unterschiedlichen Ebenen der Weltpolitik angesiedelte Phänomene verursacht: zum einen durch schlechte Regierungsführung und staatliche Schwäche, die Staatszerfall, Revolten oder Bürgerkrieg heraufbeschwören, zum anderen durch eher klassische geopolitische Konkurrenzen – Auseinandersetzungen um den Einfluss in und die Kontrolle von geografisch bestimmbaren Räumen also – meist in Zusammenhang mit regionalen oder globalen Machtverschiebungen. Überlappungen gibt es dabei häufig. Und auf beiden Ebenen können Rohstoffe eine Rolle spielen. Schließlich gibt es Rohstoffinteressen fast überall, und sei es nur, weil das Land selbst die Ressource ist, um die sich etwa in klimageschädigten Regionen wie der sudanesischen Krisenprovinz Darfur Ackerbauern und viehzüchtende Nomaden streiten. Land, Wasser, mineralische Rohstoffe, Fischereibestände und andere natürliche Ressourcen können, wo Zugänge und Nutzungsrechte ungeregelt oder umstritten sind, Konflikte verschärfen. Dies gilt gerade in politisch fragilen Ländern und Regionen.

Rohstoffe und Konflikte

Statistisch gesehen sind reine Ressourcenkonflikte – Konflikte, in denen es ausschließlich um Ressourcen geht – ein seltenes Phänomen: Das Conflict Barometer des Heidelberg Institute for International Conflict Research zählte im Jahr 2012 weltweit insgesamt 396 Konflikte. Am häufigsten – in 130 Fällen – drehten sich diese Konflikte um politische Systemfragen oder Ideologien, am zweithäufigsten (in 88 Fällen) um die Machtverteilung in einem Staat. Rohstoffe rangierten erst an dritter Stelle: In 81 der gezählten Konflikte spielten Rohstoffauseinandersetzungen eine Rolle; in nur sechs Fällen allerdings standen sie auch im Zentrum eines Konflikts.[1] Die meisten Rohstoffkonflikte waren innerstaatlicher Natur. Innerstaatliche Auseinandersetzungen gerade um wertvolle Rohstoffe können aber grenzüberschreitende Konflikte befördern. Man denke etwa an die Demokratische Republik Kongo: Der Rohstoffreichtum im Osten des Landes verspricht bewaffneten Gruppen enorme Gewinne, die hier illegal und oft unter zwangsarbeitsähnlichen Bedingungen Coltan oder Gold abbauen lassen. Angesichts der Abwesenheit effektiver staatlicher Strukturen hat dies nicht nur inländische Gewaltakteure, sondern auch Milizen aus Nachbarländern angezogen und die Region über Jahre zum Kriegsgebiet werden lassen. Und natürlich gibt es internationale, zwischenstaatliche Konflikte, in denen Rohstoffe eine Rolle spielen oder als machtpolitisches Instrument eingesetzt werden. Die Beschränkungen des Exports Seltener Erden nach Japan, die China 2010 nach einem maritimen Zwischenfall in dem von beiden Seiten beanspruchten Seegebiet um die Senkaku-Inseln verhängte, ist ein besonders prominentes Beispiel. Ursächlich für dieses gezielte Exportverbot war, anders als behauptet, nicht etwa eine Knappheit Seltener Erden, sondern der Territorialstreit.

Im Folgenden richtet sich unser Blick beispielhaft auf eine Krise und ein Konfliktgebiet, mit denen internationale Sicherheitspolitik sich noch auf einige Zeit wird beschäftigen müssen. In beiden Fällen wäre es analytisch falsch und politisch gefährlich, die Komplexität der Konfliktursachen zu ignorieren.

Beispiel Mali

Mali war bis Anfang 2012 ein blinder Fleck auf der Landkarte der internationalen Sicherheitspolitik – vom

1. Vgl. Heidelberg Institute for International Conflict Research, 2012, Conflict Barometer 2012, S. 120, http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2012.pdf

amerikanischen Verteidigungsministerium, das in der malischen Armee einen wirksamen Verbündeten im Kampf gegen al-Qa'ida in Subsahara-Afrika sah, einmal abgesehen. Das Land in der Sahelzone bildet einen der Fälle, in denen langjährige schlechte Regierungsführung und die Marginalisierung peripherer, fern der Hauptstadt liegender Gebiete, den Staat und seine Strukturen letztlich selbst unterminiert haben, sodass er einem externen Schock, dem Eindringen bewaffneter Tuaregkämpfer aus Libyen nämlich, nichts mehr entgegenzusetzen hatte. In Bamako wurde geputscht; der Norden des Landes wurde in kürzester Zeit von jihadistischen Islamisten vom Schlage al-Qa'idas erobert; die dort stationierten malischen Militäreinheiten flohen oder liefen über. Das Risiko, dass sich in Mali ein radikal-islamistischer Staat oder Teilstaat etablieren könnte, der Terror und Bürgerkrieg in die Nachbarländer exportieren und damit die gesamte Sahelregion destabilisieren würde, bewog Frankreich zu seiner raschen Militärintervention. Selbst das jeder westlichen Intervention gegenüber ausgesprochen skeptische Algerien gewährte Überflugrechte; NATO-Staaten, darunter Deutschland, und afrikanische Staaten wie der Tschad unterstützten den französischen Einsatz gegen die Islamisten mit eigenen militärischen Mitteln; und die EU beschloss, sich beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen, nicht zuletzt von Polizei und Militär, in Mali zu engagieren. Man kann hier von einem Feuerwehreinsatz zur Stabilisierung Malis und der Region mit nachfolgendem Aufbauprogramm für ein besser regiertes Mali sprechen, bei dem sich die sicherheitspolitischen und geostrategischen Interessen so unterschiedlicher Akteure wie Frankreich und dessen EU-Partner, Algerien, Tschad, Nigeria und andere afrikanische Staaten, aber auch Russland und China, die die französisch geführte Intervention im UN-Sicherheitsrat mit autorisierten, in Deckung befanden. Rohstoffinteressen mit Blick auf Mali existieren zweifellos: Es gibt hier unter anderem Gold- und Kupfervorkommen, vermutlich auch Uran, und eine Reihe afrikanischer und internationaler Konzerne haben Explorationslizenzen für vermutete Erdölvorkommen im Norden des Landes erworben. Das sind allerdings eher Optionen auf eine sehr unsichere Zukunft. Wer hier die Objekte neo-imperialer Begierden sehen will, unterschätzt die sicherheitspolitischen Risiken, die eine al-Qa'ida-Herrschaft in Mali heraufbeschworen hätte, und kann auch die internationale Zustimmung zur französischen Intervention nicht erklären. Interessant werden diese Vorkommen allerdings, wenn Mali sich tatsächlich zu einem Rechtsstaat entwickeln sollte, der auch seine peripheren Gebiete und dessen Bürger angemessen beteiligt: Dann nämlich wird es für internationale Konzerne interessant, sich hier zu engagieren, und die Rohstoffvorkommen können zur Quelle wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sowie politischer Stabilität werden. Investitionen in die Rohstoffförderung, die internationalen Standards entsprechen, könnten damit internationale Bemühungen um Sicherheit und Frieden in Mali unterstützen.

Beispiel Südchinesische See

Die Auseinandersetzungen um die konkurrierenden territorialen Ansprüche Chinas einerseits, Vietnams, der Philippinen, Malaysias und des Sultanats Brunei andererseits in der Südchinesischen See sorgen zu Recht für internationale Beunruhigung, genauso wie die parallelen Auseinandersetzungen zwischen China und Japan sowie zwischen Japan und Korea in der Ostchinesischen See und im Japanischen Meer. China hat seine Territorialansprüche in der Süd-China-See, die bis nah an die Küsten der anderen genannten Staaten heranreichen und von diesen bestritten werden, auf einer 2009 bei der UNO eingereichten Karte mit einer „Neun-Punkte-Linie" grob markiert. Die konkurrierenden Ansprüche sind älter, aber sie gewinnen an Bedeutung, je mehr die Ausbeutung von Öl und anderen Mineralien am Meeresgrund zu einer echten Option, Fischereibestände knapper und die maritimen Fähigkeiten vor allem Chinas größer werden. Diverse konfrontative Vorfälle zwischen den beteiligten Staaten haben den Ressourcengehalt der Territorialstreitigkeiten unterstrichen: Chinesische

ULRICH GRILLO
PROF. DR. MICHAEL HÜTHER
PROF. HENNING KAGERMANN
VOLKER PERTHES &
DR. STORMY-ANNIKA MILDNER

Seeüberwachungsschiffe blockieren die philippinische Küstenwache bei dem Versuch, chinesische Fischer wegen illegalen Fischfangs festzunehmen; chinesische Fischkutter zerschneiden ein Unterwasserkabel, das von einem Schiff der vietnamesischen Firma PetroVietnam innerhalb der von Vietnam beanspruchten exklusiven Wirtschaftszone gelegt wird; China zwingt BP und Exxon, Ölexplorationsvorhaben in diesen von Vietnam beanspruchten Gewässern aufzugeben.

Gleichwohl sind Rohstoffe nur ein Aspekt des Konfliktgeschehens – und wahrscheinlich der am leichtesten lösbare. Verstehen lässt sich die geopolitische Gemengelage nur, wenn wir sie auf zumindest zwei Ebenen verorten. Da ist zunächst die regionale Ebene mit den genannten territorialen Streitigkeiten, bei denen es um Status und Ressourcen geht. Gleichzeitig hören wir hier aber eben auch die Knirschgeräusche der tektonischen, globalen Machtverschiebungen: Hier misst eine aufstrebende globale Macht – China – die Kräfte mit der existierenden Status-quo-Macht – den USA. China definiert sich in diesem Zusammenhang selbstbewusst neu als „Seemacht“ und spricht davon, dass es die entsprechenden militärischen Fähigkeiten brauche, um fremden Kriegsmarinen den Zugang zum Seeraum zwischen Festlandschina und Japan, Taiwan, den Philippinen und Malaysia verwehren zu können. Die USA dagegen sprechen, durchaus im Interesse vieler anderer Staaten, von der Freiheit der Schifffahrt – auch für Kriegsschiffe – nicht zuletzt in der Südchinesischen See, die immerhin die zweitwichtigste Seehandelsroute der Welt darstellt. Kleinere Staaten wie Vietnam oder die Philippinen sind zunehmend besorgt über das aggressive Auftreten Pekings und versuchen, Chinas Stärke durch Allianzen mit den USA auszubalancieren, melden also Bedarf für das an, was in den USA der Schwenk („pivot“) nach Asien genannt wird. Wenn dabei ausgerechnet das immer noch kommunistische Vietnam das Bündnis mit Washington sucht, wird auch klar, dass es hier sicher nicht um Ideologie, sondern um handfeste Interessen und Sicherheitsbedürfnisse geht.

Zu den guten Nachrichten im Südchinesischen Meer und in Ostasien insgesamt gehört, dass alle beteiligten Staaten wirtschaftlich eng miteinander verflochten sind. Das eröffnet Möglichkeiten, reine Ressourcenkonflikte durch Formen gemeinsamer Nutzung oder Regelsetzung zu entschärfen – gegebenenfalls kann hier sogar die EU Hilfestellung leisten. Die Machtverschiebungen zwischen den Polen des internationalen Systems bleiben davon allerdings unberührt. Man braucht hier nicht angstvoll einen amerikanisch-chinesischen Krieg herbeizureden. Eher zu erwarten sind anhaltende Reibungen unterhalb der Schwelle militärischer Auseinandersetzungen, auch wiederholte Störmanöver und Willenstests etwa im Cyber- oder im Weltraum – und dies bei gleichzeitig anhaltender, wenn nicht wachsender wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Interdependenz.

Minderung des Konfliktpotenzials

Als Exportnation und stark von Rohstoffimporten abhängiges Land hat Deutschland ein besonderes Interesse sowohl an der Freiheit der internationalen Handelswege wie an der friedlichen Regelung von Rohstoffkonflikten. Aus diesem Interesse erwächst auch eine besondere Verantwortung – nicht nur für die Bundesregierung, sondern auch für deutsche Unternehmen und zivilgesellschaftliche Akteure.

Dabei sollte niemand erwarten, dass internationale Konflikte und Sicherheitsrisiken, die einen Rohstoffaspekt aufweisen, allein durch bi- oder multilaterale Maßnahmen zu lösen wären, die einen rationaleren oder kooperativeren Umgang mit umstrittenen Rohstoffen vorsehen. Da die meisten Konflikte multikausaler Natur sind, bedarf es in der Regel auch umfassender Ansätze, die die Instrumentenkästen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik wie auch der Umwelt- und Technologiepolitik miteinander verbinden. Wo Rohstoffinteressen im Vordergrund stehen, reicht das Spektrum von Transparenzinitiativen für Zahlungsflüsse im Rohstoffsektor und Due-Diligence-Vorkehrungen für

Handelsketten über Entwicklungshilfeprojekte oder die Hilfestellung bei der Erarbeitung von Regeln für die gemeinsame Nutzung von Ressourcen in grenzüberschreitenden oder umstrittenen Gebieten bis hin zum Einsatz internationaler Truppen zur Friedenswahrung. In rohstoffreichen, aber fragilen Staaten liegt der Schlüssel zur Prävention zukünftiger Konflikte in der schwierigen, aber unerlässlichen Aufgabe, wirtschaftliche und politische Strukturen in Richtung „guter Regierungsführung" umzubauen: Dazu gehören die Etablierung von Rechtsstaatlichkeit, der verantwortliche Umgang mit Steuereinnahmen, Antikorruptionsmaßnahmen und transparente Zugangsregeln für Rohstoffe wie auch die Ausbildung lokaler Polizeikräfte und andere Maßnahmen zur Stärkung staatlicher Autorität, um die Aktionsfreiheit bewaffneter Gruppen einzudämmen und Raubbau zu verhindern. Selbstverständlich sollte Entwicklungsländern geholfen werden, ihre Rohstoffe nachhaltig zu nutzen und nach Möglichkeit vor Ort weiterzuverarbeiten, um dort Einkommen und Arbeitsplätze zu schaffen. Dies würde auch die Attraktivität von Raubinvestitionen, die den Regierungen zwar schnelle Einnahmen bringen, aber wenig mit nachhaltiger Rohstoffbewirtschaftung zu tun haben, verringern.

Geopolitische Konfliktrisiken hingegen lassen sich nur auf internationaler Ebene Erfolg versprechend angehen. Handelsabkommen oder internationale Verträge wie das Seerechtsabkommen, die Standards für den Umgang etwa mit konkurrierenden Territorialansprüchen im maritimen Raum oder für die Streitschlichtung vorsehen, sind essenzielle Elemente des „globalen Regierens" und dürften langfristig so manchen zwischenstaatlichen Konflikt entschärfen oder erst gar nicht entstehen lassen. Solche Institutionen und Regelwerke stoßen allerdings an ihre Grenzen, wenn Staaten Rohstoffe oder den Zugang dazu als politisches Machtinstrument in Status- oder Territorialkonflikten nutzen, Ressourcen also politisieren. Hier sind dann Außen- und Sicherheitspolitik mit ihren klassischen Instrumenten gefragt. Gute Diplomaten wissen, dass nicht jeder Konflikt lösbar ist, vor allem nicht unmittelbar. In vielen Fällen, insbesondere wo es um den Aufstieg und Abstieg regionaler oder globaler Mächte geht, um die Verschiebung von Machtbalancen also, ist umsichtiges Konfliktmanagement angesagt. Dazu gehören gegebenenfalls militärische Schutzgarantien und Warnungen, sicherlich vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im militärischen Bereich, wie wir sie aus dem Ost-West-Konflikt kennen, vor allem aber eine kreative, gelegentlich robuste und frustrationsresistente Diplomatie.

BDI
Deloitte.

BDI-AKTIVITÄTEN

DEUTSCH-BRASILIANISCHE WIRTSCHAFTSTAGE 2012
BDI–TAG DER DEUTSCHEN INDUSTRIE 2012
ENERGIEWENDEKONGRESS 2012
FESTLICHER ABEND DER DEUSCHEN INDUSTRIE 2013
HANNOVER MESSE 2013
ENERGIEWENDE-RICHTIG.DE
SOCIAL MEDIA
PUBLIKATIONEN

BDI-Aktivitäten

Die Staatsschulden- und Finanzkrisen in Europa belasten auch die deutsche Wirtschaft und stellen den Bundesverband der deutschen Industrie vor enorme Herausforderungen. Um die Interessen der 38 Branchenverbände mit mehr als 100.000 Unternehmen zu vertreten, setzt der BDI mit vielfältigen Aktivitäten auf Bewährtes wie auf Innovationen.

DEUTSCH-BRASILIANISCHE WIRTSCHAFTSTAGE 2012
BDI–TAG DER DEUTSCHEN INDUSTRIE 2012
ENERGIEWENDEKONGRESS 2012
FESTLICHER ABEND DER DEUSCHEN INDUSTRIE 2013
HANNOVER MESSE 2013
ENERGIEWENDE-RICHTIG.DE
SOCIAL MEDIA
PUBLIKATIONEN

Deutsch-Brasilianische Wirtschaftstage 2012

Als aufstrebender Wachstumsmarkt der Welt ist Brasilien Deutschlands wichtigster Wirtschaftspartner in Lateinamerika, die Ausbaupotenziale sind enorm. Grund genug also für den BDI, zusammen mit seinem brasilianischen Partnerverband CNI die Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage zu veranstalten.

1

1. von links
→ **Stefan Mair**, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung

2. von links
→ **Rafael Haddad**, BDI Brazil Board
→ **Philipp Rösler**, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

2

3. von links
→ **Robson Braga de Andrade**, Präsident CNI
→ **Mathias Müller**, Präsident IHK Frankfurt am Main
→ **Hans-Peter Keitel**, BDI-Präsident
→ **Weber Porto**, Präsident Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer São Paulo

3

4

5

6

7

4.
- **Philipp Rösler**, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

5. von links
- **Stefan Zoller**, Vorsitzender BDI Brazil Board
- **Guido Westerwelle**, Bundesaußenminister
- **Klaus-Dieter Lehmann**, Präsident Goethe-Institut

6.
- **Heloísa Menezes**, Staatssekretärin für Produktentwicklung, Ministerium für Entwicklung, Industrie und Außenhandel, Brasilien

7. von links
- **Stefan Zoller**, Vorsitzender BDI Brazil Board
- **Hans-Peter Keitel**, BDI-Präsident
- **Philipp Rösler**, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
- **Heloísa Menezes**, Staatssekretärin für Produktentwicklung, Ministerium für Entwicklung, Industrie und Außenhandel, Brasilien
- **Robson Braga de Andrade**, CNI-Präsident
- **Volker Bouffier**, Ministerpräsident Hessen

DEUTSCH-BRASILIANISCHE WIRTSCHAFTSTAGE 2012
BDI–TAG DER DEUTSCHEN INDUSTRIE 2012
ENERGIEWENDEKONGRESS 2012
FESTLICHER ABEND DER DEUSCHEN INDUSTRIE 2013
HANNOVER MESSE 2013
ENERGIEWENDE-RICHTIG.DE
SOCIAL MEDIA
PUBLIKATIONEN

1

2

Tag der Deutschen Industrie 2012

Ein fester Termin im Jahreskalender des BDI ist auch der Tag der Deutschen Industrie. Vor rund 1.000 Gästen ging es im September 2012 um zwei zentrale Themen des Industrielandes Deutschland: die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit in der Eurozone und die Umsetzung der Energiewende.

3

4

5

6

1. von links
- **Angela Merkel**, Bundeskanzlerin
- **Hans-Peter Keitel**, BDI-Präsident
- **Markus Kerber**, BDI-Hauptgeschäftsführer

2. von links
- **Ulrich Grillo**, BDI-Vizepräsident
- **Herfried Münkler**, Professor am Institut fürSozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin
- **Hans-Peter Keitel**, BDI-Präsident

3.
- **Markus Kerber**, BDI-Hauptgeschäftsführer

4.
- **Hans-Peter Keitel**, BDI-Präsident

5.
- **Gerhard Cromme**, Vorsitzender des Aufsichtsrats Siemens AG
- **Hans-Peter Keitel**, BDI-Präsident

6. von links
- **Peter Löscher**, Vorstandsvorsitzender Siemens AG
- **Ulrich Grillo**, BDI-Vizepräsident

DEUTSCH-BRASILIANISCHE WIRTSCHAFTSTAGE 2012
BDI–TAG DER DEUTSCHEN INDUSTRIE 2012
ENERGIEWENDEKONGRESS 2012
FESTLICHER ABEND DER DEUSCHEN INDUSTRIE 2013
HANNOVER MESSE 2013
ENERGIEWENDE-RICHTIG.DE
SOCIAL MEDIA
PUBLIKATIONEN

1.
→ **Mario Draghi**, ehemaliger Präsident Europäische Zentralbank

2. von links
→ **Angela Merkel**, Bundeskanzlerin
→ **Hans-Peter Keitel**, BDI-Präsident

3.
→ **Angela Merkel**, Bundeskanzlerin

4. von links
→ **Peter Löscher**, Vorstandsvorsitzender Siemens AG
→ **Ulrich Grillo**, BDI-Vizepräsident
→ **Hans-Peter Keitel**, BDI-Präsident
→ **Markus Kerber**, BDI-Hauptgeschäftsführer
→ **Dieter Kempf**, Vorsitzender des Vorstandes, DATEV eG
→ **Thomas Lindner**, Vorsitzender der Geschäftsführung Groz-Beckert KG

5. von links
→ **Santos Pereira**, Wirtschaftsminister Portugal
→ **Philipp Rösler**, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
→ **Markus Kerber**, BDI-Hauptgeschäftsführer

5

6

7

8

9

6. von links
- **Stanislaw Tillich**, Ministerpräsident Freistaat Sachsen
- **Stephan-Andreas Casdorff**, Chefredakteur, Der Tagesspiegel
- **Hannelore Kraft**, Ministerpräsidentin Nordrhein-Westfalen

7.
- **Dieter Schweer**, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung

8. von links
- **Ulrich Grillo**, BDI-Vizepräsident
- **Mario Draghi**, ehemaliger Präsident Europäische Zentralbank
- **Hans-Peter Keitel**, BDI-Präsident

9. von links
- **Ulrich Grillo**, BDI-Vizepräsident
- **Markus Kerber**, BDI-Hauptgeschäftsführer

DEUTSCH-BRASILIANISCHE WIRTSCHAFTSTAGE 2012
BDI–TAG DER DEUTSCHEN INDUSTRIE 2012
ENERGIEWENDEKONGRESS 2012
FESTLICHER ABEND DER DEUSCHEN INDUSTRIE 2013
HANNOVER MESSE 2013
ENERGIEWENDE-RICHTIG.DE
SOCIAL MEDIA
PUBLIKATIONEN

Energiewendekongress 2012

Chancen nutzen, Herausforderungen annehmen. Bei dem Energiewendekongress der Kompetenzinitiative Energie zog der BDI vor etwa 400 hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft eine erste Bilanz der Energiewende. Zu den prominenten Rednern zählten die Bundesminister Philipp Rösler, Peter Altmaier und Peter Ramsauer.

1.
→ **Philipp Rösler**, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

2.
→ **Peter Altmaier**, Bundesumweltminister

3. von links
- **Peter Altmaier**, Bundesumweltminister
- **Hans-Peter Keitel**, BDI-Präsident
- **Philipp Rösler**, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
- **Christopher W. Grünewald**, geschäftsführender Gesellschafter Gebr. Grünewald GmbH & Co. KG

4.
- **Markus Kerber**, BDI-Hauptgeschäftsführer

5.
- **Peter Ramsauer**, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

6.
- **Christopher W. Grünewald**, geschäftsführender Gesellschafter Gebr. Grünewald GmbH & Co. KG
- **Stefan Kohler**, Vorsitzender der Geschäftsführung Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)

7.
- **Michael Süß**, Mitglied des Vorstands Siemens AG

DEUTSCH-BRASILIANISCHE WIRTSCHAFTSTAGE 2012
BDI–TAG DER DEUTSCHEN INDUSTRIE 2012
ENERGIEWENDEKONGRESS 2012
FESTLICHER ABEND DER DEUSCHEN INDUSTRIE 2013
HANNOVER MESSE 2013
ENERGIEWENDE-RICHTIG.DE
SOCIAL MEDIA
PUBLIKATIONEN

Festlicher Abend der Deutschen Industrie 2013

Traditionell lädt der BDI zum festlichen Abend ins Deutsche Historische Museum Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Bundeskanzlerin Angela Merkel gehört inzwischen zu den Stammrednerinnen bei dieser Gala. Den festlichen Höhepunkt bildete in diesem Jahr der Auftritt von Opernsängerin Lioba Braun.

1

1. von links
→ **Ulrich Grillo**, BDI-Präsident
→ **Hans-Peter Keitel**, BDI-Vizepräsident

2. von links
→ **Hans-Peter Keitel**, BDI-Vizepräsident
→ **Angela Merkel**, Bundeskanzlerin
→ **Ulrich Grillo**, BDI-Präsident

2

DEUTSCH-BRASILIANISCHE WIRTSCHAFTSTAGE 2012
BDI–TAG DER DEUTSCHEN INDUSTRIE 2012
ENERGIEWENDEKONGRESS 2012
FESTLICHER ABEND DER DEUSCHEN INDUSTRIE 2013
HANNOVER MESSE 2013
ENERGIEWENDE-RICHTIG.DE
SOCIAL MEDIA
PUBLIKATIONEN

1

2

3

4

5

1.
→ **Ulrich Grillo**, BDI-Präsident

2. von links
→ **Ulrich Grillo**, BDI-Präsident
→ **Frank-Walter Steinmeier**, Fraktionsvorsitzender der SPD
→ **Karl-Ludwig Kley**, Präsident VCI
→ **Jürgen Hambrecht**, Mitglied des Aufsichtsrats Daimler AG

3.
→ **Angela Merkel**, Bundeskanzlerin

4. von links
→ **Hans-Peter Keitel**, BDI-Vizepräsident
→ **Ulrich Grillo**, BDI-Präsident

5.
→ **Lioba Braun**, klassische Sängerin

6. von links
→ **Arndt G. Kirchhoff**, geschäftsführender Gesellschafter und CEO KIRCHHOFF Automotive GmbH
→ **Ulrich Harnacke**, Partner Deloitte & Touche GmbH
→ **Martin Plendl**, CEO Deloitte & Touche GmbH
→ **Ulrich Grillo**, BDI-Präsident

7. von links
→ **Hans-Peter Keitel**, BDI-Vizepräsident
→ **Frank-Walter Steinmeier**, Fraktionsvorsitzender der SPD

DEUTSCH-BRASILIANISCHE WIRTSCHAFTSTAGE 2012
BDI–TAG DER DEUTSCHEN INDUSTRIE 2012
ENERGIEWENDEKONGRESS 2012
FESTLICHER ABEND DER DEUSCHEN INDUSTRIE 2013
HANNOVER MESSE 2013
ENERGIEWENDE-RICHTIG.DE
SOCIAL MEDIA
PUBLIKATIONEN

Hannover Messe 2013

Als weltweit führende Industrieschau ist die HANNOVER MESSE der ideale Ort, um sich das neuste Know-how für wegweisende Technologien, Werkstoffe und Innovationen zu sichern. Da ist es eine Selbstverständlichkeit, dass der BDI mit eigenen Veranstaltungen sowie als Partner dabei ist.

1

1. von links
- **Angela Merkel**, Bundeskanzlerin
- **Ulrich Grillo**, BDI-Präsident
- **Wladimir Putin,** Präsident Russland
- **Wolfram von Fritsch,** Vorstandsvorsitzender Deutsche Messe

2

2. von links
- **Jochen Köckler**, Mitglied der Vorstands Deutsche Messe AG
- **Stephan Weil**, Ministerpräsident Niedersachsen
- **Ulrich Grillo**, BDI-Präsident
- **Thomas Lindner** , Vorsitzender der Geschäftsführung Groz-Becker KG

3.
→ **Ulrich Grillo**, BDI-Präsident

4.
→ **Holger Lösch**,
Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung

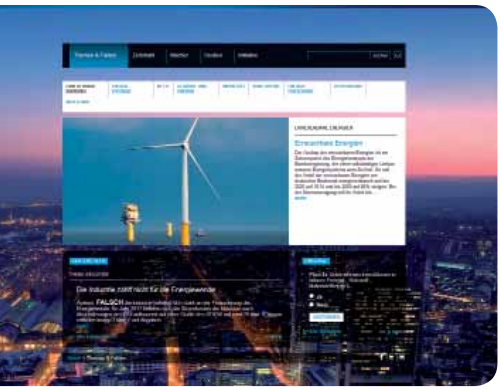
5. von links
→ **Martin Winterkorn**,
Vorstandsvorsitzender der
Volkswagen AG
→ **Friedhelm Loh**, Vorsitzender des
Vorstands Friedhelm Loh Group
→ **Angela Merkel**, Bundeskanzlerin
→ **Wladimir Putin,** Präsident Russland

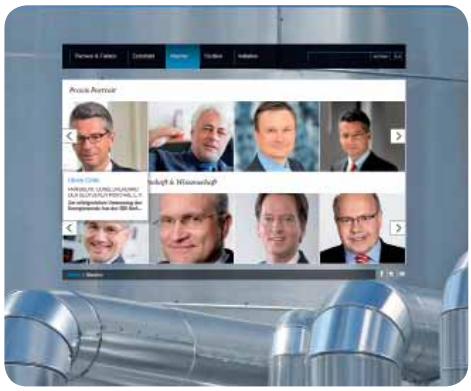
6. von links
→ **Ulrich Grillo**, BDI-Präsident
→ **Johanna Wanka,** Bundesministerin für
Bildung und Forschung
→ **Friedhelm Loh**, Vorsitzender des
Vorstands Friedhelm Loh Group
→ **Stephan Weil**,
Ministerpräsident Niedersachsen
→ **Angela Merkel**, Bundeskanzlerin

DEUTSCH-BRASILIANISCHE WIRTSCHAFTSTAGE 2012
BDI–TAG DER DEUTSCHEN INDUSTRIE 2012
ENERGIEWENDEKONGRESS 2012
FESTLICHER ABEND DER DEUSCHEN INDUSTRIE 2013
HANNOVER MESSE 2013
ENERGIEWENDE-RICHTIG.DE
SOCIAL MEDIA
PUBLIKATIONEN

www.energiewende-richtig.de

Der BDI unterstützt die politische Entscheidung zur Energiewende und will, dass sie ein Erfolg wird. Dafür hat der BDI zusammen mit Kooperationspartnern die Kompetenzinitiative Energie gegründet. Über die Internetpräsenz www.energiewende-richtig.de informiert der BDI umfangreich und trägt damit dazu bei, negative Auswirkungen auf das Industrieland Deutschland zu vermeiden.





Social Media

Schnell, aktuell, interaktiv. Natürlich hat der BDI die sozialen Netzwerke längst für sich entdeckt. Per Twitter, Facebook und Google+ schickt er seine Topmeldungen in die Welt. Auf Youtube lassen sich kurz nach wichtigen Ereignissen Filme ansehen, Statements abrufen.

youtube.com

BDI Berlin

twitter.com

Der_BDI

facebook.com

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.

plus.google.com

BDI Berlin

DEUTSCH-BRASILIANISCHE WIRTSCHAFTSTAGE 2012
BDI–TAG DER DEUTSCHEN INDUSTRIE 2012
ENERGIEWENDEKONGRESS 2012
FESTLICHER ABEND DER DEUSCHEN INDUSTRIE 2013
HANNOVER MESSE 2013
ENERGIEWENDE-RICHTIG.DE
SOCIAL MEDIA
PUBLIKATIONEN

Publikationen

Um die Interessen der deutschen Industrie an die politischen Verantwortlichen zu transportieren und die Unternehmen in der Öffentlichkeit zu repräsentieren, formuliert der BDI Handlungsempfehlungen, verfasst Positionspapiere, erstellt Studien und veröffentlicht monatlich digitale Newsletter.

Aktuelle BDI-Publikationen

Deutschland 2030
Zukunftsperspektiven der Wertschöpfung

Faktencheck - Ressourceneffizienz

Die größten Familienunternehmen in Deutschland

Herausforderungen 2013–2020 aus Sicht der Industrie

Industrielle Wertschöpfungsketten

Energiewende auf Kurs bringen

Mobilitätsagenda der Deutschen Industrie

Newsletter

Energie-Klima-Umwelt

Sicherheit und Rohstoffe

BDI Agenda
Zahlen, Fakten, Statements zu wirtschaftspolitischen Themen

BDI Fokus Verkehr
Zahlen, Fakten, Statements zu verkehrspolitischen Themen

Brüssel Aktuell
Informationen zur EU-Wirtschaftspolitik

BDI-Außenwirtschafts-Report
Zahlen, Fakten, Trends zur Außenwirtschaft

Foreign Economic Report

BDI Konjunktur-Report
Zahlen, Fakten, Trends zur Wirtschaftspolitik

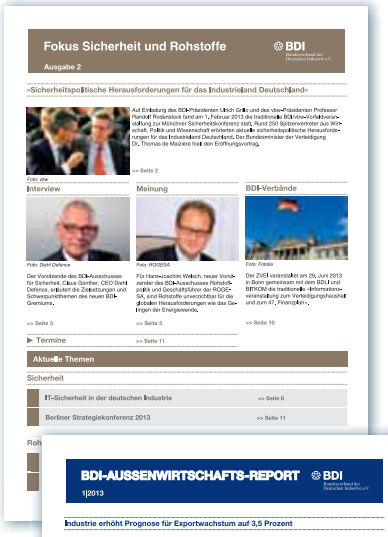
Economic Report

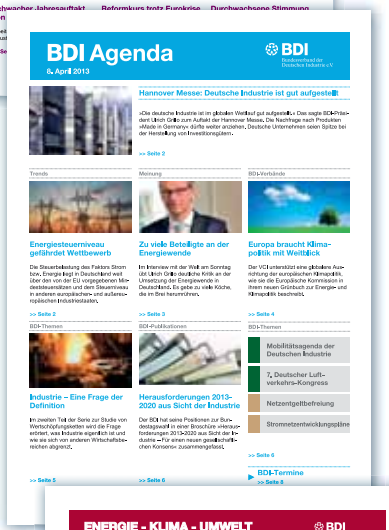
Mittelstand und Familienunternehmen

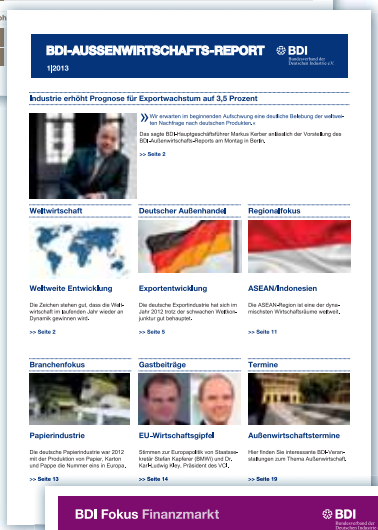
BDI Fokus Finanzmarkt

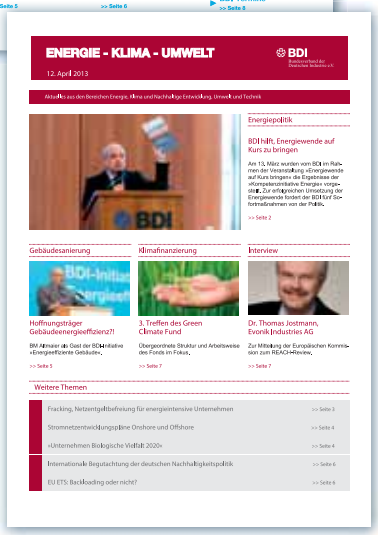
BDI-Standpunkt Gesundheit

Newsletter-Abo
www.bdi.eu/newsletter.htm









MITGLIEDSVERBÄNDE

VERBAND DER AUTOMOBILINDUSTRIE E. V. (VDA)
HAUPTVERBAND DER DEUTSCHEN BAUINDUSTRIE E. V.
BUNDESVERBAND BAUSTOFFE – STEINE UND ERDEN E. V. (BBS)
VERBAND BERATENDER INGENIEURE E. V. (VBI)
VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE E. V. (VCI)
ZVEI – ZENTRALVERBAND ELEKTROTECHNIK- UND ELEKTRONIKINDUSTRIE E. V.
BDE BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN ENTSORGUNGS-, WASSER UND ROHSTOFFWIRTSCHAFT E. V.
WIRTSCHAFTSVERBAND ERDÖL- UND ERDGASGEWINNUNG E. V. (WEG)
BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN ERNÄHRUNGSINDUSTRIE E. V. (BVE)
VERBAND FORSCHENDER ARZNEIMITTELHERSTELLER E. V. (VFA)
BDG BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN GIEßEREI-INDUSTRIE E. V.
BUNDESVERBAND GLASINDUSTRIE E. V.
ZIA ZENTRALER IMMOBILIEN AUSSCHUSS E. V.
BITKOM BUNDESVERBAND INFORMATIONSWIRTSCHAFT, TELEKOMMUNIKATION UND NEUE MEDIEN E. V.
VKS – VERBAND DER KALI- UND SALZINDUSTRIE E. V.
BUNDESVERBAND KERAMISCHE INDUSTRIE E. V. (BVKI)
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG KUNSTSTOFF (WVK)
BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN LUFT- UND RAUMFAHRTINDUSTRIE E. V. (BDLI)
BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN LUFTVERKEHRSWIRTSCHAFT E. V. (BDL)
VDMA VERBAND DEUTSCHER MASCHINEN- UND ANLAGENBAU E. V.
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG METALLE E. V. (WVM)
MINERALÖLWIRTSCHAFTSVERBAND E. V. (MWV)
ARBEITGEBER- UND WIRTSCHAFTSVERBAND DER MOBILITÄTS- UND VERKEHRSDIENSTLEISTER E. V. (AGV MOVE)
VERBAND DEUTSCHER PAPIERFABRIKEN E. V. (VDP)
BUNDESVERBAND DER PHARMAZEUTISCHEN INDUSTRIE E. V. (BPI)
VEREINIGUNG ROHSTOFFE UND BERGBAU E. V. (VRB)
BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN SICHERHEITS UND VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE E. V. (BDSV)
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG STAHL
WIRTSCHAFTSVERBAND STAHLBAU UND ENERGIETECHNIK E. V. (SET)
WSM WIRTSCHAFTSVERBAND STAHL- UND METALLVERARBEITUNG E. V.
GESAMTVERBAND DER DEUTSCHEN TEXTIL- UND MODEINDUSTRIE E. V.
BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN TOURISMUSWIRTSCHAFT E. V. (BTW)
VERBAND DER TÜV E. V. (VDTÜV)
VERBAND DER DEUTSCHEN VERBUNDWIRTSCHAFT E. V. (VDV)
DZV DEUTSCHER ZIGARETTENVERBAND E. V.
VEREIN DER ZUCKERINDUSTRIE E. V. (VDZ)
ARBEITSGEMEINSCHAFT INDUSTRIENGRUPPE:
VERBAND DER DEUTSCHEN AUTOMATENINDUSTRIE E. V. (VDAI)
VERBAND DER DEUTSCHEN DENTAL-INDUSTRIE E. V. (VDDI)
VERBAND DER DEUTSCHEN LEDERINDUSTRIE E. V. (VDL)
BUNDESVERBAND SCHMUCK, UHREN, SILBERWAREN UND VERWANDTE INDUSTRIEN E. V.

Mitgliedsverbände

Der Bundesverband der Deutschen Industrie ist eben das: ein Bund seiner 37 Mitgliedsverbände, ihre Stimme und ihr Gesicht in Berlin und der Welt. Die im BDI organisierten Wirtschaftsverbände bieten einen beispiellosen Einblick in die Vielfalt und Leistungskraft der deutschen Industrie.

Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)

VDA | Verband der Automobilindustrie

Das zentrale Engagement des VDA gilt den Interessen der gesamten deutschen Automobilindustrie auf nationaler und internationaler Ebene. Dabei kann der Verband auf eine starke Hausmacht bauen, denn seine Mitglieder setzen sich aus Automobilherstellern, Zulieferern und den Herstellern von Anhängern, Aufbauten und Bussen zusammen. Sie sind also nicht – wie in vielen anderen Ländern üblich – in separaten Verbänden organisiert. Daraus resultieren der direkte Dialog und schnelle Entscheidungen, die der deutschen Automobilindustrie entscheidende Vorteile bringen.

In allen Bereichen der Kraftverkehrswirtschaft wie Wirtschafts- und Verkehrspolitik, technische Gesetzgebung, Qualitätssicherung und Steuern wird der Verband im Interesse seiner Mitglieder tätig. Dabei hat das Thema Umwelt und Klimaschutz besonderes Gewicht. Darüber hinaus ist der VDA Veranstalter der Internationalen Automobilausstellungen für Pkws und Nutzfahrzeuge, die stets das große Interesse der Fachwelt und des Publikums genießen.

Behrenstraße 35
10117 Berlin
Tel.: +49 30 897 842-0
Fax: +49 30 897 842-600

info@vda.de
www.vda.de

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.

DIE DEUTSCHE BAUINDUSTRIE
BAUEN UND SERVICES

Als Wirtschaftsverband vertreten wir die Interessen von 2.000 großen und mittelständischen Unternehmen der deutschen Bauindustrie gegenüber Gesetzgeber, Regierung und Verwaltung. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Investitionspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden ein, kämpfen für eine sachgerechte Vergabe öffentlicher Bauaufträge und nehmen Einfluss auf Bundestag und Bundesregierung bei der Erarbeitung investitionsfreundlicher steuer-, wettbewerbs- und unternehmensrechtlicher Rahmenbedingungen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass öffentliche Baumaßnahmen privatwirtschaftlich realisiert werden.

Wir vertreten die Interessen der Bauunternehmen bei der Gestaltung des Bauvergabe- und Bauvertragsrechts auf nationaler und europäischer Ebene. Über die Bundesfachabteilungen und Gremien des Bereichs „Technikpolitik und Umwelt“ wirken die Unternehmen direkt an den maßgeblichen technischen und technisch-politischen Forderungen des Verbandes mit. Unsere Vertretung in Brüssel vertritt die bauindustriellen Belange auf eupäischer Ebene.

Kurfürstenstraße 129
10785 Berlin
Tel.: +49 30 212 86-0
Fax: +49 30 212 86-240

info@bauindustrie.de
www.bauindustrie.de

Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e. V. (BBS)

bbs die baustoffindustrie
Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.
German Building Materials Association

Der BBS ist der Dachverband der deutschen Baustoff-, Steine-und-Erden-Industrie und vertritt die gemeinsamen wirtschafts- und industriepolitischen Interessen von 15 Bundesfachverbänden und rund 4.000 Unternehmen. Die deutsche Baustoffindustrie gewinnt 600 Millionen Tonnen mineralische Rohstoffe pro Jahr und erwirtschaftet mit 135.000 Beschäftigten einen Umsatz von rund 30 Milliarden Euro. Mit modernen Produktionsprozessen und Produkten leistet die Branche einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Um auch künftig Arbeitsplätze sichern zu können, braucht sie wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen.

Dazu gehören eine vorsorgende Sicherung heimischer Rohstoffe sowie eine zukunftsweisende Energie- und Klimapolitik, die den Industriestandort Deutschland stärkt. Der BBS setzt sich zudem für bessere Investitionsanreize im Wohnungsbau und einen bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur ein. Er steht für einen gelungenen umweltpolitischen Dialog von Industrie, Umweltverbänden und Gewerkschaften.

Kochstraße 6–7
10969 Berlin
Tel.: +49 30 726 1999-0
Fax: +49 30 726 1999-12

info@bvbaustoffe.de
www.bvbaustoffe.de

Verband Beratender Ingenieure e. V. (VBI)

VBI VERBAND BERATENDER INGENIEURE

Eine leistungsfähige Consultingwirtschaft ist wesentlicher Bestandteil einer dynamischen Volkswirtschaft. In Deutschland sind die führenden Planungs- und Beratungsunternehmen im Verband Beratender Ingenieure (VBI) zusammengeschlossen. Der VBI vertritt seit 1903 die wirtschaftlichen und berufspolitischen Interessen seiner Mitglieder. Die 3.100 Planungs- und Beratungsunternehmen stehen mit ihren 36.000 Mitarbeitern für eine qualitativ hochwertige Leistung, die den Bedürfnissen des Auftraggebers nach Qualität und Zuverlässigkeit Rechnung trägt. Mit ihrer von Hersteller- und Lieferinteressen unabhängigen Beratung und Planung schaffen sie unverzichtbare Voraussetzungen für Transparenz im Wettbewerb und für die wirtschaftliche Realisierung von Projekten.

Beratende Ingenieure und Consultants geben entscheidende Impulse für innovative Lösungen und sind für die Industrie verlässliche Partner bei der Umsetzung komplexer und integrierter Bauvorhaben. VBI-Mitglieder sind national und weltweit Vorreiter bei der Erschließung neuer Märkte.

Budapester Straße 31
10787 Berlin
Tel.: +49 30 260 62-0
Fax: +49 30 260 62-100

vbi@vbi.de
www.vbi.de

Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V. VCI

Der VCI ist Forum für den Meinungsbildungsprozess und Erfahrungsaustausch der Chemiebranche und Brücke zu Politik, Behörden, anderen Wirtschaftsbereichen, zur Wissenschaft und zu den Medien. Gemeinsam mit seinen 21 Mitgliedsverbänden vertritt der VCI die wirtschaftspolitischen Interessen von über 1.700 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne.

Ziel des VCI ist es, die Rahmenbedingungen für die Chemieindustrie zu verbessern und den Standort Deutschland für die Branche im globalen Wettbewerb dauerhaft zu sichern. Mit 434.000 Beschäftigten ist die Chemie sechstgrößter industrieller Arbeitgeber in Deutschland. Neben den weltweit bekannten Großunternehmen sind zahlreiche kleine und mittelständische Firmen Motor für Fortschritt und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Denn die Ideen und Lösungen der Chemie werden in zahlreichen Branchen genutzt. Als größter Chemieproduzent in Europa und viertgrößter der Welt steht die deutsche Chemie in einem starken internationalen Wettbewerb, der immer neue und bessere Produkte erfordert.

Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 2556-0
Fax: +49 69 2556-1471

dialog@vci.de
www.vci.de

ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V.

ZVEI: Die Elektroindustrie

Der ZVEI vertritt die wirtschafts-, technologie- und umweltpolitischen Interessen der deutschen Elektroindustrie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Der Verband informiert über die wirtschaftlichen, technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Elektroindustrie in Deutschland. Er fördert die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien durch Vorschläge zur Forschungs-, Technologie-, Umweltschutz-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik und unterstützt eine marktbezogene, internationale Normungs- und Standardisierungsarbeit.

Grundlage der Arbeit ist der Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedern über aktuelle technische, wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftspolitische Themen im Umfeld der Elektroindustrie. Hieraus werden gemeinsame Positionen erarbeitet. Aus dem engen Kontakt des ZVEI mit Politik und öffentlicher Verwaltung sowie aus dem verbandsinternen Erfahrungsaustausch resultieren umfassende, auf die spezifischen Bedürfnisse der Elektroindustrie abgestimmte Informationen über markt- und wettbewerbsrelevante Entwicklungen. Die Mitgliedsunternehmen nutzen diesen Wissensvorsprung, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Lyoner Straße 9
60528 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 6302-0
Fax: +49 69 6302-317

zvei@zvei.org
www.zvei.org

BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V.

BDE
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband

Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. mit Sitz in Berlin ist mit seinen 750 Mitgliedsunternehmen die größte Vereinigung der Recycling-, Entsorgungs- und Wasserwirtschaftsbranche in Deutschland und Europa. Wir vertreten als Wirtschafts- und Arbeitgeberverband mit großem Erfolg die Interessen einer zukunftsorientierten und innovativen Branche gegenüber Staat und Öffentlichkeit innerhalb Deutschlands und gegenüber den europäischen Institutionen in Brüssel und Straßburg.

Zu unseren Mitgliedern zählen neben Familienbetrieben und leistungsstarken Mittelständlern auch alle Großstrukturen unseres Wirtschaftszweiges sowie deutsche Tochterunternehmen international tätiger Konzerne. Unter unserem Dach haben wir eine Plattform geschaffen für kleinst- und mittelständische Betriebe sowie für inhaber- und konzerngeführte Unternehmen, die alle Interessen berücksichtigt und vereint. Die Mitgliedsunternehmen in privater Rechtsform leisten einen enormen Beitrag zum Klimaschutz und haben großen Anteil daran, dass Deutschland heute Recycling-Weltmeister ist.

Behrenstraße 29
10117 Berlin
Tel.: +49 30 590 0335-0
Fax: +49 30 590 0335-99

info@bde-berlin.de
www.bde-berlin.de

Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung e. V. (WEG)

WEG

Der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung e. V. vertritt die Interessen der deutschen Erdöl- und Erdgasproduzenten, der Betreiber von Untergrundspeichern sowie der in dieser Industrie tätigen Dienstleister. Des Weiteren ist der WEG Tarifpartner mit zwei Tarifgemeinschaften.

Seit der Gründung des Verbandes am 18. Dezember 1945 in Hannover ist der WEG die Stimme der E&P-Industrie in energiepolitischen, wirtschaftlichen, sozialen, technischen und umweltpolitischen sowie steuerlichen und rechtlichen Belangen.

Alle fachlichen Bereiche des WEG stützen sich auf die Meinungsbildung und den Erfahrungsaustausch in den Ausschüssen des Verbandes, die mit Vertretern aus den Mitgliedsunternehmen besetzt sind. Diese Ausschussarbeit gewährleistet, dass der Verband zu wichtigen Grundsatz- und Detailfragen sowie Gesetz- und Verordnungsentwürfen Stellung nehmen und den Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit führen kann.

Berliner Allee 26
30175 Hannover
Tel.: +49 511 121 72-0
Fax: +49 511 121 72-10

info@erdoel-erdgas.de
www.erdoel-erdgas.de

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE)

BVE
Bundesvereinigung
der Deutschen
Ernährungsindustrie

Mit fast 6.000 Unternehmen, 556.000 Beschäftigten und einem Gesamtumsatz von 171 Milliarden Euro (2012) ist die Ernährungsindustrie einer der bedeutendsten Industriezweige in Deutschland. 20 Fachverbände und 50 Unternehmen sind Mitglied bei der BVE.

Die Vereinigung vertritt die branchenübergreifenden Interessen gegenüber Politik, Verwaltung, Medien, Öffentlichkeit und Marktpartnern. Sie ist Ansprechpartnerin der Bundesregierung, des Bundestages und der Bundesländer. In Brüssel und Straßburg setzt sich die BVE gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament für die Anliegen der Ernährungsindustrie ein. Zentrale Aufgabe der BVE ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungsindustrie zu sichern und zu verbessern.

Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin
Tel.: +49 30 200 786-0
Fax: +49 30 200 786-299

bve@bve-online.de
www.bve-online.de

Verband Forschender Arzneimittelhersteller e. V. (vfa)

vfa. Die forschenden Pharma-Unternehmen

Der Verband der forschenden Pharma-Unternehmen in Deutschland vertritt die Interessen von 44 weltweit führenden Herstellern und ihren über 100 Tochter- und Schwesterfirmen in der Gesundheits-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik. Die Mitglieder repräsentieren rund zwei Drittel des gesamten deutschen Arzneimittelmarktes und beschäftigen in Deutschland mehr als 80.000 Mitarbeiter. Mehr als 18.000 davon arbeiten in Forschung und Entwicklung.

Der vfa setzt sich dafür ein, dass therapeutischer Fortschritt dauerhaft für alle Patienten in Deutschland zur Verfügung steht, dass ein leistungsfähiges und finanzierbares Gesundheitswesen in unserem Lande allen Bürgern zugutekommt und dass verlässliche, zukunftsorientierte Rahmenbedingungen die Erforschung, Entwicklung und Produktion innovativer Arzneimittel am Standort Deutschland weiterhin ermöglichen.

Hausvogteiplatz 13
10117 Berlin
Tel.: +49 30 206 04-0
Fax: +49 30 206 04-222

info@vfa.de
www.vfa.de

BDG Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie

Der BDG in Düsseldorf ist der Branchenverband der deutschen Gießerei-Industrie. Er vertritt die Interessen von rund 600 Eisen-, Stahl- und Nichteisen-Metallgießereien, in denen rund 87.000 Mitarbeiter beschäftigt sind. Der Verband unterstützt die Mitglieder mit seinen Fachreferaten Betriebswirtschaft, Rohstoffe, Verkehr/Logistik, Volkswirtschaft/Marktanalysen, Umwelt-/Energiepolitik und Recht und bearbeitet im Bereich Wirtschaft und Wirtschaftspolitik Konjunktur- und Marktfragen. Er vertritt die Brancheninteressen gegenüber Politik und Verwaltung in Brüssel, Berlin und den Bundesländern.

Im Bereich Technik ist der BDG Ansprechpartner für Fragen der Forschungsförderung, der Gemeinschaftsforschung, der Universitäts- und Ausbildungspolitik sowie der Normung. Er arbeitet eng mit dem technisch-wissenschaftlichen Verein Deutscher Gießereifachleute (VDG), der WirtschaftsVereinigung Metalle (WVM) und der Forschungsvereinigung Gießereitechnik (FVG) zusammen.

Sohnstraße 70
40237 Düsseldorf
Tel.: +49 211 6871-0
Fax: +49 211 6871-333

info@bdguss.de
www.bdguss.de

Bundesverband Glasindustrie e. V.

Der Bundesverband Glasindustrie e. V. repräsentiert als Spitzenorganisation der deutschen Glasindustrie rund 80 Prozent der Glas herstellenden Industrie in Deutschland. Zu ihnen zählen deutsche und internationale Unternehmen der Bereiche Flachglas, Behälterglas, Spezialglas, Glasfasern sowie Glasbearbeitung und -veredelung. Eine der wichtigsten Verbandsaufgaben ist es, Anwender und Entscheider aus Industrie, Handwerk und Handel, aber auch Meinungsführer aus Wissenschaft, Forschung, Politik, Medien sowie Konsumenten über den Glasmarkt und den Werkstoff Glas zu informieren. Darüber hinaus vertritt der Verband die Interessen seiner Mitgliedsunternehmen in der Öffentlichkeit.

Er übernimmt bei der Erarbeitung gemeinsamer nationaler oder internationaler Normen für die Glasbranche die Koordination und Abstimmung. Für die Glas produzierende Industrie ist der Spitzenverband ein wichtiger nationaler und internationaler Repräsentant in allen wichtigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereichen.

Am Bonneshof 5
40474 Düsseldorf
Tel.: +49 211 4796-134
Fax: +49 211 9513-751

info@bvglas.de
www.bvglas.de

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e. V.

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e. V. (ZIA) ist die ordnungs- und wirtschaftspolitische Interessenvertretung der gesamten Immobilienwirtschaft. Er vertritt rund 170 direkte Mitglieder, darunter zahlreiche namhafte Unternehmen der Immobilien- und Finanzwelt sowie 20 Verbände mit insgesamt 37.000 Mitgliedern. Auf europäischer Ebene ist der ZIA in Brüssel vertreten und wird dort als German Property Federation etabliert.

Der Verband hat sich zum Ziel gesetzt, der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfältigkeit eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung zu geben, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Er fördert und begleitet geeignete Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung des wirtschaftlichen, rechtlichen, steuerlichen und politischen Umfelds der Branche.

Der ZIA bündelt und vertritt die Interessen seiner Mitglieder einheitlich und umfassend bei der Willensbildung in Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im BDI.

Wallstraße 16
10179 Berlin
Tel.: +49 30 202 1585-0
Fax: +49 30 202 1585-29

info@zia-deutschland.de
www.zia-deutschland.de

BITKOM Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.

BITKOM ist das Sprachrohr der IT-, Telekommunikations- und Neue-Medien-Branche. Der Verband vertritt mehr als 1.700 Unternehmen, davon über 1.200 Direktmitglieder. Hierzu gehören fast alle Global Player sowie 800 leistungsstarke Mittelständler. Die BITKOM-Mitglieder erwirtschaften 135 Milliarden Euro Umsatz und exportieren Hightech im Wert von 50 Milliarden Euro. Damit repräsentiert der Verband etwa 90 Prozent des deutschen ITK-Markts.

BITKOM bildet ein großes, leistungsfähiges Netzwerk, organisiert einen ständigen Austausch zwischen Fach- und Führungskräften und stellt seinen Mitgliedern Plattformen zur Kooperation untereinander und für den Kontakt mit wichtigen Kunden bereit.

Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen, hat für BITKOM höchste Priorität. Bildung und Fachkräftenachwuchs, Green-IT, E-Government, E-Health, Mittelstandspolitik, Urheberrecht, Sicherheit und Vertrauen, Softwaretechnologien, Consumer Electronics, Klimaschutz und Nachhaltigkeit sowie eine neue Telekommunikations- und Medienordnung sind Kern der politischen Agenda des Verbandes.

Albrechtstraße 10 A
10117 Berlin-Mitte
Tel.: +49 30 275 76-0
Fax: +49 30 275 76-400

bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

VKS – Verband der Kali- und Salzindustrie e. V.

Verband der Kali- und Salzindustrie e.V.

Die natürlichen Rohstoffe Salz und Kali sind untrennbar mit allen Lebensprozessen, mit Wachstum und Ernährung und vielfältigen Erzeugnissen der Industrie verbunden. Der Verband der Kali- und Salzindustrie e. V. (VKS) mit Sitz in Berlin vertritt die Interessen aller deutschen in der Kali- und Salzgewinnung tätigen Bergbauunternehmen. Seine zehn Mitglieder betreiben sechs Kali- und acht Salzbergwerke sowie fünf Salinen. Hierzu zählen auch acht untertägige Entsorgungsstandorte.

Etwa 35 Millionen Tonnen kali- und magnesiumhaltige Rohsalze werden jährlich gefördert, aus denen rund neun Millionen Tonnen Fertigprodukte für Landwirtschaft und Industrie hergestellt werden. Zurzeit arbeiten in der deutschen Kali- und Salzindustrie etwa 11.000 Beschäftigte.

Der VKS ist als Arbeitgeberverband auch Tarifvertragspartei und setzt sich als Wirtschaftsverband für ausgewogene Rahmen- und Handelsbedingungen für die Rohstoffgewinnung, die Produktion und den Vertrieb der Kali- und Salzprodukte ein. Seine Arbeitsgebiete sind Rohstoffpolitik, Umweltschutz, Bergbau, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Entsorgungs- und Abfallwirtschaft.

Reinhardtstraße 18A
10117 Berlin
Tel.: +49 30 847 1069-0
Fax: +49 30 847 1069-21

info.berlin@vks-kalisalz.de
www.vks-kalisalz.de

Bundesverband Keramische Industrie e. V. (BVKI)

BVKI
BUNDESVERBAND
KERAMISCHE INDUSTRIE E. V.

Der BVKI vertritt die übergeordneten wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der feinkeramischen Industrie und der ihr angeschlossenen Fachverbände. Die feinkeramische Industrie ist in zahlreichen Marktsegmenten vertreten, wie der Konsumgüterindustrie und den bauorientierten Produkten, sowie Zulieferer für zahlreiche Industriebereiche. Allen Herstellern gemeinsam sind die lange Tradition und starke Strukturveränderungen aufgrund des fortschreitenden internationalen Wettbewerbs sowie hohe Personal- und Energiekostenanteile.

Zu den vom BKVI bearbeiteten übergeordneten Themen gehören daher in erster Linie Fragen der Energieversorgung und -besteuerung, umweltrelevante Fragen, Fragen des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Umfeld sowie der Gestaltung der sozialpolitischen Rahmenbedingungen der Branche.

Ein Netzwerk mit befreundeten Verbänden und Einrichtungen sichert eine breite einheitliche Meinungsbildung und ist Voraussetzung für eine klare Positionierung innerhalb der europäischen keramischen Verbände in Brüssel.

Schillerstraße 17
95100 Selb
Tel.: +49 9287 808-0
Fax: +49 9287 70492

info@keramverband.de
www.keramverbaende.de

Wirtschaftsvereinigung Kunststoff (WVK)

WVK
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG KUNSTSTOFF

Die Wirtschaftsvereinigung Kunststoff vertritt die Anliegen der Kunststofferzeuger, -verarbeiter und -maschinenbauer. Die Kunststoff-Industrie ist mit einem Umsatz von über 90 Milliarden Euro und etwa 384.000 Beschäftigten in 7.100 Unternehmen einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Deutschland. Sie hält einen Anteil von sechs Prozent an der heimischen Industrieproduktion. Als Schlüsselindustrie liefert sie innovative Produkte und Lösungen für wichtige Industriezweige, wie den Fahrzeug- und Maschinenbau, die Verpackungsindustrie, die Elektrotechnik und die Bauindustrie. Ihre Produkte sind für die Erzeugung und Distribution von Trinkwasser und Lebensmitteln unersetzlich. Die deutsche Kunststoff-Industrie ist die Nummer eins in Europa.

Ziel der WVK ist es, die deutsche Kunststoffindustrie in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken, gemeinsame Positionen zu bestimmen und die übergreifenden Interessen der Branche wahrzunehmen.

Der Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit liegt in den Bereichen Energie und Rohstoffe, Umwelt und Verbraucherschutz sowie Forschung, Innovation und Bildung.

Kaiser-Friedrich-Promenade 43
61348 Bad Homburg
Tel.: +49 6172 9266-62
Fax: +49 6172 9266-74

info@wv-kunststoff.org
www.wv-kunststoff.org

Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V. (BDLI)

BDLI
Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V.

Der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V. (BDLI) mit über 200 Mitgliedern vertritt die Interessen einer Branche, die durch internationale Technologieführerschaft und weltweiten Erfolg ein wesentlicher Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft geworden ist. Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie mit derzeit rund 97.000 direkt Beschäftigten bündelt nahezu alle strategischen Schlüsseltechnologien. Sie generiert ein jährliches Umsatzvolumen von gegenwärtig 25,7 Milliarden Euro.

Zu den primären Aufgaben des BDLI gehören die Kommunikation mit politischen Institutionen, Behörden, Verbänden und ausländischen Vertretungen in Deutschland sowie Serviceleistungen für Mitglieder im In- und Ausland. Der Verband ist verantwortlicher Veranstalter der Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung ILA in Berlin.

Der BDLI ist offiziell beim Deutschen Bundestag akkreditiert und erfüllt dort eine Reihe gesetzlich verankerter Aufgaben.

ATRIUM Friedrichstraße 60
10117 Berlin
Tel.: +49 30 2061 40-0
Fax: +49 30 2061 40-90

kontakt@bdli.de
www.bdli.de

Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e. V. (BDL)

BDL
Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft

Der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) wurde 2010 als gemeinsames Sprachrohr der deutschen Luftverkehrswirtschaft gegründet. Er setzt sich für eine Stärkung des Luftverkehrsstandortes Deutschland ein. Als zentraler Ansprechpartner für Politik, Medien und Öffentlichkeit bündelt und kommuniziert er die Themen, die von Bedeutung für die Branche sind. Mitglieder des Verbandes sind Fluggesellschaften, Flughäfen, die Deutsche Flugsicherung und die Gebrüder Heinemann als Leistungsanbieter im deutschen Luftverkehr.

Französische Straße 48
10117 Berlin
Tel.: +49 520 077 100
Fax: +49 520 077 111

info@.bdl.aero
www.bdl.aero

VDMA Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V.

VDMA

Der VDMA ist die Spitzenorganisation des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus und einer der bedeutendsten Verbandsdienstleister in Europa. Seine über 3.100 vorwiegend mittelständischen Mitglieder repräsentieren mehr als 90 Prozent des Gesamtumsatzes des beschäftigungsstärksten deutschen Industriezweiges.

Der VDMA ist eine Plattform von 39 Teilbranchen und bildet die gesamte Wertschöpfungskette der Investitionsgüterindustrie ab – von der Komponente bis zur kompletten Anlage, vom Systemlieferanten bis zum Dienstleister. Seine wirtschaftspolitischen Positionen leiten sich aus der Überzeugung ab, dass Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte die unverzichtbare Basis für einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfolg darstellen.

Der VDMA und seine Mitglieder engagieren sich unter anderem für die Ausbildung junger Menschen, für Forschung und Entwicklung sowie Subventionsabbau auch im Unternehmensbereich. Er setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung der öffentlichen Finanzen, für Deregulierung und Entbürokratisierung sowie investitionsfreundliche Rahmenbedingungen ein.

Lyoner Straße 18
60528 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 6603-0
Fax: +49 69 6603-1511

vdma@vdma.org
www.vdma.org

WirtschaftsVereinigung Metalle e. V. (WVM)

Die WirtschaftsVereinigung Metalle (WVM) vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Nichteisen-Metallindustrie. Ihr gehören 665 Unternehmen mit 108.740 Beschäftigten an. Als Dachorganisation nimmt sie die gemeinsamen Interessen der Erzeuger und Verarbeiter von Leichtmetallen (Aluminium, Magnesium etc.), Buntmetallen (Kupfer, Zink, Blei, Zinn, Nickel etc.) und Seltenmetallen (Gallium, Germanium etc.) wahr.

Das Schwergewicht der wirtschaftspolitischen Arbeit der WVM liegt auf den Gebieten Umwelt- und Klimapolitik, Energiepolitik, Außenhandelspolitik, Mittelstandspolitik, Verkehrspolitik, Steuerpolitik sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus fördert sie die Markttransparenz durch statistische Dienste und Analysen in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsunternehmen und den Branchenverbänden. Über den angebundenen Stifterverband Metalle unterstützt die WVM die praxisnahe Forschung für Metall Erzeugnisse. Zu den weiteren Aufgaben gehören die Förderung der Normenarbeit für den Metallbereich sowie der Dialog mit der Öffentlichkeit.

Wallstraße 58/59
10179 Berlin
Tel.: +49 30 726 207-100
Fax: +49 30 726 207-198

info@wvmetalle.de
www.wvmetalle.de

Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)

Der Mineralölwirtschaftsverband (MWV) ist die politische Interessenvertretung der Mineralölindustrie in Deutschland. Zu den Leitlinien der Verbandsarbeit gehören Marktwirtschaft, Technologieoffenheit, effizienter Energieeinsatz sowie das Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland.

Der MWV hat elf Mitgliedsunternehmen, die ihre Kunden in Deutschland mit Mineralölprodukten, allem voran mit Kraftstoffen für den Autoverkehr sowie Heizöl, Flugkraftstoffen und Spezialprodukten, versorgen. Die Unternehmen betreiben in Deutschland an 15 Standorten Raffinerien. Höchste Qualitäts- und Umweltstandards bestimmen die Produktion und die Anforderungen an die flächendeckende Versorgung.

Für seine Mitgliedsunternehmen verfolgt der MWV die Gesetzgebung in Bund und Ländern und bringt die Expertise der Branche ein. Schwerpunkte liegen bei Umwelt- und Energierecht, Klimapolitik und Steuergesetzgebung. Der MWV bündelt Daten für gesetzlich vorgeschriebene Meldeverfahren, und er unterstützt seine Mitglieder bei der Unfallverhütungs- und Sicherheitsarbeit sowie in der Normung.

Georgenstraße 25
10117 Berlin
Tel.: +49 30 202 205-30
Fax: +49 30 202 205-55

info@mwv.de
www.mwv.de

Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e. V. (Agv MoVe)

Der Agv MoVe ist die Arbeitgeberorganisation und der Wirtschaftsverband der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister in Deutschland. Er ist der größte Zusammenschluss dieser Art seiner Branche. Seine Mitglieder sind hauptsächlich Unternehmungen im Dienstleitungsbereich, welche schienengebundene Beförderung von Menschen und Gütern betreiben oder im ÖPNV, dem öffentlichen Personennahverkehr (Bahnen und Busse), tätig sind. Dazu gehören weiterhin Unternehmen der Eisenbahninfrastruktur sowie der Unternehmen, die Serviceleistungen für diese erbringen.

Der im Juni 2002 gegründete Verband hat 62 Mitglieder, die insgesamt rund 200.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Die meisten Mitglieder sind Unternehmungen aus dem Deutsche-Bahn-konzern. Zweck des Agv MoVe ist die Wahrung und Förderung der wirtschaftspolitischen Interessen seiner Mitglieder. Er vertritt diese gegenüber politischen, staatlichen, wissenschaftlichen und sonstigen Organisationen auf nationaler und europäischer Ebene.

Potsdamer Platz 10
10785 Berlin
Tel.: +49 30 297 53-118
Fax: +49 30 297 53-114

matthias.rohrmann@agv-move.de
www.agv-move.de

Verband Deutscher Papierfabriken e. V. (VDP)

Der Verband Deutscher Papierfabriken ist der industrielle Spitzenverband der deutschen Zellstoff- und Papierindustrie und repräsentiert damit die größte Papierindustrie Europas. Bei der Erfüllung seiner Aufgaben wird er von sieben Landesverbänden unterstützt. Im VDP haben sich derzeit 101 Unternehmen mit 130 Produktionsstätten zusammengeschlossen. Wesentliche Aufgabe ist, die Interessen der Mitgliedsunternehmen in den Bereichen Wirtschaft und Außenhandel, Energie und Umwelt, Roh- und Hilfsstoffe, Güterverkehr sowie Forschung zu bündeln und wahrzunehmen. Der Verband beschäftigt sich mit energiepolitischen und verkehrstariflichen Fragen, veröffentlicht Statistiken und Marktberichte und organisiert Informationsveranstaltungen und Seminare. Darüber hinaus fördert der VDP die Forschung an Hochschulen und Instituten, wirbt zusammen mit der Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Deutschen Papierindustrie e. V. um Nachwuchs, bietet Normungsservice und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Adenauerallee 55
53113 Bonn
Tel.: +49 228 267 05-0
Fax: +49 228 267 05-62

vdp.bonn@vdp-online.de
www.vdp-online.de

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V. (BPI)

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V. (BPI) vertritt mit seiner über 60-jährigen Erfahrung auf dem Gebiet der Arzneimittelforschung, -entwicklung, -zulassung, -herstellung und -vermarktung das breite Spektrum der pharmazeutischen Industrie auf nationaler und internationaler Ebene. Über 240 Unternehmen mit rund 70.000 Mitarbeitern haben sich im BPI zusammengeschlossen. Dazu gehören klassische Pharma-Unternehmen, Pharma-Dienstleister, Unternehmen aus dem Bereich der Biotechnologie, der pflanzlichen Arzneimittel und der Homöopathie/Anthroposophie.

Ziel des BPI ist es, das Gesundheitswesen zukunftsweisend weiterzuentwickeln. Er beteiligt sich intensiv an der gesundheitspolitischen Reformdiskussion. Der BPI ist Dienstleistungsorganisation und Interessenvertretung für seine Mitglieder und besetzt unter anderem die Kompetenzfelder Arzneimittelsicherheit, Biotechnologie, Presse, Geschäftsentwicklung, Strategische Grundsatzfragen, Gesundheitswesen, Homöopathie und Anthroposophie, Innovation und Forschung, Klinische Forschung, Kommunikation, Kooperationen und Mitgliederbetreuung, Phytopharmaka, Politik, Recht, Selbstmedikation und Zulassung.

Friedrichstraße 148
10117 Berlin
Tel.: +49 30 279 09-0
Fax: +49 30 279 09-361

info@bpi.de
www.bpi.de

Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e. V. (VRB)

Die VRB ist ein Wirtschaftsverband der deutschen Rohstoff gewinnenden Industrie. Ihre Mitglieder sind fachliche oder regionale Verbände, Unternehmen und Institutionen aus den Bereichen der Gewinnung von Steinkohle und Braunkohle, metallischer Erze und Eisenerz, Schiefer, feuerfeste Tone, Gips, Grafit, Kaolin, Quarz u. a. sowie aus den Arbeitsgebieten der Bergbau-Spezial-Gesellschaften, der bergbauverwandten Unternehmen und des bergbaulichen Umweltschutzes. Die Arbeit der VRB erstreckt sich von der Rohstoffwirtschaft und Rohstoffpolitik, der Raum- und Landesplanung und des Mineralgewinnungsrechts bis zur akademischen Nachwuchsförderung. Die VRB strebt durch ihre Arbeit an, die Gewinnung heimischer mineralischer Rohstoffe langfristig zu sichern und dabei das Gleichgewicht zwischen rohstoffwirtschaftlichen und -politischen Notwendigkeiten, den sozialen Anforderungen und den Zielen des Umweltschutzes zu wahren.

Am Schillertheater 4
10625 Berlin
Tel.: +49 30 3151 82-0
Fax: +49 30 3151 82-35

info@v-r-b.de
www.v-rohstoffe-bergbau.de

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV)

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Der BDSV ist die gemeinsame Interessenvertretung der Unternehmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Seine Stärken sind die branchenspezifische Koordination und Kommunikation sowie die Bündelung der Interessen.

Der BDSV fungiert als Point of Contact der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und bildet das Scharnier zwischen Unternehmen, Politik, Gesellschaft, Institutionen und Medien. Übergeordnete Ziele sind, die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie den Technologie- und Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten und auszubauen.

Friedrichstraße 60
10117 Berlin
Tel.: +49 30 2061 899-00
Fax: +49 30 2061 899-90

bdsv@bdsv.eu
www.bdsv.eu

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist der wirtschaftspolitische Verband der Stahlindustrie in Deutschland. 1874 gegründet, blickt sie auf eine über 130-jährige Tradition zurück. Sie vertritt die branchenpolitischen Interessen fast aller in Deutschland produzierenden Stahlunternehmen und assoziierter ausländischer Mitgliedsunternehmen gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Wichtigstes Ziel ist es, ein wirtschaftspolitisches Umfeld zu schaffen und zu erhalten, in dem ihre Mitglieder erfolgreich arbeiten können.

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl trägt dazu bei, dass die Interessen der Stahlindustrie gebündelt werden und im schärfer werdenden Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit nicht zu kurz kommen. Darüber hinaus unterstützt sie ihre knapp 100 Mitgliedsunternehmen durch vielfältige Leistungen. Die Konkurrenz der Dienstleister ist groß. Doch was die Kompetenz der Wirtschaftsvereinigung Stahl auszeichnet, ist das Resultat eines umfangreichen Netzwerks und des engen Austauschs mit den Unternehmen und ihren Repräsentanten.

Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf
Tel.: +49 211 6707-0
Fax: +49 211 6707-676

info@stahl-online.de
www.stahl-online.de

Wirtschaftsverband Stahlbau und Energietechnik e. V. (SET)

Im Wirtschaftsverband Stahlbau und Energietechnik e.V. (SET) haben sich Verbände aus den Bereichen des Anlagenbaus für Energie, Umwelt und Prozessindustrie, Industrieservice und spurgeführte Verkehrseinrichtungen zusammengeschlossen.

SET bietet ein Forum für Entscheider aus diesen Branchen und leistet so einen wertvollen Beitrag zur Sicherung und Stärkung des Technologie- und Industriestandorts Deutschland. Erklärtes Ziel der Verbandsaktivitäten ist es, die wirtschaftliche und fachliche Interessenvertretung der durch seine Mitglieder repräsentierten Industriezweige zu fördern und zu unterstützen.

Wir haben die gesamte Wertschöpfungskette dieser Branchen im Blick und fördern Innovationen ebenso wie wir Bewährtes pflegen, mit dem Ziel, bestmögliche Ergebnisse für unsere Mitglieder auf allen Ebenen zu erreichen. Information, Meinungsbildung und Wissen stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Sternstraße 36
40479 Düsseldorf
Tel.: +49 211 498 70-92
Fax: +49 211 498 70-36

info@set-online.de
www.set-online.de

WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e. V.

Die Stahl und Metall verarbeitende Industrie gehört nach Umsatz und Beschäftigtenzahl zu den großen mittelständisch geprägten Industriezweigen in Deutschland. Die meisten Unternehmen sind inhabergeführt, größere Industriekonzerne und ihre Töchter ergänzen das Profil der WSM-Industrie. Die Unternehmen sind als Drahtzieher, Kaltwalzer, Hersteller von Betonstahl, als Härtereien, Schmieden, Stanzereien oder Oberflächenbehandler tätig und als Partner in der Wertschöpfungskette eng mit fast allen Wirtschaftszweigen verknüpft. Rund 450.000 Beschäftigte erwirtschaften in 4.900 Betrieben 83 Milliarden Euro Umsatz. Zu den Kunden gehören unter anderem die Automobilindustrie, der Maschinen- und Anlagenbau, die Elektronik- und Elektroindustrie, der Bau- und Einzelhandel sowie die Bauwirtschaft. Die WSM-Industrie verarbeitet jährlich rund 19,5 Millionen Tonnen Stahl. Zusammen mit seinen Fachverbänden repräsentiert der WSM damit die wichtigste Abnehmergruppe der Stahlindustrie in Deutschland.

Uerdinger Straße 58/62
40474 Düsseldorf
Tel.: +49 211 957 868-22
Fax: +49 211 957 868-40

info@wsm-net.de
www.wsm-net.de

Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V.

Gesamtverband textil+mode

Der Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V. vertritt die Branche in Fragen der Wirtschaftspolitik sowie als Arbeitgeberverbund im Bereich Sozial- und Tarifpolitik. Er ist das Sprachrohr der Industrie auf dem internationalen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Parkett. Wichtigstes Ziel des Verbandes ist, die Innovationskraft und damit die Spitzenposition der Textil- und Modeunternehmen weltweit zu sichern und die Attraktivität des Standortes Deutschland im In- und Ausland unter Beweis zu stellen. Mit Büros in Berlin und Brüssel ist der Verband in wichtigen Entscheidungszentren vor Ort aktiv.

Die Reinhardtstraße in Berlin-Mitte ist seit Januar 2009 der Hauptstadt-Sitz des Gesamtverbandes textil+mode. Die Reinhardtstraßenhöfe liegen auf der Verbindungsachse zwischen Politik und Kultur, nahe zu allen Ministerien, zum BDI und zur BDA.

Reinhardtstraße 12/14
10117 Berlin
Tel.: +49 30 7262 20-0
Fax: +49 30 7262 20-44

info@textil-mode.de
www.textil-mode.de

Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e. V. (BTW)

BTW Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e.V.

Der Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e. V. (BTW) setzt sich als Dachverband für die gemeinsamen, übergreifenden Interessen und Bedürfnisse der Branche ein. Die Tourismuswirtschaft ist eine äußerst heterogene, aber starke Branche, die fast drei Millionen Arbeitsplätze bereitstellt und mit 4,4 Prozent zur Bruttowertschöpfung beiträgt.

Rund 40 der größten Unternehmen und Verbände aus allen Bereichen der Tourismuswirtschaft in Deutschland stehen hinter dem BTW. Das Spektrum reicht vom Luft-, Straßen- und Schienenverkehr über Hotellerie und Gastronomie, Reiseveranstalter und Kongress-Centren bis hin zum Tourismusmarketing. Es umfasst privaten Tourismus genauso wie den Geschäftsreisesektor.

Die Arbeit des BTW zielt darauf ab, Mobilität zu erhalten und zu optimieren, um Reisen weiterhin attraktiv möglich zu machen. Faire Wettbewerbsbedingungen in Deutschland und Europa sind dafür unerlässlich. Gleiches gilt für eine sinnvolle Verhältnismäßigkeit zwischen notwendigen Grundlagen für eine funktionierende Wirtschaft auf der einen sowie Klima- und Verbraucherschutz auf der anderen Seite.

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Tel.: +49 30 7262 54-0
Fax: +49 30 7262 54-44

info@btw.de
www.btw.de

Verband der TÜV e. V. (VdTÜV)

Der VdTÜV vertritt die politischen und fachlichen Interessen seiner Mitglieder gegenüber Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit in den Entscheidungszentren Berlin und Brüssel. Seine Mitglieder, zu denen die TÜV und einige bedeutende Industrieunternehmen zählen, repräsentieren den größten Anteil der Branche der technischen Dienstleister in Deutschland. Der Verband setzt sich dafür ein, mögliche Gefahren der Technik neutral zu prüfen, technischen Fortschritt und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Innovation und Spitzentechnologien entwickelt werden können sowie ein hohes Qualitäts- und Sicherheitsniveau von Produkten, technischen Anlagen und Dienstleistungen zu schaffen und zu erhalten.

Er engagiert sich für wirtschaftlich vernünftige, sozial verträgliche und nachhaltige Lösungen im Umgang mit möglichen Gefahren der Technik, faire Wettbewerbsbedingungen von technischen Dienstleistern auf dem europäischen und internationalen Markt und eine Entlastung des Staates auf dem Gebiet der technischen Sicherheit.

Friedrichstraße 136
10117 Berlin
Tel.: +49 30 760 095-400
Fax: +49 30 760 095-401

berlin@vdtuev.de
www.vdtuev.de

Verband der deutschen Verbundwirtschaft e. V. (VdV)

Im Verband der deutschen Verbundwirtschaft e. V. (VdV) sind die großen privatwirtschaftlich organisierten Energieunternehmen in Deutschland zusammengeschlossen. Mit ihren Großkraftwerken und Gas- und Stromnetzen stellen sie in weitem Umfang die Energieversorgung in Deutschland sicher. Gemeinsam mit der verbrauchenden Industrie macht sich der VdV für eine wirtschaftliche, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung zum Nutzen des Industriestandorts Deutschland stark. Dabei liegt das besondere Augenmerk darauf, die energiepolitischen Ziele gleichrangig zu verwirklichen. Dazu gehört ein ausgewogener Energiemix, der alle Energieträger und Erzeugungsarten umfasst, sowie der langfristige, schrittweise Umbau des Energiesystems hin zu mehr Energieeffizienz und eine wachsende Nutzung erneuerbarer Energiequellen.

Im VdV stellt sich die Energiewirtschaft ihrer besonderen Verantwortung für den Industriestandort Deutschland. Kernanliegen sind faire Markt- und Wettbewerbsbedingungen sowie eine Regulierung, die den besonderen Erfordernissen der Energiewirtschaft Rechnung trägt.

Reinhardtstraße 32
10117 Berlin
Tel.: +49 30 300 199-1756
Fax: +49 30 300 199-3756

michael.nickel@vdv-energie.de
www.vdv-energie.de

DZV Deutscher Zigarettenverband e. V.

DZV
DEUTSCHER ZIGARETTENVERBAND

Der DZV vertritt die politischen Interessen der deutschen Hersteller von Fabrikzigaretten. Er versteht sich als zentraler Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft, Medien und Gesellschaft in allen Fragen rund um die Themen Rauchen und Zigaretten. Die Mitgliedsunternehmen und deren Mitarbeiter stehen für über 60 Prozent Marktanteil im Zigarettenmarkt.

Der Deutsche Zigarettenverband ist sich seiner besonderen Verantwortung bewusst, die er als Produzent von Tabakprodukten trägt. Dieser Verantwortung gerecht zu werden, hat er sich mit seiner Gründung zur Leitlinie erklärt.

Unter den Linden 42
10117 Berlin
Tel.: +49 30 88 66 36-0
Fax: +49 30 88 66 36-111

info@zigarettenverband.de
www.zigarettenverband.de

Verein der Zuckerindustrie e. V. (VdZ)

VEREIN DER ZUCKERINDUSTRIE

Seit mehr als 150 Jahren engagiert sich der Verein der Zuckerindustrie (VdZ) für die Belange der deutschen Zuckerindustrie. Er wurde 1850 als „Verein für die Rübenzuckerindustrie im Zollverein“ in Magdeburg gegründet und ist der älteste Wirtschaftsverband Deutschlands. Sitz des VdZ ist Bonn, seit 1999 ist er mit einem Büro in Berlin vertreten. Sein Aufgabenspektrum reicht von energiepolitischen, wirtschaftlichen, steuerlichen sowie lebens- und futtermittelrechtlichen Fragen bis hin zu technisch/umweltspezifischen Belangen. In seiner Funktion als Arbeitgeberverband steht er in engem Dialog mit den Sozialpartnern und vertritt die sozial- und tarifpolitischen Interessen gegenüber der Politik.

Die Branche nimmt ihre ökologische und soziale Verantwortung bewusst wahr und orientiert sich konsequent am Prinzip der Nachhaltigkeit. Den hohen Erwartungen an die Produktqualität von Verbrauchern und Zucker verarbeitenden Unternehmen wird die Zuckerindustrie durch intensive Forschung und Entwicklung, modernes Qualitätsmanagement sowie eine hoch entwickelte Technik gerecht.

Am Hofgarten 8
53113 Bonn
Tel.: +49 228 2285-0
Fax: +49 228 2285-100

wvz-vdz@zuckerverbaende.de
www.zuckerverbaende.de

Arbeitsgemeinschaft Industriengruppe – Verband der Deutschen Automatenindustrie e. V. (VDAI)

Der VDAI vertritt als Wirtschaftsfachverband seit 1956 die Interessen der Hersteller von münzbetätigten Waren- und Leistungsautomaten, Unterhaltungsautomaten mit und ohne Gewinnmöglichkeit sowie von Zubehör. Seit 1999 hat der VDAI seinen Sitz in Berlin.

Bei der Automatenwirtschaft handelt es sich um einen durch vielfältige gesetzliche Bestimmungen technisch und rechtlich hoch regulierten Wirtschaftszweig. Daher kommt neben der nach außen gerichteten Informationstätigkeit der Unterrichtung der Mitglieder über rechtliche Belange und über das parlamentarische Geschehen besondere Bedeutung zu. Der VDAI versteht sich als Transmissionsmechanismus zwischen unternehmerischer Praxis auf der einen Seite sowie Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit auf der anderen Seite. Hierbei haben gesellschaftspolitische Fragen, der Verbraucherschutz sowie der Jugend- und Spielerschutz große Wichtigkeit. Produktschau- und Informationsdrehscheibe ist die Internationale Fachmesse Unterhaltungs- und Warenautomaten (IMA) in Düsseldorf, die eine der größten internationalen Leistungsschauen ihrer Art ist.

Dircksenstraße 49
10178 Berlin
Tel.: +49 30 284 07-0
Fax: +49 30 284 07-272

vdai@vdai.de
www.vdai.de

Arbeitsgemeinschaft Industriengruppe – Verband der Deutschen Dental-Industrie e. V. (VDDI)

Der VDDI wurde 1916 gegründet und zählt heute knapp 200 deutsche Hersteller von zahnmedizinischen und zahntechnischen Produkten zu seinen Mitgliedern. Er vertritt die gemeinsamen Interessen der Unternehmen der deutschen Dentalindustrie auf fachlicher und politischer Ebene gegenüber Ministerien, Behörden und Verbänden im In- und Ausland. Der Verband versteht sich als Informations- und Kommunikationsplattform zur Absatzförderung der deutschen Dentalindustrie im In- und Ausland.

Er unterstützt seine Mitglieder in PR- und Öffentlichkeitsarbeit und arbeitet verbandsübergreifend mit nationalen und internationalen Verbänden der Zahnärzte, Zahntechniker, des Fachhandels sowie der Dentalhersteller zusammen. Wichtige Anliegen sind, bei technischen Gesetzen und Regelwerken frühzeitig zu informieren, Statistiken und Marktinformationen bereitzustellen und Workshops und Seminare zu organisieren. Der Verband wirkt in der europäischen Vereinigung (FIDE) und dem Weltverband (IDM) der Dentalhersteller mit sowie in nationalen, europäischen und internationalen Normungsgremien.

Aachener Straße 1053/1055
50858 Köln
Tel.: +49 221 500 687-0
Fax: +49 221 500 687-21

info@vddi.de
www.vddi.de

Arbeitsgemeinschaft Industriengruppe – Verband der Deutschen Lederindustrie e. V. (VDL)

Die nachhaltige Entwicklung der heute weitgehend industriell geprägten Leder erzeugenden Industrie zu fördern, gehört zu den Hauptzielen des Wirtschaftsverbandes.

Dabei reicht die Mitgliederstruktur vom traditionellen Gerber für hochwertige Sohlenleder bis zum international ausgerichteten Hersteller im Automobillederbereich. Zu den Kunden zählen Hersteller von Luxusartikeln im Lederwaren-, Schuh- und Bekleidungsbereich ebenso wie führende Unternehmen aus dem Sektor Polstermöbel sowie der Sitzindustrie für die Luftfahrt- und Automobilindustrie. Der Wirtschaftsverband unterstützt die klein- und mittelständisch geprägte Branche u. a. in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Außenhandel, Messen, Umweltrecht und Normung.

Der VDL ist international beim International Council of Tanners sowie auf europäischer Ebene bei COTANCE vertreten.

Fuchstanzstraße 61
60489 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 9784 31-41
Fax: +49 69 7880 00-09

info@vdl-web.de
www.vdl-web.de

Arbeitsgemeinschaft Industriengruppe – Bundesverband Schmuck, Uhren, Silberwaren und verwandte Industrien e. V.

Der Bundesverband Schmuck, Uhren, Silberwaren und verwandte Industrien, kurz BV Schmuck + Uhren Pforzheim, entstand durch die Fusion des Verbands der Deutschen Schmuck- und Silberwarenindustrie und des Verbands der Deutschen Uhrenindustrie im Jahre 1999.

Der BV Schmuck + Uhren ist auf Bundesebene Wirtschaftsfachverband für die Schmuck- und Uhrenindustrie und auf Landesebene als Arbeitgeberverband tätig. Er nimmt auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene die Interessen seiner Mitgliedsunternehmen wahr und führt die Vereinigung der Bundesverbände des deutschen Schmuck- und Silberwarengewerbes, in der sich kurz nach dem Krieg die maßgeblichen Branchenverbände aus Industrie, Handwerk und Handel zusammengeschlossen haben. Über die Vereinigung der Bundesverbände ist der BV Schmuck + Uhren eingebunden in die internationale Interessenvertretung durch den Weltschmuckverband CIBJO (Confédération Internationale de la Bijouterie, Joaillerie, Orfèvrerie, des Diamants, Perles et Pierres). Des Weiteren wirkt er im Europäischen Uhrenausschuss CPHE (Comité Permanent de l'Horlogerie Européenne) mit.

Poststraße 1 /Eingang: Westliche 56
75172 Pforzheim
Tel.: +49 7231 145 55-17
Fax: +49 7231 145 55-21

info@bv-schmuck-uhren.de
www.bv-schmuck-uhren.de

BDI
BDI

Land
der Innovationen

INSTITUTIONEN

ASIEN-PAZIFIK-AUSSCHUSS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
BDI BRAZIL BOARD
ECONSENSE – FORUM NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT E. V.
INDUSTRIE-PENSIONS-VEREIN E. V.
KULTURKREIS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT IM BDI E. V.
DEUTSCHLAND – LAND DER IDEEN
NORDAFRIKA UND MITTELOST INITIATIVE DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
OST-AUSSCHUSS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
GERMAN HEALTHCARE PARTNERSHIP
INDUSTRIE-FÖRDERUNG GESELLSCHAFT MBH

Institutionen

Neben der Verwurzelung in seinen Mitgliedsverbänden kann der BDI auf die Partnerschaft mit einer Reihe exzellenter institutioneller Partner zählen, die uns helfen, unsere Arbeit zu tun – mit Kompetenz und Vernetzung in Wirtschaft und Gesellschaft und in Märkte auf der ganzen Welt.

APA
Asien-Pazifik-Ausschuss
der Deutschen Wirtschaft

BDI Brazil Board

Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Der Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft bündelt asienbezogene wirtschaftspolitische Interessen der deutschen Wirtschaft. Ziel seiner Arbeit ist die Intensivierung und inhaltliche Gestaltung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Asien-Pazifik-Region und die Förderung von Handel und Investitionen in beide Richtungen. Das Leitbild des APA basiert auf den Grundsätzen Partnerschaft, Innovation und Nachhaltigkeit. Wachsende globale Herausforderungen sollen gemeinsam mit Asien bewältigt werden.

Der APA ist eine Initiative von BDI, DIHK, OAV, BGA und Bankenverband. Hochrangige Vertreter von Großunternehmen und mittelständischen Firmen mit besonderem Asien-Engagement fördern die Arbeit des APA und sind in Sprecherfunktionen aktiv. Peter Löscher, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, ist seit Juli 2010 APA-Vorsitzender. Die Geschäftsführung des APA liegt beim BDI.

Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel.: 030 2028-1473
Fax: 030 2028-2574

www.asien-pazifik-ausschuss.de

BDI Brazil Board

Innovativ, nachhaltig, ergebnisorientiert: Engagement für den langfristigen Ausbau der deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen. Unter Vorsitz von Dr. Stefan Zoller vereint das Unternehmergremium Kompetenz und Dynamik aus der Industrie und repräsentiert 23 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

Das BDI Brazil Board fördert und fordert zugleich die politische Flankierung der bilateralen Zusammenarbeit, etwa durch Unterstützung von Politik und Administration bei Verhandlung und Umsetzung von Wirtschaftsabkommen, und setzt konkrete Impulse für strategische Partnerschaften.

Die Mitglieder des BDI Brazil Boards gehören den Vorständen namhafter deutscher Unternehmen an und repräsentieren eine ausgewogene Branchenverteilung. Gemeinsam bündeln sie die Interessen der deutschen Industrie gegenüber Politik und Wirtschaft in Deutschland und Brasilien und schaffen eine Dialogplattform auf Themenebene mit der brasilianischen Industrie für die Entwicklung von Geschäftsmöglichkeiten.

Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel.: 030 2028-1498
Fax: 030 2028-2498

r.haddad@bdi.eu
www.brazilboard.de

econsense
Forum Nachhaltige Entwicklung
der Deutschen Wirtschaft

VORSPRUNG FÜR VORSORGE
IPV/
Industrie-Pensions-Verein e.V.
Partner von BDI und BDA

econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V.

econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V. ist die zentrale deutsche Nachhaltigkeitsplattform für multinational aktive Unternehmen. Als fachlich kompetenter Partner und Expertenforum versteht sich econsense als Plattform für den Dialog mit Politik, Wissenschaft, Medien und Gesellschaft. Kernaufgabe von econsense ist die Weiterentwicklung unternehmensrelevanter Nachhaltigkeitsthemen entlang der drei Dimensionen von Nachhaltigkeit: Ökologie, Ökonomie und Soziales.

Bereits im Jahr 2000 initiierte der Bundesverband der Deutschen Industrie die Gründung von econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V., um auf die sich abzeichnenden Herausforderungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung zu reagieren.

Gemeinsam mit derzeit 35 Mitgliedsunternehmen und Partnern werden konkrete Projekte angestoßen, die die unternehmerische Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien voranbringen.

Industrie-Pensions-Verein e.V.

Seit seiner Gründung im Jahre 1925 durch die Vorgängerorganisationen des BDI und der BDA berät der IPV seine Mitglieder und Verbände zur privaten und betrieblichen Altersversorgung, seit 2006 auch zur privaten Krankenversicherung. Über Kooperationsverträge mit Lebens- und Krankenversicherern bietet der IPV seinen über 400.000 Mitgliedern attraktive Vorsorgekonditionen an.

Mit der Neuauflage des Industrie-Pensions-Management e.V. (IPM) wurde im Jahr 2012 ein innovatives Versorgungswerk geschaffen, das auch Unternehmern, kleineren und mittleren Arbeitgebern sowie Verbänden den Zugang zu Altersvorsorgekonditionen öffnet, die sonst großen Industriebetrieben vorbehalten sind.

Die Besonderheit des IPM ist, dass neben der betrieblichen auch die persönliche Altersversorgung realisiert werden kann, etwa über eine Basis-Rente oder eine private Lebens- und Rentenversicherung.

Oberwallstraße 24
10117 Berlin
Tel.: 030 2028-1474
Fax: 030 2028-2474

info@econsense.de
www.econsense.de

Niederwallstraße 10
10117 Berlin
Tel.: 030 206 732-0
Fax: 030 206 732-333

info@ipv.de
www.ipv.de

Kulturkreis der
deutschen Wirtschaft
im BDI e.V.

Deutschland
Land der Ideen

Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI e. V.

Der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft fördert seit 1951 Kunst und Kultur und setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der Kultur als unverzichtbare Ressource verstanden wird.

Der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI e. V. ist die traditionsreichste Institution für unternehmerische Kulturförderung in Deutschland. Mit den Mitgliedsbeiträgen und Spenden seiner über 400 Mitglieder – darunter die führenden Unternehmen Deutschlands – fördert er seit 1951 Künstler in den Bereichen Architektur, Bildende Kunst, Literatur und Musik.

Förderschwerpunkt sind junge, noch unbekannte Positionen. Ergänzend zur Förderung von Nachwuchskünstlern initiiert der Kulturkreis richtungsweisende Kulturprojekte mit modellbildendem Charakter. Als bedeutendste Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Kultur berät der Kulturkreis seine Mitgliedsunternehmen darüber hinaus in Fragen der mäzenatischen Künstlerförderung, des Kultursponsorings, der kulturellen Bildung, des Corporate Collecting und der auswärtigen Kultur und vertritt ihre kulturpolitischen Interessen.

Deutschland – Land der Ideen

„Deutschland – Land der Ideen“ ist die gemeinsame Standortinitiative der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft, vertreten durch den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Gemeinsam engagieren sich Partner aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft dafür, Innovationen aus Deutschland zu mehr Bekanntheit im In- und Ausland zu verhelfen. Mit ihren Projekten und Wettbewerben bietet die Initiative all jenen eine öffentliche Bühne, die hierzulande Innovation, Erfindergeist und Einfallsreichtum leben – Tag für Tag in Schulen, Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Vereinen.

Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel.: 030 2028-1406
Fax: 030 2028-2406

info@kulturkreis.eu
www.kulturkreis.eu

Kurfürstendamm 21
10719 Berlin
Tel.: 030 206 459-164
Fax: 030 206 459-168

kontakt@land-der-ideen.de
www.land-der-ideen.de

NMI NORDAFRIKA MITTELOST INITIATIVE
BDI | DIHK | BGA | AV | BANKENVERBAND

60 JAHRE 1952 – 2012 Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft oa

Nordafrika und Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft

Im Frühjahr 2011 ist die Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI) neu gestartet. Sie hat das Ziel, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Region des Mittleren Ostens und Nordafrikas zu intensivieren. Dabei setzt die NMI auf Partnerschaft und Dialog mit Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft, um einen fruchtbaren Austausch auf Basis gegenseitigen Vertrauens zu ermöglichen.

Mit ihrem Vorsitzenden Dr. Olaf Berlien bündelt sie wirtschaftspolitische Anliegen der deutschen Wirtschaft mit Interessen in der Region und ist Ansprechpartner für unsere Partnerländer. Die NMI wird von vier Verbänden, BDI, DIHK, BGA und Bankenverband, sowie dem Afrika-Verein getragen. Der BDI stellt mit Friedolin Strack den Koordinator. Die NMI verfügt über ein breites Netzwerk, dem insbesondere die deutschen Auslandshandelskammern in der Region angehören, hochrangige Kontakte und über gebündelte Expertise in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Mittleren Osten und Nordafrika.

Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel.: 030 2028-1521
Fax: 030 2028-2535

www.nm-initiative.de

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt seit seiner Gründung 1952 die Interessen der deutschen Wirtschaft im östlichen Europa und in Zentralasien.

Der Ost-Ausschuss hat fünf Trägerverbände, darunter den BDI, sowie aktuell über 180 Mitgliedsunternehmen. Der Verband ist von Berlin aus in 21 Ländern aktiv und jährlich an rund 100 Veranstaltungen beteiligt.

In enger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung richtet der Ost-Ausschuss Gesprächsrunden zwischen osteuropäischen Regierungen und deutschen Unternehmen aus und repräsentiert die Interessen der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien. Der Ost-Ausschuss organisiert Fachseminare, Delegationsreisen, Mittelstandskonferenzen, Parlamentarische Abende und Empfänge und beteiligt sich an internationalen Messen.

Zu den wichtigsten Zielen gehören die Abschaffung der Visa-Pflicht in Europa, die Integration Südosteuropas in die Europäische Union, die Intensivierung der Modernisierungspartnerschaft mit Russland und die Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraums zwischen Atlantik und Pazifik.

Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel.: 030 2028-1452
Fax: 030 2028-2452

ost-ausschuss@bdi.eu
www.ost-ausschuss.de

GHP
german healthcare partnership

IFG
Industrie-Förderung
Gesellschaft mbH

German Healthcare Partnership

GHP – die BDI/BMZ-Initiative ist die zentrale Anlaufstelle für Partner aus dem In- und Ausland zu Fragen der Gesundheitsinfrastrukturentwicklung. Die GHP vermittelt Experten und Konsortien bei Anfragen aus dem Ausland, koordiniert den Dialog zwischen Stakeholdern der deutschen Gesundheitswirtschaft, unternimmt Markterschließungsstudien in ausgewählten Entwicklungs- und Schwellenländern, prüft Vorhaben zur Modernisierung bzw. Neubau von Krankenhäusern und organisiert politische Flankierung sowie Beratung zu Finanzierungsoptionen.

Gemeinsam mit mehr als 30 Mitgliedsunternehmen und Partnern der deutschen Gesundheitswirtschaft werden konkrete Projekte angestoßen, die die unternehmerische Umsetzung nachhaltiger Gesundheitslösungen voranbringen. Die KfW Entwicklungsbank und die Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH führen die strategische Allianz im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durch.

Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel.: 030 2028-1699
Fax: 030 2028-2699

ghp@bdi.eu
www.germanhealthcarepartnership.de

Industrie-Förderung Gesellschaft mbH

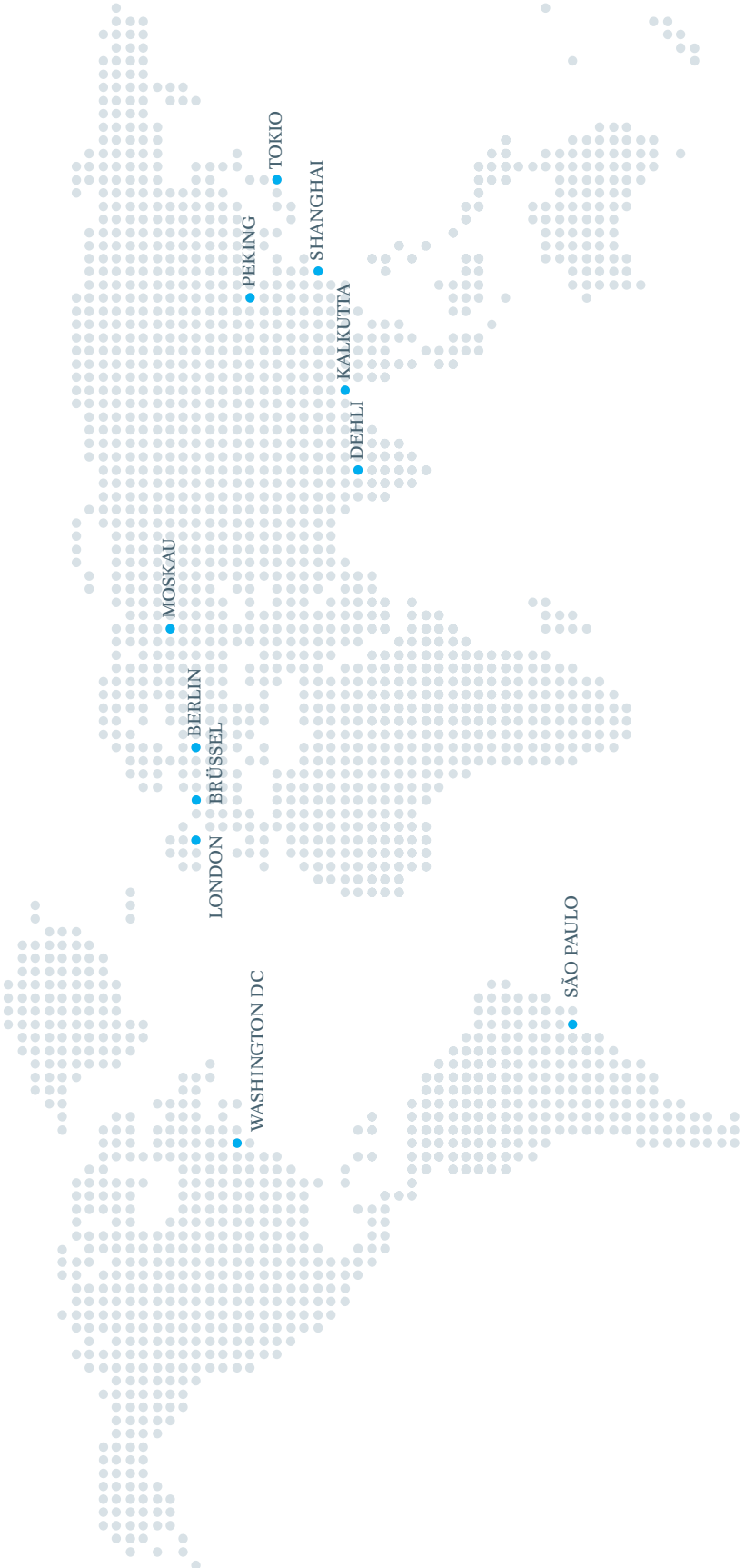
Die Industrie-Förderung Gesellschaft mbH ist eine hundertprozentige Tochter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI). Die IFG unterstützt, fördert und organisiert Projekte und Veranstaltungen des BDI. Die Gesellschaft ist für die Finanzierung, für die Abwicklung und für die Rechnungslegung von Projekten verantwortlich.

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und Verwendung von Mitteln, die der Gesellschaft aus Industriekreisen zufließen sowie eine Verleger- und Vermietertätigkeit. Die IFG ist Ansprechpartner für Sponsorings und Kooperationen mit Partnern. Sowohl Unternehmen als auch andere Organisationen haben die Möglichkeit, BDI-Projekte zu fördern, z.B. Publikationen, Fachveranstaltungen und Initiativen.

Gertraudenstraße 20
10178 Berlin
Tel.: 030 2028-1400
Fax: 030 2028-2400

info@ifg-online.com
www.ifg-online.com

BDI und die BDI-Mitgliedsverbände weltweit



Impressum

BDI Drucksache Nr. 462

Herausgeber
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29
10178 Berlin
T: +49 30 2028-0
www.bdi.eu

Realisation
Theresa Hartlieb
Gunnar Goldmann

Redaktionsschluss
Mai 2014

Design & Layout
Michel Arencibia
www.man-design.net

Bildnachweis
Boris Quatram (122r); Christian Kruppa (2, 4, 6, 7, 8 38, 41, 42, 68, 71, 74, 75, 76,77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 90, 93, 115, 116, 119, 122l); David Ausserhofer (56); flickr.com/ Larry Johnson (123l); fotolia/konstan (14); fotolia/Denned; fotolia/mickey hoo (20); fotolia/ chungking (120l); fotolia/ Michael Lopez (120r); Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IWKöln) (50); Marc Darchinger (121r, 123r); pixabay.com/ David Mark (34); pixabay.com/ PublicDomainPictures (33); Shotshop.com/Hartmut Rauhut (28); Shotshop.com/Matthias Kruettgen (25); Stefan Obermeier Muenchen (26, 72, 73); Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) (62); Susann Städter (121l)

Druck
DCM Druck Center Meckenheim GmbH
www.druckcenter.de